ISSN: 1865-9632

3,50 Euro
(Ausland: 5,00 Euro)

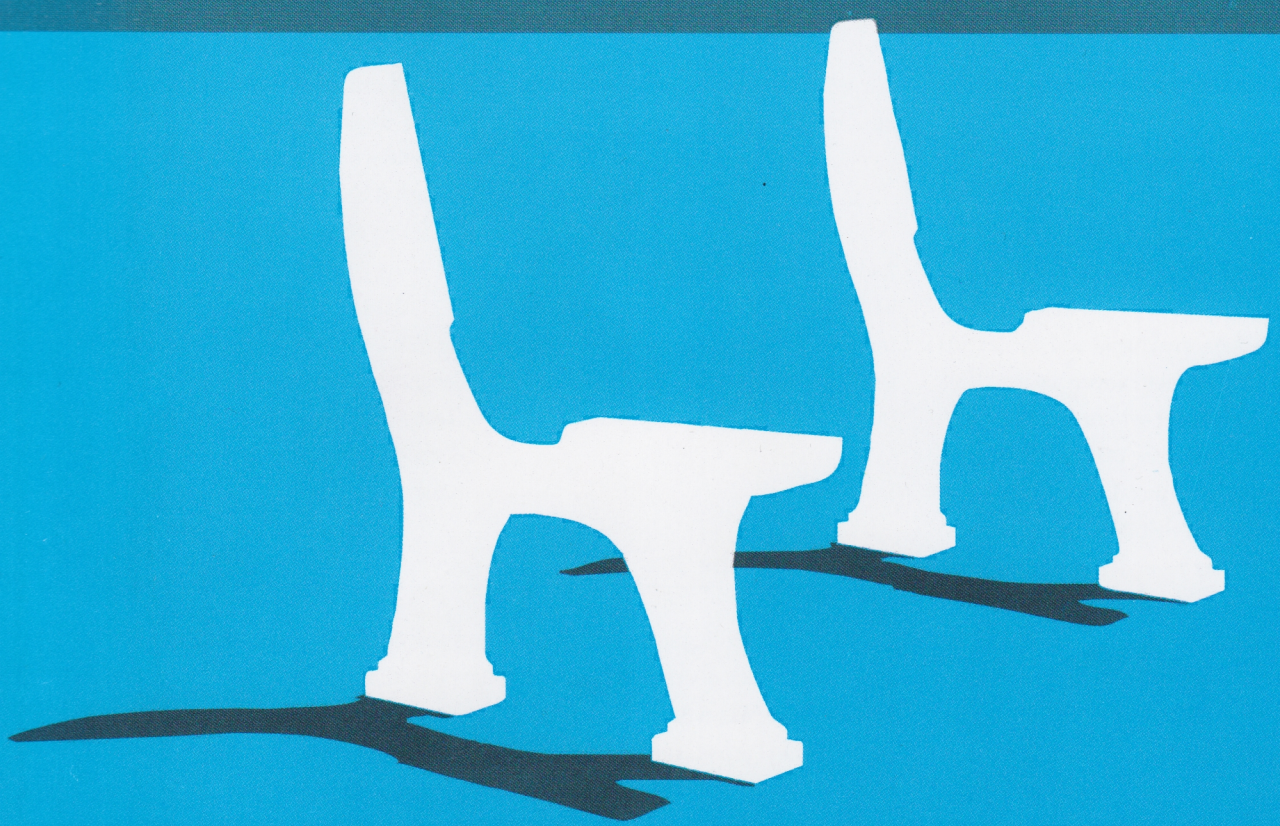
Lotta

Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen

#51
Frühjahr 2013
lotta-magazin.de

Sozialdarwinistische Zustände

Wohnungs- und Obdachlose als vergessene Opfer rechter Gewalt



Außerdem in dieser Ausgabe: Das „Kompetenzzentrum Rechtsextremismus Westfalen" | Rechte Fan- und Hooliganstrukturen im Aufwind? | Neonazistische Strukturen in und um Fulda | Frühgeschichte der FDP in NRW

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

schon seit längerem wird an der Praxis des Verfassungsschutzes herumgemäkelt. Um das Image wieder aufzupolieren, setzt der VS NRW auf „eine aufgeklärte Öffentlichkeit“ als „Fundament einer demokratischen Kultur“. Und auf Aussteigerprogramme. Wie diese funktionieren, hat jüngst ein VS-Mitarbeiter erläutert: „Wenn ein Aussteiger sagt ‘Ich esse keinen Döner [...]’ lade ich ihn in ein türkisches Restaurant ein. Dort merkt er plötzlich, dass das Essen lecker ist und der Kellner freundlich war.“
Damit solche Vorschläge nicht sofort geschreddert werden, will der VS auf Bundesebene nun eine – Zitat – „kleine, aber feine Gruppe“ von „Querdenkern“ installieren. Diese soll „ausgetrampelte Pfade verlassen und Alternativhypothesen entwickeln“. Wir als Diskursorientierte glauben fest daran, dass nun alles besser wird.
Seit der Wiedervereinigung starben in der BRD mindestens 152 Menschen durch rechte Gewalt, in 31 Fällen war das Motiv „Hass auf Obdachlose und Sozial Randständige“. Auch in zivilgesellschaftlichen Strukturen und antifaschistischen Zusammenhängen zeigen sich Leerstellen in der Wahrnehmung und Thematisierung der Diskriminierung Wohnungsloser und deren Betroffenheit von rechter Gewalt. Mit dem Schwerpunkt der vorliegenden Ausgabe möchten wir dem entgegenwirken.
Leider müssen wir aufgrund gestiegener Kosten, fehlender Förderung und gestiegener Seitenzahl nach fünfeinhalb Jahren den Preis für die LOTTA noch einmal um 50 Cent erhöhen. Sorry, aber es geht nicht anders!
Wir bedanken uns bei allen, die uns bei der Erstellung dieser Ausgabe als Autor_innen, Interviewpartner_innen, Fotograf_innen oder anderweitig unterstützt haben. Herzlich bedanken wir uns bei auch bei denen, die in den letzten Monaten Soli-Partys für uns organisiert haben.
Im Schwerpunkt unserer letzten Ausgabe #50 hatten wir die anstehenden 20. Jahrestage der faktischen Abschaffung des individuellen Grundrechts auf Asyl und des Solinger Brandanschlages thematisiert. Diese Jahrestage (26. und 29. Mai) rücken nun immer näher. Wir würden uns freuen, euch auf den beiden Solinger Demos am 25. und am 29. Mai über den Weg zu laufen. Nähere Infos auf der Rückseite dieses Heftes.

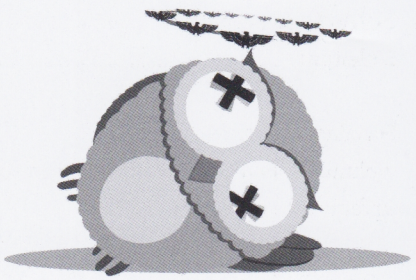
Wir wünschen euch allen einen schönen antifaschistischen Frühling.

Eure LOTTA-Redaktion

Redaktionsschluss dieser Ausgabe war der 24. März 2013. Aktuellere Entwicklungen konnten nur in einzelnen Beiträgen berücksichtigt werden. Erscheinungsdatum ist der 10. April 2013.

Hohlnazis

„Dummheit ist nicht heilbar!”, sagt der Volksmund. Und er hat Recht. Wäre dem nicht so, wäre die Auswertung extrem rechter Ergüsse auch sehr trist. So aber können wir an dieser Stelle regelmäßig einige Beispiele aus der schier unbegrenzten Palette extrem rechten Schwachsinns präsentieren.



Hirn verbrannt

Die NPD Oberhausen am „nationalen Lesetag“ zur „Büchervernichtung während und nach dem 2. Weltkrieg“: „Etwa 40% der deutschen Archivalien wurden von alliierten Bombern vernichtet. [...] Nach dem 2. Weltkrieg wurden auf Anweisung der alliierten Siegermächte rund 35.000 Buchtitel ‘ausgemerzt’. Darunter ‘Germanische Götter- und Heldensagen’“.

Nationale Logik

Die NPD Unna kommentiert einen Artikel in der „Jungen Welt“ über die rassistische „Lega Nord“ in Italien: „Na also, es gibt doch Rassen, sonst könnte es doch keine Rassisten geben“

Errata Ausgabe 50

Im Artikel zum Solinger Brandanschlag hatte sich auf Seite 15 ein Fehler eingeschlichen. Zwei Zeilen oberhalb der Zwischenüberschrift in der mittleren Spalte muss es natürlich „Christian B.“ heißen, nicht „Christian R.“. Im oberen Bild auf Seite 27 ist leider Daniel Fuchs („ganz rechts“) von der RechtsRock-Band *Breakdown* aus dem Bild „gerutscht“. Wir bitten um Nachsicht.

Inhaltsverzeichnis

Gesellschaft

Wohlfühlantifaschismus für die Bürgermeister ..... Seite 4
In Westfalen soll ein „Kompetenzzentrum Rechtsextremismus“ entstehen

In die falsche Richtung ..... Seite 8
„Law & Order“-Parolen prägen die Debatte über gewaltorientierten Islamismus

Schwerpunkt

Einleitung ..... Seite 10

Sozialdarwinistische Zustände ..... Seite 11
Wohnungs- und Obdachlose als vergessene Opfer rechter Gewalt

„Hau ab Du Penner“ ..... Seite 15
Gewalt gegen Wohnungslose

Ein Krieg gegen die Armen ..... Seite 18
Diskriminierung und Verfolgung von „Asozialen“ im NS-Staat

Gegen das Vergessen ..... Seite 21
Ein Gespräch über antifaschistische Erinnerungsarbeit an wohnunglose Opfer rechter Gewalt

Vernichtungswille und argumentative Ausnutzung ..... Seite 24
Wohnungslose als Feindbild und Propagandaobjekt der extremen Rechten

Extreme Rechte

Kampf um die Kurven ..... Seite 27
Rechte Fan- und Hooliganstrukturen im Aufwind?

Eine Zeitreise in die 1990er ..... Seite 30
Die „Skinhead-Front Dortmund-Dorstfeld“

Potemkinsche Fassaden? ..... Seite 32
„Die Republikaner“ in NRW

Rechtes Potpourri im Schatten des Doms ..... Seite 34
Neonazistische Strukturen in der Bistumsstadt Fulda und drumherum

Konservativer Gegenpol ..... Seite 36
Die „Burschenschaft Germania Halle“ zu Mainz bleibt sich treu

Pleiten, Pech und Pannen? ..... Seite 38
Behördenkonkurrenz, V-Leute und vergessene Asservate in den NSU-Ermittlungen

Unter freiem Himmel ..... Seite 40
Demonstrative Aktionen der extremen Rechten

Kurzmeldungen ..... Seite 42

Braunzone

Beherzt zupacken ..... Seite 48
Der VDSt Münster und die Junge Union

Geschichte

Ein folgenschweres Bündnis ..... Seite 50
Das Ende der Weimarer Republik

Nazis – Naumann – Nationale Sammlung ..... Seite 53
Zur Frühgeschichte der FDP in Nordrhein-Westfalen

(Anti)Rassismus

Selbstherbeigeführter Unterbringungsnotstand ..... Seite 57
Hysterie um den Anstieg der Asylantragszahlen

Linke

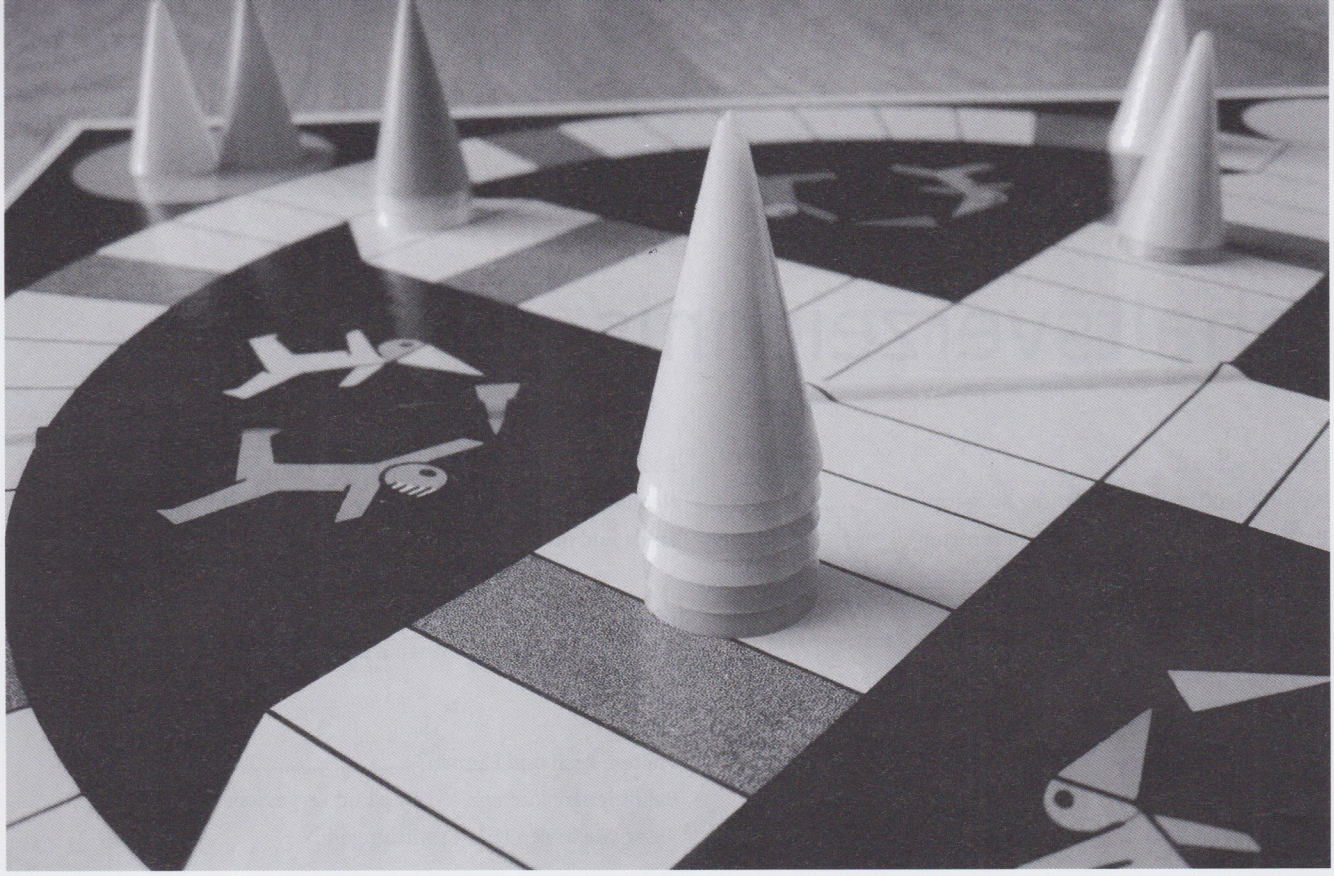
Die Spitze des Patriarchats ..... Seite 59
Bedeutung der Fantifa für die antifaschistische Bewegung

Justiz

„Verbot gegenwärtig nicht möglich“ ..... Seite 62
„Die Rechte“ im Kontext von Vereins- und Parteiverboten

Rezension

Rezensionen ..... Seite 64



Von Britta Kremers

Wohlfühlantifaschismus für die Bürgermeister

In Westfalen soll ein „Kompetenzzentrum Rechtsextremismus“ entstehen

Beratung für Opfer rechter Gewalt und Aussteigerhilfe für Neonazis sollen in Dortmund zukünftig von demselben Träger angeboten werden. Ein Verein mit dem vorläufigen Arbeitstitel „Kompetenzzentrum Rechtsextremismus Westfalen“, dessen Zuständigkeitsbereich von Bochum bis Bielefeld reicht, will sich im April gründen. Hinter dem Verein stehen die Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie der Stadt Dortmund sowie die PolitikwissenschaftlerInnen Claudia Luzar und Dr. Dierk Borstel.

Neben Dortmund ist Hamm diejenige westfälische Kommune, der oftmals ein Neonazi-Problem bescheinigt wird. Städtischerseits wurde dieses Problems tets geleugnet. Über Jahre gab der Hammer Bürgermeister **Thomas Hunsteger-Petermann** (CDU) die Parole aus, bei Naziaufmärschen die Rollläden runter zu lassen. Schließlich sei es bloß ein „Wanderzirkus“, der regelmäßig über die Stadt herfalle. Diese Deutungsweise kennzeichnet auch den von der Stadtverwaltung erstellten „Entwurf eines Hammer Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Rassismus und zur Beratung und Betreuung von Opfern rechter Gewalt“, der Mitte Februar dem Kinder- und Jugendhilfeausschuss des Rats der Stadt Hamm vorgelegt wurde. In diesem stellte die Stadtverwaltung fest, es könne „eindeutig festgestellt werden, dass Hamm keine ‚Hochburg’ für Rechtsextremismus, Gewalt oder Rassismus ist. Die in Hamm in den vergangenen Jahren durchgeführten Kundgebungen und Aktionen von Rechten und anderen Extre-

misten wurden überwiegend von Gruppen und Beteiligten, die außerhalb der Stadt Hamm leben, geplant und durchgeführt.“

Hamm ist keine Hochburg der Neonazis?

Die Veröffentlichung des Handlungskonzeptes stieß auf große Empörung. Schließlich bildete Hamm stets einen Schwerpunkt der neonazistischen Demonstrationspolitik in NRW. 20 Aufmärsche fanden seit 2003, dem Gründungsjahr der im August 2012 verbotenen *Kameradschaft Hamm* (KSH) statt. Das *Antifaschistische Jugendbündnis haekelclub 590* bescheinigte der Stadt deshalb „offensichtliche Unkenntnis“ der Situation, die *Antifa Hamm* zeigte in einer Chronik die Neonazi-Aktionen der vergangenen neun Jahre auf. Unter dem Druck dieser Fakten ruderte Hunsteger-Petermann zurück und erklärte erstmals, dass Hamm „ein Zentrum des Rechtsextremismus“ sei. Im Ausschuss kündigte er an, ein neues Handlungskonzept erstellen zu lassen, bat aber darum, man möge die Empfehlung abgeben, dass die Stadt Hamm dem „Kompetenzzentrum Rechtsextremismus Westfalen“ beitrete. Diesem Wunsch wollte sich niemand verweigern.

Kompetenzzentrum Rechtsextremismus Westfalen

Der Beitritt zu dem sich erst im April als Verein konstituierenden Verein mit dem vorläufigen Namen „Kompetenzzentrum Rechtsextremismus Westfalen“ (KZW) ist die zentrale Empfehlung des „Hammer Handlungskonzeptes“. Ein Blick in das Konzeptpapier des KZW zeigt, dass dieses ein Angebot ganz nach dem Geschmack des Hammer OB formuliert. „Westfalen hat die Chance sich überregional als demokratische Modellregion zu präsentieren“, wird dort als eines der Ziele formuliert. Städte wie Hamm werden also mit dem Versprechen gelockt, durch die Unterstützung des KZW einen marketing-orientierten Mehrwert zu erzielen. Eine Stadt, die in der Öffentlichkeit mit einem Neonazi-Problem identifiziert wird, kann so das Image aufbessern. Die Kommune dokumentiert nach außen, „etwas zu tun“, muss sich aber in den eigenen Verwaltungsstrukturen nicht mit Strategien gegen Neonazismus und Rassismus befassen. Denn das KZW verspricht, als „zentrale Stelle“ ein „einheitliches regionales Konzept zur Bekämpfung des Rechtsextremismus in Westfalen“ zu entwickeln. Es stelle seine Erkenntnisse als „Dienstleister für Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft zur Verfügung“. Ob auchdie Kompetenzen der antifaschistischen AkteurInnen vor Ort eine Rolle spielen werden, ist zweifelhaft. Im Konzeptpapier wird behauptet, dass in Westfalen „fast unbemerkt eine gewaltbereite rechtsextreme Szene“ herangewachsen sei, die einen „aggressiven Raumkampf“ gegen „missliebige Opfergruppen, Menschen, Gebäude und Einrichtungen“ führe. Die „regionalen Probleme“ seien lange Zeit nicht ernst genommen worden. Der Vorwurf der Verharmlosung des Neonazismus mag auf einzelne Stadtverwaltungen wie jene in Hamm zutreffen, auf keinen Fall aber auf die kontinuierlich aktiven lokalen Initiativen und Bündnisse. Deren Engagement bleibt im KZW-Konzept jedoch unsichtbar.

Das KZW-Papier zeichnet sich zudem durch eine vollkommen unzureichende Problemanalyse aus, denn „Rechtsextremismus“ wird auf die NPD und „Autonome Nationalisten“ reduziert, nicht einmal *Die Rechte*, in der sich die Akteure der 2012 verbotenen NRW-Kameradschaften neu sammeln (vgl. LOTTA #50), findet Erwähnung. Überhaupt keine Rolle spielen die Zustände in der Mitte der Gesellschaft: Alltagsrassismus und institutioneller Rassismus existieren aus der Sicht der KZW-AutorInnen nicht als Probleme, denen sich die Kommunen stellen sollten. Die fehlende gesellschaftskritische Ausrichtung des KZW macht es für Stadtverwaltungen natürlich einfach, ihre Unterstützung zu bekunden. Rassismus und Ungleichwertigkeitsvorstellungen werden ausschließlich als Merkmale einer extremen, gewalttätig agierenden gesellschaftlichen Randgruppe ausgemacht. Die „Mitte“ bleibt sauber.

Beratung unter einem Dach?

Konkret soll das KZW Kommunen und BürgerInnen „alle wichtigen Erkenntnisse, Beratungs- und Begleitungsangebote aus einer Hand“ liefern. Den MacherInnen geht es um die Zusammenführung und Zentralisierung bestehender Beratungsangebote in einem neuen Verein. Dieser soll sich vorerstauf zwei Säulen stützen. Angeboten wird eine Opferberatung sowie eine Aussteigerberatung. Eine Zusammenlegung dieser beiden Angebote ist hochproblematisch und in Bundesländern, die seit mehr als zehn Jahren über professionelle Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt verfügen, nicht üblich. In der Fachöffentlichkeit wird die Position vertreten, dass die Beratungsangebote institutionell und räumlich voneinander zu trennen seien, ansonsten entstünden nicht lösbare Rollen- und Interessenkonflikte sowie ein Vertrauensverlust seitens der BeratungsnehmerInnen. Welche Betroffene rechter Gewalt würde sich auch an einen Träger wenden, der zugleich eventuell ausstiegswillige Neonazis betreut?Zumal die Bereitschaft zum „Ausstieg“ nicht selten vorgetäuscht wird, wenn es beispielsweise in Strafverfahren eng werden könnte oder anderer

Ärger droht. Für Betroffene rechter Gewalt kann es hingegen wichtig sein, dass neonazistische SchlägerInnen Konsequenzen für ihre Gewalttaten zu spüren bekommen – auch weil Verurteilungen eine Signalwirkung für die Szene haben können. Wie soll dieser Interessenkonflikt vom Trägerverein gelöst werden? Eine Opferberatungsstelle, die parteiisch im Sinne der von rechter Gewalt Betroffenen arbeiten soll, kann nicht zugleich TäterInnenarbeit machen. Ausstiegshilfen und sozialpädgogische Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen können demnach nicht von TrägerInnen einer Opferberatung angeboten werden.
Dass das KZW gerade diese beiden Beratungsangebote unter einem Dach vereinen soll, hat einenGrund: Beides wird in Dortmund bereits angeboten, die Finanzierung ist aus Mitteln der Stadt (Aussteigerberatung) und des Landes (Opferberatung) gesichert. Die AutorInnen des KZW-Konzeptes sind persönlich auf engste mit diesen Angeboten verbunden.

Das Dortmunder ExpertInnen-Netzwerk

AutorInnen des KZW-Konzeptes sind Dierk Borstel und Claudia Luzar, letztere ist zugleich die wissenschaftliche Leiterin der Opferberatungsstelle *Back Up*. Die beiden arbeiten bereits seit Jahren eng zusammen. Ihre Wege trafen sich beim Verein *Exit*, der AussteigerInnen aus der Neonazi-Szene betreut. Luzar fand ihren Weg dorthin, nachdem sich die *Opferperspektive Brandenburg* von ihr getrennt hatte. Nach ihrem Wechsel zu *Exit* veröffentlichte sie 2006 zusammen mit Borstel – sowie dem „Aussteiger“ **Gabriel Landgraf**, einem ehemaligen Führungskader der *Berliner Alternative Süd-Ost* – eine Studie über „Rechtsextremismus in der Weitlingstraße“. Später arbeiteten beide für den Bielefelder Sozialforscher **Wilhelm Heitmeyer**. Über dessen Institut gelangten sie 2009 an den Job, einen Teil der von der Stadt Dortmund in Auftrag gegebenen Studie über „Rechtsextremismus in Dortmund“ zu verfassen (vgl. LOTTA #39). Ein „Update“ der Studie veröffentlichten sie 2012, diesmal ohne das *Bielefelder Institut für Konflikt- und Gewaltforschung*. Seit dieser Zeit gelten sie in Dortmund als führende ExpertInnen zum Thema, auf deren Leistungen die Stadtspitze gerne zurückgreift. Als die Stadt Dortmund 2011 in Kooperation mit dem Verein *Exit* eine Aussteigerhilfe installierte, ging dieser Job an Borstel. Ende 2012 trat er dann eine Professur an der Fachhochschule Dortmund an. Zugleich bietet Borstel mit seinem Verein *Community Coaching e.V.* Beratung für Kommunen an – ausdrücklich auch zum Thema „Linksextremismus“, wie er auf seiner Website schreibt. Seine „Expertenmeinung“ stellte er im August 2012 der Stadt Dortmund zur Verfügung. Auf Wunsch des Oberbürgermeisters **Ullrich Sierau** ging er der Frage „Braucht es ein Antifa-Camp in Dortmund?“ nach. Seine Antwort: Nein, denn das Camp „sei nur eine kurzfristige Provokation“, es „polarisiere die Bürgergesellschaft“ und bedrohe „den entwickelten Konsens zum Rechtsextremismus“ in Dortmund. Nutzen daraus zögen nur die „Rechtsextremisten“ und „jener Teil der radikalen Linken, dem es im Kern um die Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft geht“. Zudem würden „gewaltbereite Reisekader“ der Antifa in die Stadt einfallen. Borstels Textwurde auf der Internetseite des städtischen Presseamtes zu einem Zeitpunkt veröffentlicht, als in der Stadt heftig über das vom OB verfügte Verbot des Antifa-Camps diskutiert wurde. Die Stellungnahme ist ein Fall von Legitimationswissenschaft und Ausdruck einer sozialdemokratischen Version der Extremismustheorie. Nach Kritik an dieser Auftragsarbeit versuchten sich Stadt und Autor zu distanzieren. So ist dem Text mittlerweile der Zusatz vorangestellt: „Entgegen anders lautenden Hinweisen verfasste der Autor den Beitrag aus eigenem Antrieb – und nicht auf Veranlassung der Stadt Dortmund oder auf Wunsch des Dortmunder Oberbürgermeisters.“
Auch Luzar beteiligte sich an der PR-Arbeit des in der Kritik stehenden OB. In derselben Woche besuchte Sierau *Back Up*, um einen Fototermin wahrzunehmen. Das städtische Presseamt erklärte, Luzar habe betont, wie wichtig es sei, dass die Stadt ein Zeichen setze und der Oberbürgermeister dahinter stehe: „Dortmund ist eine Modellstadt im Kampf gegen Rechts.“ Die Stadt Dortmund und der Sonderbeauftragte des Oberbürgermeisters **Hartmut Anders-Hoepgen** hätten sich mit viel Energie dafür eingesetzt, dass die Beratungsstelle durch das Land NRW finanziert werde.

Deutungshoheit in der Herzkammer

Borstel und Luzar dienen sich bereitwillig der Dortmunder Stadtspitze an, die seit einiger Zeit mit viel Verve eine große Erzählung anstimmt: Man sei

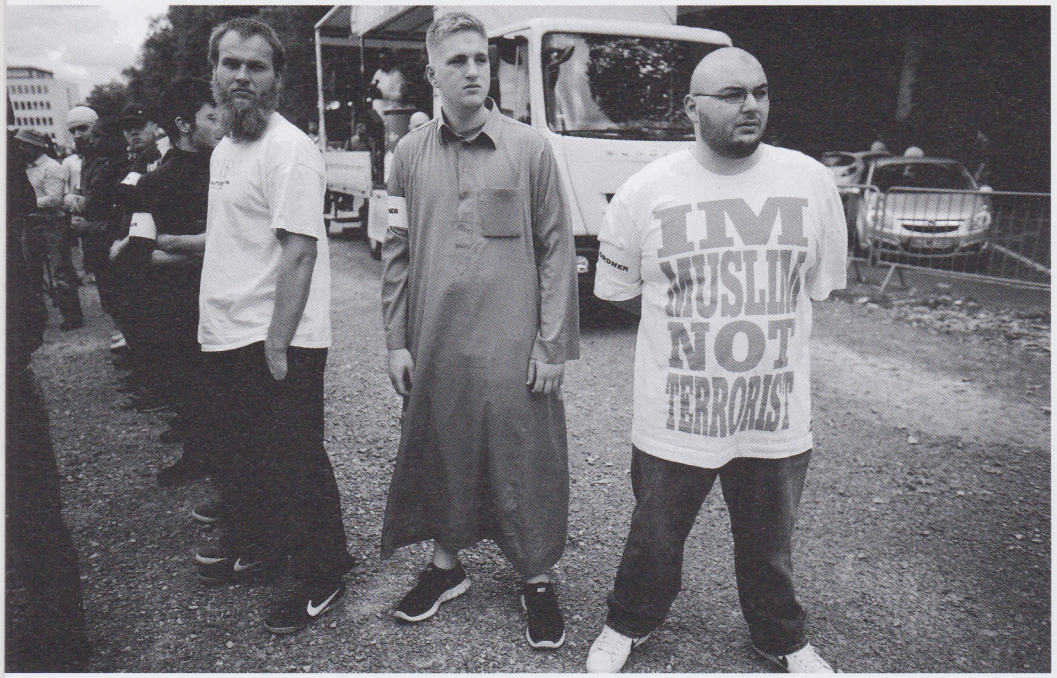
zwar die Hochburg der Neonazis gewesen, werde nun aber zur „Modellstadt im Kampf gegen Rechts“. Die Stadt Dortmund stecke viel Energie und Geld in das Engagement gegen Rechts. In Dortmund, „Herzkammer der Sozialdemokratie“, stelle man sich den Neonazis erfolgreich entgegen. Luzar und Borstel blasen in dasselbe Horn. „Wegen der wachsenden rechtsextremen Szene in Dortmund hatte die Stadt 2007 eine ‘Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie gegründet, die an das Büro des Oberbürgermeisters angegliedert wurde“, schreibt Luzar in einem Beitrag in einem vom *Militärhistorischen Museums der Bundeswehr* herausgegebenen Sammelband. Fünf Jahre lang hätten sich die „Autonomen Nationalisten“ ungestört ausbreiten können. Weiter heißt es: „Mit der Analyse und den Handlungsvorschlägen der Bielefelder Forscher hatte die Stadt aber nun Instrumente an der Hand, dem Rechtsextremismus zu begegnen. Diese wurden konsequent umgesetzt, parallel zur Arbeit der Polizei...“ Die Stadt habe alles im Griff, so die Message.

So verwundert es nicht, dass das geplante „Kompetenzzentrum“ massive Unterstützung von der *Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie der Stadt Dortmund* erhält, deren Leiter Hartmut Anders-Hoepgen die Gründung des neuen Trägervereins bereits im Januar bekannt gab. Zu Beginn des Jahres hatte sich die Stadt gerade von der Aussteigerhilfe *Exit* getrennt. Anders-Hoepgen erklärte im Interview mit dem WDR, das KZW solle später neben Opfer- und Aussteigerberatung noch weitere Säulen hinzugewinnen. Das Projekt ist auf Expansion ausgerichtet: Weitere Kommunen sollen dem KZW beitreten, und auch Landesmittel hat man im Blick. Dierk Borstel verfasste – veröffentlicht als Professor der FH Dortmund – eine Stellungnahme zum Haushaltsentwurf des Landes, in der er heftig gegen bestehende Präventionsangebote polemisierte. So bewertete er beispielsweise die „Mobile Beratung“ als ausschließlich in Ostdeutschland sinnvolle Maßnahme, wo sie „Defizite auf Seiten der Bürgergesellschaft“ wie die nur rudimentär entwickelten „systemstabilisierenden Akteure“ ausgleichen müsse. In NRW aber brauche man sich nicht über „deutlich unterentwickelte demokratische Strukturen (zu) beklagen“. Als Alternative zu bestehenden Angeboten plädierte er für die Einführung von „Zentren der Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention“, die Opferberatung, Aussteigerhilfe sowie Anlaufstellen für Eltern und Freunde von „Rechtsextremisten“ sowie „gemeinwesenbezogene Angebote für Kommunen“ bereithalten sollen. Die existierenden Opferberatungsstellen seien in die Zentren zu integrieren. Wer in den Zentren arbeiten wolle, der müsse sich zur „partnerschaftlicher Kooperation mit staatlichen Stellen wie Polizei, Verwaltungen und Kommunen“ bereit erklären und über „sozio-kulturelle Offenheit für neue Klientelgruppen wie z.B. Aussteiger aus der rechtsextremen Szene“ verfügen.

Insgesamt scheinen die MacherInnen des KZW-Konzeptes sehr von sich überzeugt zu sein, an Selbstbewusstsein fehlt es gewiss nicht. Statt die an sie im Rahmen der Recherche zu diesem Artikel gestellten Fragen der LOTTA nach den fachlichen Gründen für eine Zusammenlegung von Beratungsangeboten für Opfer und TäterInnen sowie nach ihrer Funktion im angestrebten KZW zu beantworten, befasste sich Luzar in ihrer Antwort mit der Darstellung ihrer Leistungen und Fähigkeiten in den Themenbereichen Opfer rechter Gewalt und „Rechtsextremismus“. Ihr Fazit: „Wahrscheinlich gibt es niemanden, der in diesem Bereich mehr Erfahrungen (Projektarbeit und wissenschaftliche Expertisen) sammeln konnte.“ Na dann...

Kritische Perspektiven fehlen

Das Konzept des KZW weist eklatante fachliche Mängel und eine fatale politische Ausrichtung auf.Mittels des KZW erhoffen sich Stadtverwaltungen und die MacherInnen, die Deutungshoheit für ihre zahnlosen und unkritischen Strategien gegen Rechts zu erlangen. Das KZW wird als Gegenspieler gegen jeden kritischen Antifaschismus ins Spiel gebracht werden. Die fehlende Unabhängigkeit von Borstel und Luzar schadet schon jetzt der Opferberatung *Back Up*. Sie ist auf das Vertrauen der (potenziell) Betroffenen und auf die Zusammenarbeit mit den lokalen Initiativen angewiesen. Mehrere linke Zentren in NRW haben in Offenen Briefen die Zusammenarbeit mit *Back Up* aufgrund der Politik von Claudia Luzar vorerst aufgekündigt.



Von Pia Gomez

In die falsche Richtung

„Law & Order"-Parolen prägen die Debatte über gewaltorientierten Islamismus

Nachdem im März vier Salafisten zur vorbeugenden Verhinderung möglicher Straftaten inhaftiert wurden, droht die Auseinandersetzung mit dem Problem des gewaltorientierten Islamismus erneut in einen populistischen „Sicherheits"-Diskurs zu münden.

Mit dem angeblich geplanten Attentat auf den *pro-NRW*-Chef **Markus Beisicht** ist das Thema Rassismus in den Hintergrund gerückt. Die Union scheint das Thema Islamismus offensichtlich zu nutzen, um weitere Verschärfungen des Zuwanderungsgesetzes zu erwirken. Bundesinnenminister **Hans-Peter Friedrich** und CDU-Innenexperte **Wolfgang Bosbach** kündigten an, auf der Innenministerkonferenz im Mai einen Gesetzesentwurf zur schnelleren Ausweisung von „Salafisten und Hasspredigern" vorzulegen. Hierzu solle die im § 54 des Zuwanderungsgesetzes festgelegte „Ausweisung im Regelfall" bei erfolgter gewalttätiger politischer Aktivität ausgeweitet werden auf „fanatisch religiöse Ausländer": offensichtlich purer Populismus. Denn laut Angaben des Inlandsgeheimdienstes Verfassungsschutz besitzen mehr als 70 Prozent der zirka 4.500 hier lebenden Salafisten die deutsche Staatsbürgerschaft. So sind auch drei der vier im März festgenommenen Salafisten Deutsche und fallen damit nicht unter die angeblich dringend erforderlichen Gesetzesverschärfungen. Durch derartige Zuschreibungen wird das Problem des gewaltoriertierten Islamismus umgedichtet in ein „Ausländer-Problem". Die Politik des Pauschalverdachts ersetzt hier wieder einmal die differenzierte Analyse.

Law & Order statt Analyse

NRW-Innenminister **Ralf Jäger** positioniert sich in diesem Kontext als Macher, der mit Repression und „zero tolerance" gegen „Extremismus in jeder Form" in Erscheinung tritt. Sowohl die jüngsten Verhaftungen der Salafisten als auch die Beobachtung der extrem rechten und muslimfeindlichen Partei *pro NRW* wer-

den als Beispiele für ein erfolgreiches Vorgehen zu verkaufen versucht. Im Hinblick auf die reale Entwicklung politischer Radikalisierungs- und Eskalationsdynamik bei IslamistInnen und muslimfeindlichen RassistInnen relativieren sich solche Erfolgsmeldungen. Doch ein lediglich repressives staatliches Vorgehen führt nicht zur Unterbindung, sondern lediglich zur Verlagerung von islamistischer und extrem rechter Demokratiefeindlichkeit. Zudem verstärkt ein einseitig repressives Vorgehen die in diesen Kreisen trotz unterschiedlicher Ausrichtung ritualisiert gepflegten Verschwörungstheorien und den dort ebenso gepflegten Opferstatus. Eine Folgeerscheinung daraus zeigt sich in der Verfestigung gleichfalls existenter Untergangs- und „Endkampf"-Szenarien.

Fragen statt vorschneller Antworten

Nach der Festnahme der zwei tatverdächtigen Angehörigen der nordrhein-westfälischen Salafistenszene in der Nähe des Wohnortes des *pro-NRW*-Chefs Beisicht waren die Medien in ihren Wertungen vorschnell bei der Sache: „Mordanschlag in letzter Sekunde verhindert", so der Tenor in den Tagen nach der nächtlichen Festnahme und der Verkündung erster polizeilicher Ermittlungsergebnisse. In Anbetracht der bekannten Fakten relativieren sich nicht nur solche Wertungen, sondern es ergeben sich weitere Fragen, deren Beantwortung erst eine klare Einschätzung des salafistischen Gefährdungspotenzials ermöglichen. Zentral hierfür erscheinen nach dem aktuellen Kenntnisstand die Frage nach der Konkretisierbarkeit der Mordabsichten sowie die Frage nach einem möglichen Zusammenhang mit der Deponierung eines nicht zündfähigen Sprengsatzes auf dem Bonner Hauptbahnhof im Dezember des letzten Jahres. Sollten sich hierbei personelle Überschneidungen in der Täterschaft nachweisen lassen, ist zu klären, in welcher Form und in welchem Ausmaß durch verdeckte Ermittlungen seitens der Überwachungs- und Verfolgungsbehörden Kenntnisse über die Aktivitäten der Festgenommenen und deren Umfeld bestanden haben. Laut Presseberichten liefen solche verdeckten Ermittlungen gegen das nordrhein-westfälische salafistische Netzwerk seit November 2012. In diesem Kontext ist zudem ungeklärt, welches Ausmaß die geheimgehaltenen verdeckten Maßnahmen erreicht haben. Im bekannt gewordenen Fall der sogenannten Sauerland-Gruppe gewaltorientierter Salafisten gingen diese Maßnahmen so weit, dass den Fanatikern von den Behörden nicht funktionsfähiger Sprengstoff geliefert wurde. Um die reale Stärke des aktuellen salafistischen Gewaltpotenzials beurteilen zu können, müsste auch diese Frage geklärt werden.

Keine Auseinandersetzung mit Rassismus

In den Kommentarspalten der Zeitungen häuften sich nach den Festnahmen im März die Aussagen mit dem Tenor, dass mit dem Salafismus nun eine neue Qualität von gewalttätigem Fanatismus in Erscheinung trete, die eine Veränderung der angeblich vorherrschenden Verengung des Blick auf den „Rechtsextremismus" nach sich ziehen müsse. Hierbei kommt ein bekannter Reflex zum Ausdruck, durch den das Thema „Ausländergewalt" die notwendige Auseinandersetzung mit dem Problem des gewalttätigen Rassismus zu überlagern droht. Selbstverständlich stellt der gewaltorientierte Islamismus ein schwerwiegendes Problem und eine große Herausforderung auch hierzulande dar. Damit darf jedoch nicht das Ausmaß rassistisch motivierter Gewalt in Deutschland relativiert werden, das hinsichtlich der real erfassten Straftaten das Potenzial islamistischer Gewalt quantitativ um ein Vielfaches überragt. Zudem stärkt eine so begründete Relativierung extrem rechter Gefahr die extrem rechten Akteure in ihrem Bestreben, sich selbst als Opfer zu stilisieren.

Ursachenforschung und Prävention

In der öffentlichen Debatte um die-Schlussfolgerungen aus der Gefahr des gewaltorientierten Salafismus bestimmen Alarmismus und Law & Order-Parolen den vorherrschenden Tenor. Dabei bleibt außen vor, dass das Wissen über den salafistischen Islamismus im Allgemeinen wie über die Ursachen und Entwicklungen von gewaltorientierten Radikalisierungstendenzen im Besonderen wenig bis gar nicht vorhanden ist. Trotz der Tatsache, dass sich das salafistische Gefährdungspotenzial hierzulande meist auf Fanatiker mit deutschem Pass und oftmals auch auf deutsche Konvertiten ohne Migrationsbiografie konzentriert, artikuliert sich politisch mehrheitlich eine Verknüpfung der „Extremismusdebatte" mit der sogenannten Ausländerfrage. Ebenso wird hinsichtlich des muslimfeindlichen Rassismus oft lediglich die Verfassungsfeindlichkeit der dort hervortretenden Akteure in den Blick genommen, anstatt sich mit der Eskalationsspirale rechtspopulistischer Muslimfeindlichkeit zu beschäftigen. Ebenso wie im salafistischen Spektrum zeigen sich auch in der muslimfeindlichen Rechten gefährliche Tendenzen zu apokalyptischen Endzeitprophezeiungen und zunehmende Gewaltandrohungen: Die Dimension möglicher Folgen solcher Entwicklungen hat der Massenmord des muslimfeindlichen Rassisten **Anders Behring Breivik** in erschreckender Form veranschaulicht.

Von Britta Kremers

Schwerpunkt

Wohnungs- und Obdachlose als vergessene Opfer rechter Gewalt

Seit der Wiedervereinigung starben in der Bundesrepublik nach Recherchen des *Tagesspiegels* und der *Zeit* mindestens 152 Menschen durch rechte Gewalt. In 31 Fällen wird als Motiv „Hass auf Obdachlose und Sozial Randständige" angegeben. Doch sucht man Namen wie **Frank Bönisch**, **Dieter Klaus Klein** oder **Horst Pulter**, die von Neonazis erschossen, zusammengetreten und erstochen wurden, vergeblich in den offiziellen Statistiken der Bundesregierung zu rechtsmotivierten Morden. Aus der Betroffenengruppe der Wohnungslosen werden lediglich sieben Menschen offiziell als Todesopfer rechter Gewalt anerkannt.

Diese Ignoranz ist allerdings nicht nur ein Problem bei Politik und Behörden. Auch in zivilgesellschaftlichen Strukturen und antifaschistischen Zusammenhängen zeigen sich Leerstellen in der Wahrnehmung und Thematisierung der Diskriminierung Wohnungsloser und deren Betroffenheit von rechter Gewalt. Diese „Lücke" lässt sich auch in der öffentlichen Thematisierung des Nationalsozialismus feststellen. Obdachlose und sozial Marginalisierte wurden als sogenannte Asoziale aus der Gesellschaft ausgeschlossen und verfolgt. Nach 1945 setzte sich die Stigmatisierung weiter fort. Erst in den letzten Jahren rückt die Verfolgung langsam in den Blick der historischen Forschung und des Gedenkens an die Opfer des NS.

Die Thematisierung und Auseinandersetzung mit Obdachlosenfeindlichkeit darf jedoch nicht auf den (Neo)Nazismus reduziert werden. Die institutionelle, strukturelle und alltägliche Ausgrenzungspraxis gegen Obdach- beziehungsweise Wohnungslose ist vielmehr als ein gesamtgesellschaftliches Problem zu benennen und zu kritisieren. Denn in der oft zitierten „Mitte der Gesellschaft" sind jene Einstellungen, Bilder und Zuschreibungen, die Menschen als „minderwertig" abwerten und somit den Täter_innen letztendlich als Legitimation ihrer tödlichen Gewalt dienen, weit verbreitet.

Lucius Teidelbaum skizziert die strukturelle Ausgrenzungspraxis Sozialdarwinismus und stellt die Diskriminierung von Wohnungslosen in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext ..... *Seite 11*

Kati Lang beschreibt Merkmale und Ausmaß rechter Gewalt gegen Wohnungslose und verweist auf institutionelle und strukturelle Problemfelder in der Auseinandersetzung. Durch die LOTTA-Redaktion wurden exemplarisch Fälle von Morden an Wohnungslosen ergänzt ..... *Seite 15*

Helen Stade zeichnet die Verfolgung der als „asozial" stigmatisierten Menschen im Nationalsozialismus nach *Seite18*

In einem Gespräch mit dem Bochumer **Polit-Café Azzoncao** und der Initiative **Kein Vergessen** aus Koblenz wird die Frage einer antifaschistischen Praxis der Erinnerung an wohnungslose Opfer rechter Gewalt thematisiert ..... *Seite 21*

Wie sich die extreme Rechte zum Thema Wohnungslose positioniert, beschreiben **Ulli Jentsch**, **Jan Raabe** und **Johannes Lohmann** ..... *Seite 24*

Foto: Herby Sachs, version-foto.de

Von Lucius Teidelbaum

Sozialdarwinistische Zustände

Wohnungs- und Obdachlose als vergessene Opfer rechter Gewalt

In der öffentlichen Wahrnehmung rangieren Wohnungslose und ihre Lebensumstände unzweifelhaft ganz weit unten. Die generell fehlende Aufmerksamkeit führt häufig auch zu einer Nichtbeachtung der Gewalttaten gegen Obdachlose und der dahinter stehenden Motive. Häufig wird das rechte Motiv bei Gewalt bis hin zum Mord an wohnungslosen Menschen gar nicht erkannt oder thematisiert. Damit wiederholt sich selbst im Tod die Marginalisierung zu Lebzeiten.

Armut und Wohnungslosigkeit in Deutschland

Dass auch die (vermeintliche) Wohlstandsgesellschaft in der Bundesrepublik Armut und Ausschluss produziert, ist für ihre Kritiker_innen keine Neuigkeit. Da Reichtum immer auch verstärkte Teilhabe an der Gesellschaft bedeutet, ist die Folge von Armut häufig eine Marginalisierung. Zu diesen sozial Marginalisierten zählen unter anderem auch Drogenabhängige, Langzeitarbeitslose, Behinderte, psychisch Kranke und auch Obdach- bzw. Wohnungslose.

Die deutschen Behörden führen bundesweit keine gesetzlichen Statistiken zur Zahl der Wohnungslosen. Nach Schätzungen der *Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe* (BAGW) gab es in Deutschland im Jahr 2010 ungefähr 250.000 Wohnungslose, das heißt Menschen, die nicht über einen mietvertraglich abgesicherten Wohnraum verfügten (verdeckte oder latente Wohnungslosigkeit), etwa 22.000 Personen lebten ohne jede Unterkunft auf der Straße, waren also obdachlos im engeren Sinn. Unklar ist, ob hier Minderjährige, sogenannte Straßenkinder, inbegriffen sind.

Ungefähr zwei Drittel der Obdachlosen sind aus finanziellen Gründen obdachlos. Ausgangspunkt des Lebens auf der Straße sind häufig Unfälle, Firmenpleiten, Scheidungen, Todesfälle, Arbeitslosigkeit, Schulden oder eine Gefängnis-Entlassung. War Obdachlosigkeit früher ein klassisches Männerproblem, so ist der Anteil der Frauen mittlerweile auf

25 Prozent angestiegen. Es verwundert aber, dass Obdachlosigkeit immer noch überwiegend ein Männerproblem ist. Denn die Bundesrepublik ist trotz gewisser Fortschritte auch eine patriarchal verfasste Gesellschaft, und in jeder patriarchalen Gesellschaft profitieren Männer vom Geschlechterregime. Obdachlose Männer scheinen hier tatsächlich eine seltene Ausnahme zu bilden. Dennoch sind obdachlose Frauen und Mädchen noch einmal besonderen Gefahren ausgesetzt, nämlich der Gefahr von sexuellen Übergriffen und Vergewaltigungen. In Notübernachtungen existiert nicht grundlos eine strikte Geschlechtertrennung. Das Angebot an Unterkünften für Frauen und Mädchen gilt als ungenügend, besonders Mädchen-Sleep-Ins existieren kaum. So sind obdachlose Frauen und Mädchen ohne Rückzugs- und Schutzraum nicht nur der Gefahr sozialdarwinistisch motivierter Gewalt, sondern auch der Gefahr sexualisierter Gewalt stärker ausgeliefert als nicht-obdachlose Frauen und Mädchen.

Lebenssituationen

Die gesundheitliche Situation von Langzeit-Obdachlosen gilt als schlecht. Die meisten Obdachlosen leiden unter Mangelernährung, Rheuma, Hauterkrankungen, Erkrankungen des Bewegungsapparats, psychischen Krankheiten oder Suchtproblemen. Die Anzahl der psychisch Erkrankten soll fünfmal höher sein als beim Rest der Bevölkerung, und ein Drittel hat zudem erhebliche Alkoholprobleme. Im Ergebnis findet sich bei Obdachlosen eine geringere Lebenserwartung.

Dem Anspruch nach müssten Behörden hier unterstützende Leistung erbringen. Doch sehen sich Wohnungslose häufig mit Behörden-Schikanen konfrontiert und berichten davon, auf dem Amt wie ein „Stück Dreck" behandelt zu werden. Viele obdachlose Menschen lehnen deswegen im Zweifel Hilfe ab, selbst wenn sie sich in großer Not befinden. Diese Vereinzelung und Selbstisolierung sind aber weniger irgendwelchen vermeintlichen Charaktereigenschaften geschuldet, sondern zumeist Ergebnis einer allgemeinen sozialen Isolation und konkreter Erlebnisse.

Bei der Behandlung von und dem Umgang mit Wohnungslosen findet sich häufig ein Schwanken zwischen sozialdarwinistischer Anfeindung und Romantisierung. So wird manchmal auch die Freiheit und Ungebundenheit des „Lebens auf der Straße" beneidet. Laut dem romantischen Berber-Klischee ziehen Obdachlose durch das Land und leben leicht vom Betteln und Musikmachen. Aus linker Sicht wird dieses Leben manchmal sogar als antibürgerliche Lebensform idealisiert. Eine vergleichbare Haltung findet sich auch im Antiziganismus, der hier stellenweise starke strukturelle Ähnlichkeiten aufweist. Diesem Stereotyp ist zu entgegnen, dass es sich nur selten um eine freiwillig gewählte Art des Lebens handelt, bei einigen obdachlosen Menschen kommt es mit der Zeit zu einer problematischen Verwahrlosung und Vereinzelung. Das kann aber nicht als Begründung für die Behörden gelten, obdachlose Menschen generell wie unmündige Kinder zu behandeln. Die Geschichte jedes Obdachlosen ist eine individuelle, deswegen sollte auch die angebotene Hilfe auf den Einzelnen abgestimmt sein.

Sozialdarwinismus – ein „Extremismus der Mitte"

Grundsätzlich bezeichnet Sozialdarwinismus oder Sozialchauvinismus die Abwertung von Menschen auf Grund ihrer sozialen oder ökonomischen Stellung. Sozialdarwinismus richtet sich aber nicht nur gegen Obdachlose, sondern auch gegen Langzeitarbeitslose und andere sozial Benachteiligte und Einkommensarme. Obdachlosenhass bzw. Obdachlosen-Feindlichkeit ist eine Teil-

Kunstaktion gegen die Anbringung eines Zauns in Hamburg, der Obdachlosen den Raum nehmen soll.

Foto links: Hintz&Kuntz, Foto rechts: Adrienne Gerhäuser, version-foto.de

menge des Sozialdarwinismus, der sich entweder speziell gegen Obdachlose richtet oder diese auf Grund ihrer leichten Verfügbarkeit als Opfer auswählt. Sozialdarwinismus wurzelt von allen gruppenbezogenen, menschenfeindlichen Ressentiments vermutlich am stärksten im vorherrschenden Wirtschaftssystem, dem Kapitalismus. Wenn Bevölkerungsgruppen auf Grund ihrer materiellen Situation mehrheitlich unten in der sozialen Hierarchie angesiedelt sind, dann wird ihr Zustand häufig von Rassist_innen im Kollektiv biologisiert oder kulturalisiert, das heißt ihr sozialer Zustand für wesenhaft und herkunftsbestimmt erklärt. Nichts Anderes meinen **Thilo Sarrazin** und Co., wenn sie über Bevölkerungsgruppen und deren vererbbare Intelligenz sprechen. Hier wird Türk_innen oder Sinti und Roma die Schuld an ihrer sozialen Lage qua Ethnie oder Religion bzw. Kultur zugesprochen. Ähnliches wie bei dieser Kulturalisierung und Ethnisierung von Armut, geschieht auch im Sozialdarwinismus. Wer unter die Räder des Kapitalismus gerät,sei selber schuld, so die populäre, vorherrschende Meinung. Dem Individuum wird die Schuld an seiner Lebenssituation selbst zugeschrieben, teilweise auch – wie bei Sarrazin – der gesamten Unterschicht. So wird Armut einerseits individualisiert, andererseits auch wieder biologisiert, wenn Sarrazin die Unterschicht zum Reservoir sich ständig fortpflanzender Dummheit und Faulheit erklärt. Wie die Verkaufszahlen seines Buches „Deutschland schafft sich ab" zeigen, sind solche Thesen besonders im Bürgertum populär; offenbar weil sie den eigenen Stand aufwerten und nach unten abgrenzen. Mit dem Aufkommen der Wirtschaftskrise kam es in den „besseren Kreisen" zwischen 2009 und 2010 zu messbaren, verschlechterten Einstellungen gegenüber Arbeitslosen, sozial Benachteiligten und Migrant_innen. Die Bielefelder Forschungsgruppe um **Wilhelm Heitmeyer** sprach von der höchsten von ihnen ermittelten Abwertung von Langzeitarbeitslosen durch „Gutverdiener".
Diese Entsolidarisierung der Gesellschaft wurde von manchen Politiker_innen und Meinungsmacher_innen noch gezielt befeuert. So schrieb der Philosoph **Peter Sloterdijk** 2009 in der FAZ: „Lebten im ökonomischen Altertum die Reichen unmissverständlich und unmittelbar auf Kosten der Armen, so kann es in der ökonomischen Moderne dahin kommen, dass die Unproduktiven mittelbar auf Kosten der Produktiven leben [...]." Und der *FOCUS*-Redakteur **Michael Klonovsky** hetzte in seinem Artikel „Das Gott-Wort der Guten" vom 2. August 2010: „Die Tatsache, dass es unproduktive Unterschicht, Sozialschmarotzer, ja dass es Plebs gibt, findet der Gutmensch so skandalös, dass er jeden zum Schlechtmenschen erklärt, der darauf hinweist."

Sozialdarwinistische Verhältnisse

Da die Stadt im Kapitalismus nicht bedürfnis- sondern gewinnorientiert funktioniert, sind Bevölkerungsgruppen, die nicht potenzielle Kund_innen sind bzw. solche sogar verschrecken könnten, generell unerwünscht. Noch vor der Wirtschaftskrise, im Jahr 2007, äußerten sich bereits 38,8 Prozent negativ über Obdachlose, und 34 Prozent sprachen sich dafür aus, Bettelnde aus den Fußgängerzonen zu entfernen. Vor allem lokal finden sich immer wieder und in letzter Zeit gehäuft in der Öffentlichkeit negative Diskurse über Bettler_innen und Straßenmusikant_innen. Diese werden nicht selten auch noch rassistisch und antiziganistisch aufgeladen, wenn von „osteuropäischen Bettlerbanden" oder „Bettel-Roma" die Rede ist. Dabei entstehen häufig Mythen um Bettler_innen, hinter denen sich generell mafiöse Strukturen verbergen würden oder die ein enormes Einkommen aufweisen würden. Das Ergebnis solcher Diskurse ist nicht selten die Forderung nach Vertreibung und Säuberung der Innenstädte. Die Vertreibungs- und Verdrängungspolitik im öffentlichen Raum („Säuberung") hat zum Ziel, eine Innenstadt zu schaffen ohne Obdachlose, Bettler_innen, Drogenabhängige, Prostituierte oder Angehörige missliebiger Jugendkulturen wie die der Punks. Mittel sind im öffentlichen Raum Bettel- und Musizierverbote, Platzverweise sowie ein Alkoholkonsumverbot auf öffentlichen Plätzen. Im Jahr 2009 wurde eine polizeiinterne „Handlungsanweisung" in Hamburg bekannt, wonach bestimmte Gruppen wie Punks aus dem öffentlichen Raum vertrieben werden sollen. Neben der tagtäglichen Drangsalierung von Obdachlosen, Drogenabhängigen, Migrant_innen oder Punks, zumeist an sogenannten „milieuspezifischen Orten", kommt es immer wieder auch zu gewalttätigen Übergriffen durch Polizei-Beamt_innen. Mit der zunehmenden Privatisierung des öffentlichen Raumes findet die Säuberung aber auch im privatisierten Raum statt. Beispielsweise in Bahnhöfen und auf Bahnhofsvorplätzen. Durch die Privatisierung können sich die Eigentümer_innen sogar auf das Delikt „Hausfriedensbruch" berufen, und eine eigene Bahnpolizei sorgt für die Durchsetzung der Souveränität und der DB-Prinzipien, der drei S: „Service, Sicherheit, Sauberkeit". Inzwischen werden auch mancherorts Geldautomaten-Vorräume von Sparkassen über Nacht abgeschlossen, weil in ihnen übernachtet wurde, und Mitarbeiter_innen von Supermärkten übergießen Lebensmittelabfälle mit Reinigungsmitteln, damit niemand sich an dem Abfallgut bedienen kann. Hinzu kommt eine zunehmende Videoüberwachung und „Securitisie-

rung" des privaten wie des „öffentlichen" Raums.

Sozialdarwinistische Gewalt

Die bereits beschriebenen Bilder von Obdachlosen und die Einstellungen gegenüber ihnen führen nicht nur zu einem strukturellen Sozialdarwinismus, sondern auch zu direkten Übergriffen. Es handelt sich ganz überwiegend um situative Gewalt, das heißt, sie ist kaum geplant. Allerdings gab es in Vergangenheit auch schon Anschläge auf Obdachlosenheime. In Fällen von Gewalt gegen Obdachlose fällt generell auf, dass die Gewalt sehr enthemmt eingesetzt wird, auffällig lange Tatzeiten und extreme Brutalität sind charakteristisch und klarer Hinweis darauf, dass die Täter_innen Obdachlosen den Status als „vollwertige Menschen" absprechen.

Zum Teil scheint dieser gewalttätig ausgelebte Hass der Kompensation des eigenen Unterlegenheitsgefühls und von Zukunftsängsten zu dienen, indem man ihn an noch Schwächeren „auslebt". Sozialdarwinistisch motivierte Gewalt verbindet sich nicht selten mit anderen Ressentiments. So lassen sich Überschneidungen zur Homophobie, zur Behindertenfeindlichkeit, zum Rassismus, zum Antiziganismus und vereinzelt sogar zum Antisemitismus feststellen.

Laut der Straßenzeitung *motz* werden die Gewalttaten seit Anfang der 1990er Jahre zunehmend von Tätergruppen verübt. Es gibt vor allem zwei Gruppen von Täter_innen. Einmal Personen, die durch ihr Äußeres (Szene-Kleidung, Tattoos), ihre Aktivitäten in der Vergangenheit oder ihre organisatorische Anbindung eindeutig der extremen Rechten zuzuordnen sind. Dabei inszenieren sich rechte Parteien und Organisationen gerne als Fürsprecher_innen von denjenigen Obdachlosen, die sie dem eigenen Kollektiv („Volk", „Rasse", Religion) zuordnen (vgl. Artikel auf S. 24). Neben den eindeutig zu verortenden Täter_innen gibt es auch noch vermeintlich „unpolitische" Jugendliche. Ein rechter Hintergrund der Taten wird von offiziellen Stellen in denjenigen Fällen meist geleugnet, in denen den Täter_innen keine entsprechende Anbindung an die Szene nachgewiesen werden kann. Bei keiner anderen Opfergruppe wird das rechte Tatmotiv so häufig ausgeblendet wie bei Obdachlosen.

Fazit: Obdachlosen-Feindlichkeit als eigene Kategorie anerkennen!

Sozialdarwinismus gegen sozial Marginalisierte äußert sich in struktureller Gewalt (Ausgrenzung, verbale Anfeindung) und direkter Gewalt (Übergriffe, Vertreibungen) bis hin zum Mord. Da es aber an einer kritischen Öffentlichkeit mangelt, wird dieses Motiv kaum beachtet. Nur wenn sich unter den Täter_innen Personen finden, die eindeutig der extrem rechten Szene zuzuordnen sind, wird ein rechtes Motiv vermutet. Dabei sollte das Motiv für sich den Charakter einer Tat definieren und nicht die Anbindung der Täter_innen an die rechte Szene. Ein sozialdarwinistisches Motiv wird von vielen Täter_innen auch erstaunlich offen vor Gericht eingestanden, wenn sie versuchen, ihre Tat zu rechtfertigen. Da heißt es dann, ihr Opfer habe „allen auf der Tasche gelegen" oder hätte „die Umwelt verschmutzt". Obdachlose stellen eine besonders von rechter, sozialdarwinistisch motivierter Gewalt bedrohte Gruppe dar, da sie teilweise eine spezifische Anfeindung als „Penner" erleben und sich durch eine besondere Schutz- und Wehrlosigkeit auszeichnen. Ein Umstand, um den auch die Täter_innen wissen. Auch deswegen zeigen Obdachlose einen Angriff praktisch nie an, weil bei ihnen die Angst vor Rache am größten ist, vor der sie sich ja nirgendwo in Sicherheit bringen können. Die Taten werden aber nicht von einer radikalen, politischen Minderheit verübt, sondern bauen auf dem Nährboden einer verbreiteten sozialen Ausgrenzung auf. Zur Abschaffung des Sozialdarwinismus bräuchte es deswegen generell ein anderes Gesellschafts- und Wirtschaftssystem. Zum Umgang mit der Gewalt gegen Obdachlose muss zuerst einmal die Aufmerksamkeit für diese Art der Gewalt geschaffen werden. Außerdem muss sich das Bild von und die Einstellung gegenüber sozial Marginalisierten in der gesamten Gesellschaft ändern. Dabei gilt es auch, tradierte Klischees aufzubrechen. Es muss eine differenzierte Darstellung von obdachlosen Menschen geben. Jeder obdachlose Mensch hat eine ganz individuelle Lebensgeschichte, die es verdient, angehört zu werden. In den Fällen tödlicher rechter Gewalt gegen Wohnungslose sollte den Opfern zumindest posthum Gestalt (Namen, Bild, Biografie) verliehen werden, um ihnen einen Teil ihrer Würde zurückzugeben. In einzelnen Fällen ist diese Arbeit vorbildhaft, wird aber fast nur von kleinen Antifa-Gruppen am Tat-Ort – zum Teil in Zusammenarbeit mit den vielerorts zu findenden Straßenzeitungen – geleistet. Nur deswegen kennen wir heute Namen wie **Emil Wendland** (Neuruppin), **Eckard Rütz** und **Klaus Dieter Gerecke** (Greifswald) oder **André K.** (Oschatz).

Zum Autor

Lucius Teidelbaum betreibt u.a. den Blog *berberinfo.blogsport.de*, der sich auch mit Gewalt gegen Obdachlose beschäftigt

Von Kati Lang

„Hau ab Du Penner“

Gewalt gegen Wohnungslose

In der Auseinandersetzung mit (rechter) Gewalt gegen Wohnungslose zeigen sich institutionelle und gesellschaftliche Problemfelder, die eine umfassende und kritische Bearbeitung erfordern. Gewalt gegen Wohnungslose muss dabei in den gesellschaftlichen Fokus rücken und ihre Verankerung in rechten Denk- und Handlungsstrukturen wahrgenommen werden.

Fokus rechte Gewalt

Unter rechter Gewalt werden häufig rassistische und antisemitische Taten sowie Angriffe gegen Nichtrechte oder alternative Jugendliche verstanden. Diese Betroffenengruppen haben zunehmend Aufmerksamkeit gefunden, auch nachdem organisierte Nazigruppierungen wie der selbsternannte *Sturm 34* in Mittweida (Sachsen) erklärt hatten, ganze Landstriche zu „zecken- und ausländerfreien Zonen“ machen zu wollen. So relevant diese Phänomene sind, so verdrängen sie in der Öffentlichkeit häufig, dass auch andere Personengruppen Opfer rechter Angriffe werden. Feindschaft gegenüber Minderheiten aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Identität, Behinderung oder ihrer Wohnungslosigkeit bzw. prekären sozialen Lage sind tief verwurzelte Einstellungsphänomene in der Mehrheitsbevölkerung. Jene Ablehnung schlägt sich auch in tätlichen Angriffen gegenüber diesen Personengruppen nieder.

Behördliches Erfassungssystem rechter Gewalt

Dem behördlichen Erfassungssystem der „Politisch motivierten Kriminalität“ (PMK) werden seit 2001 Straftaten zugeordnet „wenn die Umstände oder die Einstellung des Täters darauf schließen lassen, dass sie sich gegen eine Person aufgrund ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft, sexuellen Orientierung, Behinderung oder ihres äußeren Erscheinungsbildes bzw. ihres gesellschaftlichen Status richtet“.
Diese Neukategorisierung war notwendig geworden, weil im vorangegangenen System der Staatsschutzdelikte nur jene Delikte erfasst wurden, die sich gegen den Bestand oder die verfassungsmäßige Ordnung des Staates richteten oder ein politisches Element in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland als Ganzes oder eines ihrer Teile enthielten. Aufgrund dieses Merkmals der Systemüberwindung konnte bis 2001 eine große Zahl von Gewalttaten gegen FIüchtlinge, Migrant_innen, alternative Jugendliche und Wohnungslose schon aus Gründen mangelnder Definition seitens der Behörden nicht erfasst werden.
Die Neukategorisierung ist auch im Hinblick auf die Betroffenengruppe von Wohnungslosen zu begrüßen. Allerdings ist der Begriff des „gesellschaftlichen Status“ durchaus kritisch zu reflektieren, da er aufgrund seiner Deutungsoffenheit den Kern des Problems nur unzureichend trifft. Wörtlich – wenn wohl auch nicht in der praktischen Anwendung – bezieht er sich auf die wahrgenommene Position einer Person innerhalb der Gesellschaft, die über die berufliche Stellung, politische Ämter, finanzielle Situation, familiäre Herkunft, Biographie und so weiter erreicht werden kann. Damit ist seine Anwendung auf unzählige Raub- und Diebstahlsdelikte möglich, da sie sich auf den vermeintlich „reicheren“ Status der Opfer bezie-

Der 49-jährige Obdachlose **Dieter Klaus Klein** schläft in der Nacht auf den 1. August 1992 im Park von Bad Breisig (RLP, Kreis Ahrweiler). Er wird durch „Sieg Heil"-Rufe wach und verbittet sich den Krach. Zwei Nazi-Skins treten auf ihn ein und stechen ihn mit einem Messer nieder. Die beiden 17-jährigen Täter werden zu Haftstrafen von acht Jahren und drei Monaten beziehungsweise sechs Jahren und drei Monaten verurteilt.

Der 35-jährige Obdachlose **Frank Bönisch** gehört zu einer Gruppe von Punks, Obdachlosen und Drogenabhängigen, die sich am Zentralplatz in Koblenz (RLP) treffen. Dort wird er am 24. August 1992 erschossen, drei weitere Menschen werden angeschossen. Der 23-jährige Täter gehört zum Umfeld der *Deutschen Front Coblenz* (DFC) und will sich mit der am Tag zuvor mit Bezug auf die zeitgleichen Rostocker Pogrome angekündigten Tat profilieren. Er wird wegen Mordes und siebenfachen Mordversuchs zu einer Freiheitsstrafe von 15 Jahren verurteilt. Das Gericht stellte fest, der Täter habe „aus Hass auf Obdachlose und sozial Randständige gehandelt".

Am 16. Juli 1993 wird in Marl (NRW, Kreis Recklinghausen) ein schlafender 33-jähriger Obdachloser von einem Nazi-Skin als „Judensau" beschimpft und bis zur Bewusstlosigkeit misshandelt. Der Mann erlangt das Bewusstsein nicht wieder und stirbt drei Monate später in einem Krankenhaus. Der 18-jährige Täter ist bereits durch Körperverletzungen und einschlägige Propaganda aufgefallen und wird wegen gefährlicher Körperverletzung zu einer 15-monatigen Jugendstrafe auf Bewährung verurteilt.

Eine Gruppe von sieben Neonazis trifft in der Nacht auf den 5. Februar 1995 in Velbert (NRW, Kreis Mettmann) auf den 65-jährigen Obdachlosen **Horst Pulter.** Sie treten ihn zusammen und verletzen ihn mit einem Messerstich tödlich. Einige der Täter stehen der Neonazipartei FAP nahe. Sechs Angreifer werden wegen Körperverletzung zu Freiheitsstrafen verurteilt, der Haupttäter kassiert wegen Mordes zehn Jahre Haft.

hen. Diese Taten zielen aber gerade nicht auf die Gruppenzugehörigkeit der Opfer, sondern dienen der unrechtmäßigen Besitz- und/oder Eigentumserlangung. Es ist aber nicht Ziel der PMK, solche Delikte zu erfassen. Vielmehr sind jene Angriffe gemeint, denen Wohnungslose, Alkoholkranke und andere sozial marginalisierte Menschen ausgesetzt sind, die von den Tätern als „asozial" verachtet werden. Dies sollte begriffstechnisch auch klar benannt werden.

Ausmaß rechtsmotivierter Gewalt gegen Wohnungslose

Die Ignoranz gegenüber Gewalttaten gegen Wohnungslose spiegelt sich auch in der Recherche zu den Todesopfern rechter Gewalt wider, wonach diese nach Migrant_innen am häufigsten tödlich angegriffen wurden. In den Jahren von 1989 bis 2010 wurden mindestens 29 Menschen aus dem Motiv der Ablehnung von Wohnungslosen ermordet. Bei vier weiteren besteht der Verdacht eines rechten Tötungsverbrechens. Und obwohl seit 2001 eine Neubewertung aller politisch motivierten Tötungsdelikte durch die Behörden erfolgte, sind bis heute nur sieben dieser Todesfälle offiziell als rechte Morde anerkannt.
Diese tödliche Dimension bestätigen auch die Expert_innen der *Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V.*, die von 1989 bis Mitte 2009 sogar 167 Tötungsdelikte und 366 Körperverletzungen mit schweren Folgen gegen Wohnungslose recherchierten, die von Tätern außerhalb der Wohnungslosenszene begangen wurden. Derzeit wird von vier bis neun jährlichen Todesfällen ausgegangen; sogenannte Milieutaten sind in all diese Zählungen nicht einbezogen.
Sind schon tödlich endende Gewaltverbrechen gegen Wohnungslose und sozial an den Rand Gedrängte nahezu nicht erfasst, so kann bei allen anderen Delikten das Ausmaß mangels statistischer Erfassung nicht einmal annähernd abgeschätzt werden. Insgesamt ist von einem immensen Dunkelfeld auszugehen, da der weit überwiegende Teil der Taten von den Betroffenen überhaupt nicht angezeigt wird. Auch die Statistiken der Beratungsstellen für Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt bilden diese Betroffenengruppe so gut wie überhaupt nicht ab. So werden für das Jahr 2010 nur drei Angriffe gegen Wohnungslose in Ostdeutschland aufgeführt. Die Beratungsstelle des *RAA Sachsen e.V.* stellt diesbezüglich selbstkritisch fest, dass es ihr nur schwierig gelingt, „einen vertrauensvollen Zugang zu sozial Benachteiligten/Wohnungslosen (...) zu finden". Gründe dafür liegen in einem komplexeren Zugang zur Betroffenengruppe, der durch häufig vorhandene Mehrfachproblematiken erschwert ist. Darüber hinaus erfahren die Berater_innen mangels öffentlicher Berichterstattung nur selten von diesen Angriffen. Aber auch Netzwerke mit sozialen Initiativen und die Kontakte zur Betroffenengruppe selbst sind verbesserungswürdig.

Am 1. Juli 2005 wird am Rheinischen Platz in Essen (NRW) ein 44-jähriger Wohnungsloser von zwei Jugendlichen zusammengeschlagen, welche die Polizei der „Skinheadszene" zuordnet. Zwei Tage später wird der Mann tot in einem Männerwohnheim gefunden. Die Obduktion ergibt als Todesursache „stumpfe Gewalt" gegen den Kopf. In einem nichtöffentlichen Prozess wirft die Staatsanwaltschaft Essen den beiden beschuldigten Jugendlichen Körperverletzung mit Todesfolge vor. Es ist nicht bekannt, zu welcher Strafe die Täter verurteilt wurden.

Am 22. Mai 2010 trifft der 51-jährige obdachlose Frührentner **Klaus B.** in Kamp-Lintfort (NRW, Kreis Wesel) auf vier Jugendliche. Diese demolieren das Auto, in dem B. lebt, ein Angreifer schlägt so stark auf den sehbehinderten Mann ein, dass dieser an seinem Blut erstickt. Die Jugendlichen geben an, „aus Langeweile" gehandelt zu haben. Wegen gefährlicher bzw. vorsätzlicher Körperverletzung werden zwei Haupttäter zu Bewährungsstrafen verurteilt. Zwei weitere Angeklagte müssen wegen Sachbeschädigung jeweils 40 Sozialstunden ableisten.

In Neuss (NRW) wird am 27. März 2011 der 59- jährige Obdachlose **Duy-Doan Pham,** der in den 70er Jahren von Vietnam nach Deutschland migrierte, ermordet. Da er in einer Übernachtungseinrichtung temporär Hausverbot hat, richtet er sich einen Schlafplatz auf einem nahe gelegenen Gelände ein. Dort wird er von zwei Männern im Alter von 18 und 38 Jahren, die zu dem Zeitpunkt auch Bewohner der Einrichtung sind, zunächst ausgeraubt und danach brutal zusammengeschlagen. Anschließend sehen die Täter Duy-Doan Pham beim Sterben zu. Das Düsseldorfer Landgericht verhängt neuneinhalb- und neunjährige Haftstrafen. Inwieweit auch ein rassistisches Tatmotiv vorliegt, wurde in dem Prozess nicht ausreichend geklärt. Der 18-jährige Haupttäter trägt nach eigenen Angaben Hakenkreuz-Tattoos und spricht im Prozess von „Kanacken".

Motive der Gewalt gegen Wohnungslose

Ein großer Teil der Täter zeigt ein Verhalten, das extrem rechten Ideologien entspricht, ohne dass diese in entsprechenden Organisationsstrukturen verankert sind oder sich selbst dem rechten Spektrum zugehörig fühlen. Gewalt gegen Wohnungslose wird verübt, weil diese als „gesellschaftlich unproduktiv" eingestuft, als „Parasiten", „Penner" oder „Assis" herabgesetzt werden, eine Vorstellung die mit weit verbreiteten Ungleichwertigkeitsvorstellungen in der Mehrheitsgesellschaft einhergeht.
Die Taten zeichnen sich – wie im gesamten Forschungsfeld vorurteilsmotivierter Gewalttaten bekannt – durch besondere Brutalität aus. Die häufig massive Gewalteskalation rechtfertigt sich wiederum aus der Sichtweise, dass die Betroffenen minderwertig seien und ihnen deshalb kein Recht auf Leben zustehe. Wohnungslose sind dann aufgrund ihres Aufenthalts auf der Straße und Mehrfachproblematiken wie Alkoholkrankheit, psychische Beeinträchtigungen und allgemeine gesundheitliche Probleme potenziellen Tätern praktisch wehrlos ausgesetzt. Die meist älteren Opfer werden gefoltert, gequält, gedemütigt, mit Benzin übergossen oder mit Springerstiefeln zu Tode getreten.

Fazit

Leider muss festgestellt werden, dass sich an der Nichtwahrnehmung dieser Betroffenengruppe in den letzten Jahren nicht viel verbessert hat. Gibt es zu den Problemfeldern Antisemitismus, Rassismus oder zum Terror organisierter Nazis eine zumindest in Teilen sensibilisierte Öffentlichkeit, bleibt das Thema der gesellschaftlichen und institutionellen Ausgrenzung und Gewalt an Wohnungslosen und sozial Prekarisierten nahezu unsichtbar. Es ist dringend erforderlich, dass eine Fokussierung auf das Problem erfolgt, dies gilt sowohl für staatliche Institutionen als auch für (zivil)gesellschaftliche Organisationen.

Dies ist ein gekürzter und in der Einleitung geänderter Artikel, der in der Ausgabe 4/2011 der Zeitschrift *wohnungslos* Nr. 4/2011 erschien. Wir danken der *Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V.* für die Erlaubnis des Nachdrucks.

Foto: Staatsarchiv Ludwigsburg

Übernachter in einer Wanderarbeitsstätte, Württemberg um 1933

Von Helen Stade

Ein Krieg gegen die Armen

Diskriminierung und Verfolgung von „Asozialen" im NS-Staat

Zumindest seien Bettler und Obdachlose von den Straßen verschwunden, heißt es manchmal noch über das „Dritte Reich". Verschwunden waren diese Menschen tatsächlich: als sogenannte „Asoziale" in den nationalsozialistischen Haftanstalten und Konzentrationslagern.

Ein Kleid, drei Blusen, ein Paar Schuhe, zwei Hemden und Unterwäsche: Aus dem Speicher ihrer Arbeitsstelle ließ die 22-jährige Hausangestellte **Marlene H.** (alle Namen geändert) im März 1941 diese Kleidungsstücke mitgehen. Nachbarn ihrer Arbeitgeberin hatten sie dort verstaut. Es war Krieg. Einige Nächte zuvor waren Bomben auf die rheinische Metropole Köln niedergegangen und hatten auch eine benachbarte Wohnung getroffen. An den geretteten Habseligkeiten bediente sich die junge Frau; das gestohlene Kleid trug sie wenige Tage später bei einer Verabredung mit einem Soldaten. Als die Hausangestellte den Rest des Diebesguts holen wollte, war die Tat bereits aufgeflogen.

Harte Bestrafungen

Marlene H. kam in Haft und sechs Wochen später vor das Kölner Sondergericht: Die Frau sei „eine verwahrloste, asoziale Persönlichkeit", so die Richter, auch wenn sie nicht vorbestraft sei. Der Diebstahl stelle sie außerhalb der Volksgemeinschaft, offenbare „Gewissenlosigkeit" und „Verwerflichkeit". Marlene H. galt als „asozial". Zu ihrem persönlichen Unglück kam hinzu, dass die Gerichte während des Krieges Delikte besonders hart ahndeten, die in Zusammenhang mit einem Bombenangriff standen. Fünf Jahre Zuchthaus lautete das Urteil, selbst für damalige Verhältnisse eine sehr harte Strafe. Vor allem aber waren ihre Persönlichkeit und ihr Lebenslauf ausschlaggebend für das Urteil: Unehelich geboren, war sie bereits als Mädchen in Fürsorgeerziehung gewesen. Nach Kriegsbeginn kam Marlene H. nach Köln und versuchte sich, ohne festen Wohnsitz, als Hausmädchen durchzuschlagen. Einmal griff die Sittenpolizei

die junge Frau am Bahnhof auf und brachte sie für sechs Wochen in ein Krankenhaus, angeblich wegen einer Geschlechtskrankheit. Vor allem ihr abweichendes soziales und sexuelles Verhalten hoben die Richter in der Urteilsbegründung hervor.
Eine solch hohe Strafe, wie sie die Richter gegen Marlene H. verhängten, bedeutete nicht nur lange Inhaftierung. In den Gefängnissen und Zuchthäusern des „Dritten Reichs“ herrschten Gewalt, Erschöpfung und Hunger, was für viele Häftlinge im Tod mündete. „Asoziale“ Langzeitgefangene und Sicherungsverwahrte wurden zudem ab Herbst 1942 in die Konzentrationslager deportiert.

Wer gehört zur „Volksgemeinschaft“?

„Ein Krieg gegen die Armen und ‘Minderwertigen’“ wurde im Nationalsozialismus geführt, schrieb der Historiker **Wolfgang Ayaß** Mitte der 1990er Jahre in seinem Buch über „Asoziale“ im Nationalsozialismus. Eine einige Gemeinschaft aller Deutschen, in der es keine sozialen Konflikte mehr geben sollte, versprachen die Nationalsozialisten. Hinter dieser Utopie stand jedoch niemals die Vorstellung einer Gemeinschaft gleichwertiger Mitglieder, sondern sie umfasste stets den Ausschluss von denjenigen, die nicht dazugehören sollten.
Bei den im Nationalsozialismus Verfolgten handelte es sich zum einen um Menschen, die per se nicht als „Deutsche“ galten und welche die Nazis aus rassistischen Gründen ausgrenzten und ermordeten – etwa die jüdische Bevölkerung. Zum anderen gab es Personen, die eigentlich der deutschen „Volksgemeinschaft“ angehören sollten, jedoch ihres Verhaltens oder ihres sozialen Status wegen ausgeschlossen waren: Die größte Gruppe stellten sogenannte „Asoziale“ dar, eine vage Bezeichnung für einen äußerst heterogenen Personenkreis, den lediglich einte, dass ihr Verhalten von der Norm abwich: Es waren unter anderem Menschen aus den untersten Schichten, Wohnungslose, BettlerInnen, Prostituierte oder ArbeiterInnen, die sich den strengen Arbeitsstrukturen entzogen. Im Krieg erweiterten sich die Kategorien, es kamen unangepasste Jugendliche hinzu und Frauen, die lesbisch waren oder sich sexuell freizügig verhielten.

Maßnahmen der Nationalsozialisten gegen „Asoziale“

Bereits kurz nach der Machtübernahme richteten sich konkrete nationalsozialistische Verfolgungsmaßnahmen gegen BettlerInnen und Wohnungslose. Im September 1933 verhafteten Polizei und SA in einer Großrazzia auf Straßen, in Nachtasylen und Notunterkünften alle Wohnungslose, derer sie habhaft werden konnten. Schätzungen gehen von etwa zehntausend Festnahmen aus. Der Großteil der bei den Razzien Verhafteten kam nach kurzer Zeit wieder frei, andere wurden in Arbeitshäusern interniert. Ein Erlass über die „Vorbeugende Verbrechensbekämpfung“ ebnete Ende 1937 den Weg, „Asoziale“ ohne richterlichen Beschluss oder Gerichtsurteil zu inhaftieren. Gleich der von der Gestapo verhängten „Schutzhaft“ ermöglichte es diese polizeiliche Vorbeugehaft, die Betroffenen unter anderem in Konzentrationslager zu internieren.
Im Frühling und Frühsommer 1938 holte das Regime zu einem weiteren zentralen Schlag gegen „Asoziale“ aus: Die „Aktion Arbeitsscheu Reich“ bezeichnet zwei groß angelegte Verhaftungsaktionen gegen über zehntausend Menschen im April und Juni 1938, die als „asozial“ galten: In der Razzia im April 1938 verhaftete die Gestapo etwa 2.000 sogenannte „Arbeitsscheue“, die sie zur Zwangsarbeit in das KZ Buchenwald verschleppte. Die Namen der Männer hatte die Gestapo von Arbeits- und Wohlfahrtsämtern erfahren. Die verschiedenen Einrichtungen, Wohlfahrtsbehörden, Fürsorge und Polizei, arbeiteten bei der „Asozialenverfolgung“ eng zusammen.
Im Mai und Juni 1938 erweiterte sich der Personenkreis noch einmal, als sich Razzien gegen LandstreicherInnen, BettlerInnen, Sinti und Roma, Zuhälter, Personen, die aufgrund ihrer Vorstrafen als nicht „gemeinschaftsfähig“ galten, und auch gegen männliche Juden mit Vorstrafen richteten. Wie bereits im Herbst 1933 durchstreifte die Kriminalpolizei, die im NS für die Verfolgung der als „asozial“ Stigmatisierten verantwortlich war, die Aufenthaltsorte, Herbergen und Asyle von Wohnungslosen und BettlerInnen. Die Nazis verschleppten die Verhafteten in die Konzentrationslager, wo sie, als „Asoziale“ mit einem schwarzen Winkel gekennzeichnet, nun eine große Häftlingsgruppe bildeten.

Schnittmengen der Verfolgung

Bei der Verfolgung von „Asozialen“ offenbaren sich immer wieder Schnittmengen mit anderen Verfolgtengruppen, was zeigt, wie vage und willkürlich die Klassifizierung und wie heterogen der Kreis der Betroffenen war. Die Stigmatisierung wurde zu einem Instrument, das alle treffen konnte, die von der Norm abwichen.
Mit der Kategorie ging häufig auch eine (sozial-)rassistische Diskriminierung einher, genauso wie rassistisch Verfolgte gleichzeitig auch als „Asoziale“ gelten konnten – beispielsweise Roma und Sinti. „Asoziale“ waren Opfer von Zwangssterilisierung, kamen in Polizeihaft und wurden in Arbeitshäuser und in Konzentrationslager eingewiesen.
Als „asozial“ Stigmatisierte konnten in sogenannte „Heil- und Pflegeanstalten“ eingeliefert werden, psychiatrische Krankenhäuser, in denen die Nationalso-

zialisten ab 1939 kranke und behinderte Menschen ermordeten. So erging es beispielsweise dem Bergmann **Kurt S.**, der eine Taschenuhr gestohlen hatte. Das Aachener Landgericht verurteilte ihn im Sommer 1940 zu einem Jahr und sechs Monaten Zuchthaus und ordnete eine anschließende Einweisung in eine „Heil- und Pflegeanstalt“ an. Die Richter waren der Ansicht, dass eine befristete Inhaftierung nicht ausreiche, „um den schon weitgehend asozialen Charakter des Angeklagten nachhaltig zu bessern“. Die Gerichtsentscheidung erfolgte zu einem Zeitpunkt, als die „Euthanasie“ in den psychiatrischen Anstalten auf vollen Touren lief.

Nach Kriegsbeginn verknüpfte sich die Kategorie „Asozialität“ immer mehr mit dem Vorgehen gegen „Kriminelle“, vor allem gegen sogenannte „Berufs- oder Gewohnheitsverbrecher“, welches zuvor getrennt verlaufen war: Am 18. September 1942 einigten sich Reichsjustizminister **Otto Thierack** und SS-Reichsführer **Heinrich Himmler** in einer Besprechung über die „Auslieferung asozialer Elemente“ aus dem Strafvollzug: Sicherungsverwahrte und Häftlinge mit Haftstrafen über acht Jahren sollten neben anderen Häftlingsgruppen wie jüdischen, polnischen und russischen Gefangenen an die SS ausgeliefert werden. Etwa 20.000 Häftlinge wurden nach dieser Besprechung zur „Vernichtung durch Arbeit“ in die Konzentrationslager deportiert.

Gesellschaftliches Stigma

Nicht alle „Asoziale“ kamen ins Konzentrationslager, der Vorwurf wirkte auch als gesellschaftliches Stigma und führte zu Diskriminierung und Ungleichbehandlungen. Der Lebenslauf betroffener Menschen wies häufig ein als problematisch gekennzeichnetes Elternhaus – etwa wenn bei Vater oder Mutter „Geisteskrankheiten“, Arbeitslosigkeit oder Alkoholismus attestiert wurden –, Fürsorgeerziehung in der Jugendzeit und Vorstrafen für meist kleinere Delikte auf. Wer als „asozial“ galt, war bei der Jobvergabe und bei der Wohlfahrt benachteiligt oder lief – wie im Fall der Marlene H. – Gefahr, auch für kleinere Delikte vor Gericht zu harten Strafen verurteilt zu werden.

Lange nicht alle Menschen ohne Wohnung wurden im Nationalsozialismus automatisch verfolgt. Diejenigen, die ihre Häuser im Bombenkrieg verloren, versuchte die Regierung zu versorgen und zu entschädigen – häufig mit dem Eigentum deportierter Juden und Jüdinnen.

Das Vorgehen gegen „Asoziale“ und Wohnungslose richtete sich gegen die Menschen am Rande der Gesellschaft, die als faul, arbeitsscheu und verwahrlost galten. Das Problem hieß Armut, kombiniert mit Krankheit, Alkoholsucht, einer schwierigen Lebenssituation oder auch der Entscheidung der Betroffenen, nicht die vorgegebenen Verhaltensnormen zu erfüllen. Anders als vor 1933 ging es, wie Ayaß konstatiert, im Nationalsozialismus nicht mehr nur um Vertreibung und Ausgrenzung von sozialen Außenseitern, sondern um Vernichtung, um die rassistischen Vorstellungen der Nazis umzusetzen.

Nach dem Krieg

Es ist unklar, wie viele „Asoziale“ in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern inhaftiert waren und wie viele im NS ermordet wurden. Ein Anrecht auf Entschädigung oder Wiedergutmachung hatten die Überlebenden nach 1945 nicht, sie waren pauschal als „Kriminelle“ oder „Verbrecher“ verschrien. Die Nichtanerkennung als Opfer des NS wurde (leider) zum Teil auch von ehemaligen KZ-Häftlingen mitgetragen. Viele Verfolgte wagten nicht, in der Nachkriegszeit über ihre Geschichte zu sprechen, und auch in der historischen Forschung sind noch gravierende Lücken vorhanden. Dabei wäre eine lückenlose Aufarbeitung nicht nur notwendig, um die Opfer zu rehabilitieren. Sie würde auch viel zum Verständnis der nationalsozialistischen Gesellschaft beitragen, in der das Regime „Ordnung“, „Normalität“ und „Sauberkeit“ stets mit Gewalt und Terror herstellte.

Zum Weiterlesen

Wolfgang Ayaß: **„Asoziale“ im Nationalsozialismus**, Stuttgart 1995

Detlev Peukert: **Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus**, Köln 1982

Das Interview führten Johannes Hartwig und Tobias Hoff

Gegen das Vergessen

Ein Gespräch über antifaschistische Erinnerungsarbeit an wohnunglose Opfer rechter Gewalt

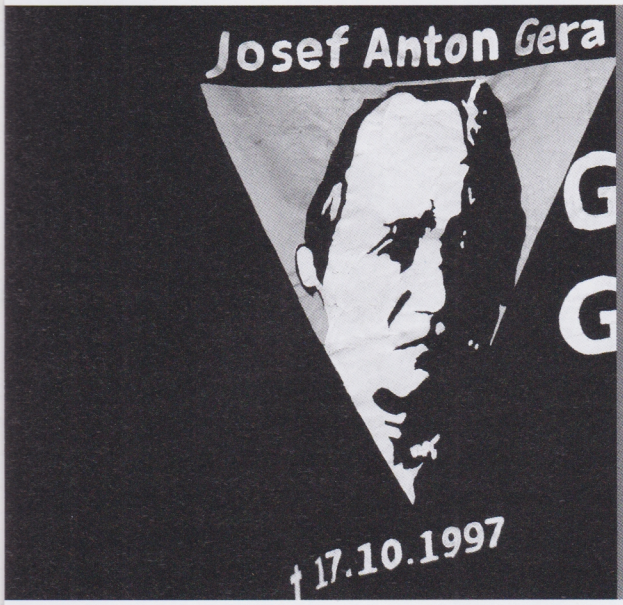
Im öffentlichen Gedenkdiskurs über Opfer rechter Gewalt tauchen Wohnungslose nur am Rande auf. Aber auch in antifaschistischen Zusammenhängen scheint diese Betroffenengruppe wenig Beachtung zu finden. Wir sprachen mit Vertreter_innen des „Polit-Cafés Azzoncao" aus Bochum und der Koblenzer „Initiative 'Kein Vergessen'" über konkrete Erfahrungen in der lokalen Erinnerungsarbeit.

Könnt ihr kurz schildern, wie es dazu kam, dass ihr euch mit der Thematik „Soziale Ausgrenzung" und Gewalt gegen Wohnungslose beschäftigt?

Polit-Café Azzoncao (A): Dies kam über eine generelle Auseinandersetzung mit Opfern rechter Gewalt, die Ende 2007 mit einer Bochumer Demonstration zur Ermordung des spanischen Antifaschisten **Carlos Palomino** begann. Dieser Mord in Madrid und weitere in Tschechien und Russland animierten uns, uns generell mit Morden an Antifaschist_innen in Europa auseinanderzusetzen und Demonstrationen und Graffitis dazu zu machen. Parallel begannen wir uns zu fragen, wie in Bochum Erinnerungsarbeit zu Opfern rechter Gewalt aussehen könnte. Es existierte keine Form der Erinnerungskultur jenseits des Gedenkens der Opfer der NS-Zeit von 1933 bis 1945. Zu faschistischen Überfällen, Brandanschlägen und Gewaltakten gab es keine öffentliche Erinnerung. Nicht einmal das Wissen, dass es Tote gab.
Den Mord an dem Frührentner **Josef Gera** im Oktober 1997 in Bochum zu thematisieren, lag da nahe. Mitglieder unserer Gruppe hatten damals Recherchen zu Josef Gera gemacht, und so verfügten wir über die nötigen Erkenntnisse für ein solches Vorhaben. Das Gedenken wurde dann von der *Antifaschistischen Jugend Bochum* (AJB) und unserer Gruppe initiiert. Die erste Demonstration fand im Oktober 2008 statt und rückte selbstverständlich Homophobie und Gewalt gegen sogenannte gesellschaftliche Randgruppen in den Fokus. So kam eins zum Anderen.

Kein Vergessen (KV): Im Dezember 2010 organisierten wir einen Bus nach Hachenburg im Westerwald. Dort fand eine Gedenkdemo für **Nihad Yusufoglu** statt, der am 28. Dezember 1990 von einer Gruppe Neonazis vor seinem Elternhaus abgefangen und erstochen wurde. Das war für uns der Anlass, uns mit dem Mord an **Frank Bönisch** in Koblenz intensiv zu beschäftigen, der am 24. August 1992 auf dem Koblenzer Zentralplatz von einem Neonazi erschossen wurde. Der Zentralplatz war zu dieser Zeit ein Treffpunkt für Punks, Wohnungslose, Drug-User_innen und weitere Menschen. In der Öffentlichkeit wurde der große Teil dieser Menschen als wohnungslos wahrgenommen. Auch im Gerichtsurteil wurde das Motiv des Täters als „Hass auf Obdachlose/Sozial Randständige" bezeichnet. Es gab 1992 noch einen weiteren Mord an einem Wohnungslosen in der Region. In der Nacht des 31. August 1992 wurde **Dieter Klaus Klein** im Stadtpark von Bad Breisig von zwei betrunkenen Naziskins umgebracht.

Bei dem Mord an Josef Anton Gera in Bochum handelte es sich um ein homophobes Tatmotiv. Bei den antifaschistischen Gedenkdemonstrationen lässt sich feststellen, dass der inhaltliche Fokus von Homophobie hin zu „Soziale Aus-



Josef Anton Gera

Der Rentner **Josef Anton Gera** wird am 14. Oktober 1997 in Bochum (NRW) von zwei Nazi-Skins mit einem Stahlrohr misshandelt und stirbt am 17. Oktober an den schweren inneren Verletzungen. Der 59-Jährige feierte an dem Tatabend mit einigen Obdachlosen auf dem ehemaligen Gelände der Firma Krupp an der Alleestraße. Die beiden Täter begründen ihre Tat damit, dass ihnen Josef Anton Gera sexuelle Avancen gemacht hätte. Die Täter werden zu fünf bzw. sechs Jahren Haft verurteilt.

grenzung" bzw. Gewalt gegen Wohnungslose erweitert wurde...

A: Als wir 2008 mit der ersten Demonstration begannen, wollten wir keine einmalige Kundgebung machen, sondern hatten vor, eine jährliche Demo zu etablieren und diese mit Veranstaltungen zu begleiten. Einerseits sollten die jährlichen Demos als strukturierendes Element zum Aufbau von antifaschistischen Strukturen beitragen. Andererseits war es uns wichtig, das Thema rechte Gewalt und die Solidarität mit den Opfern in der politischen Szene zu verankern und über eine kontinuierliche Arbeit zu einem Bestandteil der Stadtgeschichte zu machen. Das Einbeziehen weiterer Gruppen und Menschen, die von rechter Gewalt betroffen sind, verstand sich dabei von selbst. Wir wollten Menschen verschiedener Spektren zusammenführen. Natürlich auch wohnungslose Menschen und Leute, die sich hier sozial engagieren. Der Mord an einem vietnamesischen Obdachlosen in Neuss im März 2011 führte allen die Aktualität des Themas vor Augen.

Welche Rolle hat in der Erinnerungsarbeit an Josef Gera die Tatsache gespielt, dass die neonazistischen Täter selbst Wohnungslose waren?

A: 1997 hatte Josef Gera bei seinem Auffinden von „rechtsradikalen Skinheads" berichtet. Als er drei Tage später im Krankenhaus verstarb, war der Mord ein großes Thema in der lokalen Presse. Dies änderte sich schlagartig, als der soziale und ökonomische Hintergrund der Täter und deren homophobe Motive bekannt wurden. Dazu kam die Strategie der Staatsanwaltschaft, die Tat zu entpolitisieren und von einer vermeintlichen Exzesstat zu sprechen. Hier griffen Vorbehalte gegen das Milieu wohnungsloser Menschen, Vorurteile gegen Schwule und Opportunismus – staatlichen Organen wurde die Definitionsgewalt überlassen – ineinander. Die Bochumer Provinzblätter spielten natürlich mit. Auf der Kundgebung für Josef Gera waren 1997 nur zirka 40 Wohnungslose, sozial Engagierte und Antifas. Vertreter_innen oder Anhänger_innen linker Organisationen hast du nicht gesehen. Sie reden halt gerne von Ausgrenzung und Marginalisierung, aber halten sich fern. Es ist bezeichnend, wie schwer sich linke Organisationen mit dem Gedenken tun. Bis heute kämpft das Erinnern an Josef Gera mit diesen gesellschaftlichen Stereotypen. Allein der damaligen Recherche und dem Gedenken der letzten Jahre ist zu verdanken, dass Josef Gera nicht vergessen wurde.

Welche Reaktionen gab es in Koblenz von Seiten der Politik und Stadtgesellschaft auf die Arbeit eurer Initiative?

KV: Bevor wir uns mit dem Mord an Frank beschäftigten, gab es kein öffentliches Gedenken in Koblenz. Viele Menschen konnten sich nicht mehr erinnern oder hatten noch nie etwas von dem Mord gehört. So etwa auch der Oberbürgermeister, den wir bei einem Treffen über unsere Arbeit und unser Anliegen informierten. Von ihm bekamen wir Unterstützung, ebenso von vielen weiteren Einzelpersonen und Gruppen, mit denen wir über den Zentralplatzmord sprachen. Ähnliche Erfahrungen machten wir mit den Medien. Die einzige offene Absage kam vom AStA der Uni Koblenz. In der Initiative arbeiten Einzelpersonen mit verschiedenen Hintergründen zusammen, unterstützt von Gruppen der Koblenzer Zivilgesellschaft. Das Spektrum reicht von Antifa und linken Gruppen über Gewerkschaften und Jugendverbände bis zu sozialkritischen christlichen Organisationen. Besonders am Herzen liegt uns die Zusammenarbeit mit Jugendlichen aus einem städtischen Jugendzentrum. Die Parteipolitik spielt bei uns in der Initiative keine Rolle, da wir bewusst darauf achten, überparteilich zu arbeiten. Wir wollen mit unserer Arbeit nicht vereinnahmt werden.

In der Diskussion um ein angemessenes Gedenken an die rassistischen Gewalttaten Anfang der 1990er Jahre wurde die Kritik geäußert, dass in der Erinnerungsarbeit oft über die Betroffenen gesprochen wird statt mit ihnen. Nur

selten wird den Forderungen, Vorstellungen und Perspektiven der Betroffenen Raum gegeben. Wie ist das in eurer Arbeit?

A: Wir hatten früher sehr viel und heute relativ viel Kontakt mit Betroffenen rechter Gewalt. Das liegt daran, dass wir uns an die Betroffenen selber wenden. In den 1990er Jahren sind wir in die Flüchtlingswohnheime, zu den Roma und den Migrant_innen, den Wohnungslosen oder zu Punks gegangen. Heute gehen wir zu den bedrohten Migrant_innen im Bochumer Stadtteil Langendreer. Bei Veröffentlichungen achten wir darauf, dass die Interessen der Betroffenen und Verwandten gewahrt werden. Dennoch ist fast jeder Kontakt temporär, weil sich unsere Realitäten an diesem gemeinsamen Punkt rechter Gewalt treffen und es an einem gemeinsamen Alltag mangelt.

KV: In unserer Initiative arbeiten mehrere Menschen mit, die mit Frank befreundet waren. Wir haben versucht, mit allen, die 1992 angeschossen wurden, Kontakt aufzunehmen. Es war uns wichtig, dass sie mit unserem Vorgehen und der Forderung nach einer Gedenktafel am Ort der Tat einverstanden waren. Wir haben gezielt Projekte aus Koblenz eingebunden, die mit Obdachlosen und sozial Ausgegrenzten arbeiten. Neben Redebeiträgen auf der Kundgebung 2011 und der Demo 2012 haben wir gemeinsam eine Veranstaltung zu den Morden und der heutigen Ausgrenzung von Obdachlosen organisiert, um die Verbindungen zwischen Nazigewalt und gesellschaftlicher Ausgrenzung zu thematisieren.

In der antifaschistischen Linken werden Opfer rechter Gewalt, die nicht zum eigenen Milieu gehören, oft wenig beachtet. Während zur jährlichen Silvio-Meier-Demo aus dem ganzen Bundesgebiet Antifas anreisen, waren die Gedenkaktionen an wohnungslose Opfer rechter Gewalt deutlich kleiner und fanden selten überregionale Beachtung. Teilt ihr diese Wahrnehmung?

A: Ja, das ist leider so. Die politische Linke und große Teile der Antifa drehen sich um sich selbst. Das macht sie unglaubwürdig und unattraktiv.

KV: Wir haben unterschiedliche Erfahrungen gemacht. Frank verstand sich selbst als Alternativer und Antifaschist, er beteiligte sich an Anti-Nazi-Aktionen. Diese Selbstdefinition spielte für die Öffentlichkeit bisher nie eine Rolle. Er wurde stets als Wohnungsloser wahrgenommen und dargestellt. Mit der Beteiligung aus Koblenz und Umgebung an der Kundgebung 2011 und der Demo mit Abschlusskonzert 2012 sind wir ganz zufrieden. Auswärtige Antifagruppen haben kaum bis gar nicht reagiert, einige waren wegen der großen Demo zu „20 Jahren Lichtenhagen" in Rostock am nächsten Tag verhindert. Im Vergleich dazu war die Beteiligung an der Gedenkdemo für Nihad im Westerwald im Dezember 2010 mit mehr als 300 Menschen gut besucht, es waren mehrere Busse von außerhalb angereist. Bei der klar antifaschistischen Gedenkkundgebung für Dieter Klaus Klein in Bad Breisig im Sommer 2012 war die Beteiligung gering, auch von unserer Seite. Die gute Zuganbindung in die Kleinstadt konnte daran nichts ändern. Es spielt also auch die Art und die Zielgruppe der Mobilisierung eine Rolle.

Im letzten Jahr fand keine Demo in Erinnerung an Josef Gera statt. Wie geht es mit der Erinnerungsarbeit in Bochum weiter?

A: 2012 gab es seitens der AJB eine Flugblattaktion im Umfeld des ehemaligen Kruppgeländes, dem heutigen Westpark. Wir machten ein Graffito für Josef Gera mit dem Titel „Kaltland – Der Tod bleibt ein Meister aus Deutschland". Darin gedachten wir auch anderer Opfer rechter Gewalt. Wir haben noch ein weiteres Erinnerungsprojekt vor. Aber wir müssen sehen, ob sich das umsetzen lässt. Nach fünf Jahren ist unser Elan etwas erschöpft. Die mangelnde Resonanz, das oftmals identitäre Auftreten von Antifas innerhalb dieses Themenbereiches und die Arbeit zu anderen Themenkomplexen zeigen ihre Wirkung. Aber wir werden dennoch am Ball bleiben.

Und in Koblenz? Wie geht es bei euch weiter?

KV: Auch wir machen weiter. Die Stadt hat unserer Forderung nach einem Gedenkstein entsprochen, der Ende April verlegt werden soll. Wir stehen in Kontakt mit der Stadt, werden an der offiziellen Verlegung beteiligt sein und eine Aktion machen. Derzeit wird ein Workshop erarbeitet, der mit Jugendlichen aus Koblenz in Schulen und Jugendzentren durchgeführt werden soll. Ebenso ist eine Broschüre geplant, die den Mord an Frank und den anderen Betroffenen rechter Gewalt dokumentieren soll.

Wir danken euch für das Gespräch!

Von Ulli Jentsch, Jan Raabe und Johannes Lohmann

Vernichtungswille und argumentative Ausnutzung

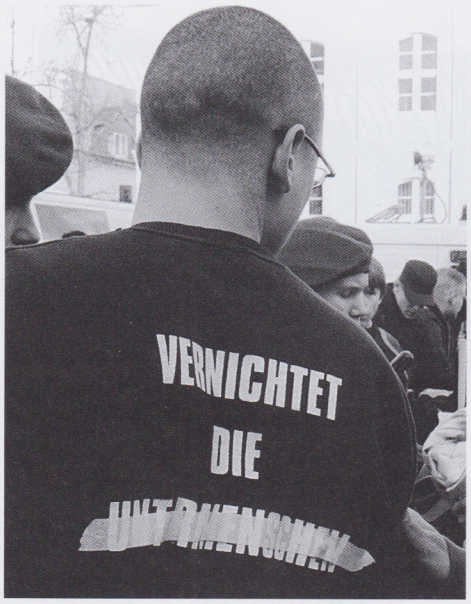
Wohnungslose als Feindbild und Propagandaobjekt der extremen Rechten

Obwohl sich neonazistische Gewalt im erheblichen Maße gegen Wohnungslose richtet, ist wenig darüber bekannt, wie sich die extreme Rechte zu Obdachlosigkeit und den davon Betroffenen artikuliert. Wie positionieren sich NPD und „Freie Kameradschaften" zur Obdachlosigkeit? Was singen RechtsRock-Bands zu diesem Thema?

Eine Spurensuche erbringt leider wenig Antworten auf diese Fragen. Nach dem Durchforsten von Archivordnern, Studieren von RechtsRock-Texten und Recherchieren im Internet ist schnell klar: Eigenständige Statements zum Thema sind selten. Es bleiben Beiträge wie folgender im „nationalen Diskussionsforum" *freier-widerstand*: „Es gibt doch in jeder Fußgängerzone irgendwelche Obdachlose die jeden Tag um ein paar Cents betteln. Die haben doch bestimmt ein riesigen Hunger. Da können ja mal so 20 Kameraden durch die nächste Fußgängerzone marschieren und jeden Armen da mal ne ordentliche Suppe unter Schwarz-Weiss-Roter Flagge kochen. Dazu noch ein passender Spruch wie ‚Volksgemeinschaft statt Klassenkampf' und tada.. fertig ist die Propagandaleistung." Wirklich ernst genommen haben die „Kameraden" dies wohl nicht, denn Aktionen oder gar Kampagnen aus der extremen Rechten, die sich mit sozial ausgegrenzten Menschen solidarisieren, finden sich nur äußerst selten. Als eigenständige Subjekte tauchen Wohnungslose bei der extremen Rechten in Deutschland kaum auf. Vielmehr werden sie für die eigene Propaganda benutzt: Sei es, um allgemeine Politikerschelte zu betreiben oder um gegen Flüchtlinge zu hetzen. Während ein Teil der Neonaziszene in der Traditionslinie des NS Wohnungslose als „Asoziale" stigmatisiert, gelten sie anderen als zu integrierender Teil der „Volksgemeinschaft".

Zwischen Schuldabwehr und NS-Verherrlichung

In ihrem Song „Volkstreue Jugend" sang 2007 die Kasseler Band *Hauptkampflinie*: „Bringt irgendein besoff'ner Assi einen Obdachlosen um, ist sofort jedem klar, das braune Gespenst geht wieder um. Doch Bomberjacke, Springerstiefel genügen lang noch nicht, Deutscher Sozialismus hat ein völlig anderes Gesicht". Der Liedtext drückt keine Empathie mit den obdachlosen Opfern aus, sondern verneint nur den Zusammenhang zwischen der Ideologie der extremen Rechten und den Taten (vor allem jugendlicher) Neonazis. In Bezug auf den Wohnungslosen **Eckard Rütz,** der im Jahr 2000 von Angehörigen der rechten Szene ermordet wurde, argumentiert der *Greifswalder Bote*, eine Massenzeitung aus dem Spektrum der NPD und der „Freien Kameradschaften", ganz ähnlich. Demnach waren die Täter „keine organisierten Rechtsextremisten oder Nazis, sondern vielmehr Jugendliche aus zerrütteten Elternhäusern, alkoholisiert und charakterlich unreif, ohne Respekt vor dem menschlichen Leben". Auch hier wird eine Kausalität zwischen den von Neonazis generierten Vorstellungen eines „ordentlichen Deutschen" und der Gewalt gegen jene, die nicht in dieses Bild passen, verleugnet. Stattdessen loben die Autoren den Nationalsozialismus: „Ab 1933 wurden jedoch gezielte Programme in Angriff genommen, welche die Wohnungs- und Obdachlosen Schritt für Schritt wieder in die Volksgemeinschaft integrieren sollten". Die na-



Nur scheinbar ein Widerspruch: Zwischen Volksgemeinschaftsidylle und sozialdarwinistischen Vernichtungsfantasien

tionalsozialistische Vernichtungspolitik wird bagatellisiert und gerechtfertigt: „Lediglich notorische Hausierer, Arbeitsverweigerer und zwanghaft nomadisierende Landstreicher, die sich ihren staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten verweigerten, wurden bedauerlicherweise später als sogenannte ‚Asoziale' in Konzentrationslager gesperrt. Diese machten jedoch nur einen Bruchteil der vormals Obdachlosen aus!". Immer wieder wird in der extrem rechten Szene NS-Propaganda reproduziert: In einem „neuen Reich", so die nazistische Idee, werden alle Nicht-Zugehörigen ausgesondert und vernichtet, während alle Zugehörigen jenseits ihres sozialen Status integriert werden. Die Realisierung der Volksgemeinschaft werde also Probleme wie Wohnungslosigkeit überwinden. So beschreibt die Band *Volkszorn* ihren „Traum": „Keine Kanaken mehr und die Juden sind auch nicht mehr, die Linken sind tot, es ist vorbei, nie wieder Tyrannei. [...] Ich kann in jede Kneipe geh'n, ich kann durch jede Straße geh'n, mit dem Hakenkreuz auf dem Arm und keiner pöbelt mich an, die Arbeitslosigkeit, die Obdachlosen auf der Straße, die Wohnungsnot ist jetzt vorbei."

Soziale Kümmerer für Deutsche

Auch die Mannheimer Band *Aufbruch* setzt sich in einem Lied mit dem Mord an einem Wohnungslosen auseinander: „Ich kann es nicht verstehen wenn sie auf Obdachlosen Jagd gehen. [...] Haben sie schon mal darüber nachgedacht, das sie einen Deutschen haben umgebracht". Nicht die Tat als solche wird als verwerflich beschrieben, sondern dass ein „Deutscher" – also im Sinne der Volksgemeinschaftsideologie ein „Teil des Volkskörpers" – ermordet wurde. Da die meisten Obdachlosen als „deutsch" wahrgenommen werden, gerieren sich auch die „Nationaldemokraten" ihnen gegenüber vereinzelt als soziale Kümmerer. So möchte **Klaus Armstroff**, NPD-Volksvertreter im Kreistag Bad Dürkheim (RLP), von der Kreisverwaltung wissen, welche Maßnahmen getroffen werden, „um diesem Personenkreis zu einer neuen Seßhaftigkeit zu verhelfen". Die NPD im Rat der Stadt Essen setzt unter dem Motto „Sozial geht nur national" einen Fragenkatalog an die Stadt auf und will beantworten haben, „welche Obdachlosen-Projekte es vor Ort gibt" und „wie viele von der Stadt unterstützt werden".

Die soziale Spaltung beklagen auch die *Nationalen Sozialisten Ried* (NaSo Ried): „Während die einen fröhlich am heißen Kamin Glühwein trinken, sterben andere Teile unseres Volkes an Hunger und Kälte in den Straßen der deutschen Großstädte." Mit dem Projekt „Winterhilfe" wollen sie den „schwächsten Gliedern unseres Volkes zeigen, dass auch sie nicht vergessen sind", und sammeln „alles, was ein Obdachloser zum Überleben gebrauchen kann". Die beschworene „praktische Solidarität" beschränkt sich jedoch zumeist auf Propagandaaktionen wie dem Aufstellen einer als obdachlos dargestellten Puppe, mit den Flugblättern der südhessischen Neonazis in der Hand. Vorlage für die Kampagne der NaSo Ried ist die 2007 von der NPD Hessen zusammen mit „Freien Kräften" initiierte „Deutsche Winterhilfe". Der damalige Landesvorsitzende der NPD Hessen, **Marcel Wöll**, der mehrfach wegen Körperverletzung vorbestraft und wegen Holocaustleugnung verurteilt ist, begründete die „Winterhilfe" mit den Worten „Keiner soll hungern und frieren." Unter dem Slogan

Kampagne der „Nationalen Sozialisten Ried"

„Keiner soll hungern, keiner soll frieren" sammelte das *Winterhilfswerk des deutschen Volkes* schon vor 80 Jahren für bedürftige „Volksgenossen". Der „internationalen marxistischen Solidarität" solle, so **Adolf Hitler**, die „lebendige nationale Solidarität des deutschen Volkes" gegenübergestellt werden, die „blutmäßig ewig begründet" sei. In dieser Tradition des Nationalsozialismus steht auch die „Deutsche Winterhilfe" der hessischen NPD, der „der aufgezwungene Zeitgeist und die Angriffe fremder Kriegsstrategen auf den deutschen Geist" als vermeintliche Ursachen für Wohnungslosigkeit gelten. Dass der Maßstab für eine Unterstützung Wohnungsloser einer völkisch-nationalistischen Argumentationsweise unterliegt, versteht sich für die NPD von selbst. So gilt die Hilfe „unseren Volksgenossen", die „zwar nicht mehr zur BRD-Konsumgesellschaft gehören, aber immer noch zu unserer Volksgemeinschaft".

Opfer des Systems

In einer Reihe von Texten der extremen Rechten werden Wohnungslose als Opfer des verhassten Systems oder – noch häufiger – als Opfer der Zuwanderung beschrieben. So singt beispielsweise die Band *Bloodshed*: „Ihr zeigt der Welt ‚Ihr seid die Guten' und lasst derweil das eigene Volk verbluten. Ihr spendet Milliarden in die Dritte Welt während hier jeder Zweite durch das Raster fällt". Die Berliner *Macht & Ehre* sehen die Marginalisierten gleich als Träger rassistischer Einstellungen: „Die Asylanten bekommen alles geschenkt, was der deutsche Obdachlose wohl darüber denkt?" Wohnungslose werden instrumentalisiert, indem Wohnungslosigkeit als einer der Gründe aufgeführt wird, gegen das System aktiv zu werden: „Arbeitslose Jugendliche – heute längst normal, auch obdachlose Deutsche gibt es längst schon überall. Niemand ist schockiert, wenn wieder mal einer erfriert. Gegen den Ungeist dieser Zeit stehen wir zum Kampf bereit denn wir lieben dieses Land und leisten deshalb Widerstand", singt die Band *Widerstand*. In diese Argumentation reiht sich die Gruppe *Nordfront* mit ihrem Lied „Alter Mann" ein, das auch auf der „Schulhof-CD" der NPD Mecklenburg-Vorpommern (2010) enthalten ist. Darin heißt es: „Keiner wird um den Erfrorenen weinen, nur in der Zeitung wird ne kurze Notiz erscheinen. Denn tote Obdachlose gehören in diesem Land für dieses scheiß System schließlich zum Normalzustand. Alter Mann – Er war ein alter Mann. Ein Deutscher, der kein Mitleid der Gesellschaft gewann". Auch hier steht das „deutsch Sein" und die Rechtfertigung des Kampfes gegen „das System" im Mittelpunkt.

Abwertung und Vernichtungswille

Andere begegnen Obdachlosen lediglich mit Ablehnung. „Wähle Fixerstuben, Obdachlose in der Nacht, Therapien für Kinderschänder und den Abschaum hier im Land", singen die *Söhne Germaniens*. Und die Düsseldorfer RechtsRock-Band *Reichswehr* stellt Obdachlose in eine Reihe mit „Drogenhandel, Kindermißbrauch (sic!) und Vergewaltigung, Massenarbeitslosigkeit, Einbrüche(n) und Brandstiftung". Ideologisch werden damit jene mörderischen Vorstellungen vorbereitet, die im NS umgesetzt wurden. Eine explizite Glorifizierung von Mord und Totschlag wird in den Publikationen und Liedtexten der extremen Rechten jedoch selten betrieben. So ist es eher eine Ausnahme, wenn die – auch in Deutschland beliebte – US-amerikanische Band *Blue Eyed Devils* offen bekennt: „Then I saw bunch of dirty bums and I thought that they were dead. So I stopped off, unzupped my pants, and pissed right on their heads". Noch deutlicher formulieren es die *Weissen Wölfe* aus dem Sauerland, die ihre Ressentiments gegen „die da unten" mit ihrem Hass auf als „Ausländer" wahrgenommene Menschen verbinden: „Die miesesten Gammler, die dreckigsten Schuschen [„Schuschen" oder „Tschuschen" ist ein umgangssprachlicher österreichischer Begriff, mit dem Slaw_innen bzw. Südosteuropäer_innen verächtlich gemacht werden – d.A.], die wollen nicht arbeiten, die wollen nicht kuschen", singt die Band. Die Figur des „Gammlers" ist mit unterschiedlichen Feindbildern füllbar – auch mit Obdachlosen. Der Unterstellungen von Faulheit und Entziehung aus einem über Arbeit definierten gesellschaftlichen Gefüge folgt eine sofortige Sanktionierung: „Es gibt nur eine Lösung für diese Figuren, ins Arbeitslager, da müssen sie spuren." Und im Refrain schließlich lassen die *Weissen Wölfe* ihren Vernichtungsphantasien freien Lauf: „Ihr tut unsrer Ehre weh, unser Antwort Zyklon B!"

Foto: Aachen Ultras

Von Jan Tölva

Kampf um die Kurven

Rechte Fan- und Hooliganstrukturen im Aufwind?

Viel zu lesen war in den vergangenen Wochen und Monaten von einer möglichen Rückkehr der Neonazis in die Fankurven. Abgesehen davon, dass sie streng genommen nie wirklich weg waren und es mancherorts extrem rechte Fanstrukturen gibt, die durchgängig seit den frühen achtziger Jahren bestehen, ist diese These nicht ganz von der Hand zu weisen.

Etwa seit der Jahrtausendwende lässt sich von einer „Zivilisierung der Kurven" sprechen, die mit der Durchsetzung antirassistischer Mindeststandards sowie einer relativ klaren Abgrenzung von extrem rechten Erscheinungsformen verbunden war. Dies kann in einem Zusammenhang mit dem Aufkommen der Ultrabewegung und der Erlangung der Kurvenhegemonie durch diese, einer starken soziodemografischen Verschiebung innerhalb des Stadionpublikums sowie einem verstärkten zivilgesellschaftlichen Engagement von Vereinen und Verbänden gesehen werden. In den letzten zwei Jahren ist allerdings eine gewisse Renaissance des extrem rechten Flügels der Fankultur zu beobachten.

Eintracht mit Nazis?!

Ein Verein, der dabei in den vergangenen Monaten immer wieder in die Schlagzeilen geriet, ist *Eintracht Braunschweig*. Das mag zum einen daran liegen, dass der Verein durch seine ungeahnten sportlichen Höhenflüge in der 2. Bundesliga derzeit ohnehin verstärkt im Fokus der Medien steht. Es lässt sich aber ebenso gut damit erklären, dass der Fall Braunschweig in hohem Maße beispielhaft ist für fast alles, was beim Umgang mit extrem rechten Umtrieben im Fußball falsch gemacht werden kann. So wird in der dortigen Fanszene die offenkundige Präsenz von Neonazis weitgehend als unproblematisch angesehen, „solange diese Leute uns nichts tun", wie Vorsänger **Thilo Götz** es gegenüber der Zeitschrift *11 Freunde* unfreiwillig deutlich auf den Punkt bringt. Ein Groß-

teil des Unmuts des Braunschweiger Anhangs richtet sich nicht gegen Neonazis, rechte Hooligans und Rassist_innen in den eigenen Reihen – selbst **Holger Apfel**, Vorsitzender der NPD und bekennender Fan der Eintracht, kann mehr oder minder ungestört das Stadion besuchen. Ins Visier rücken vielmehr diejenigen, die den Finger in die Wunde legen und das Problem offen ansprechen. Das sind in Braunschweig vor allem die *Ultras Braunschweig* und die *Initiative gegen rechte (Hooligan-)Strukturen*.
Letztere hat im Oktober vergangenen Jahres die Broschüre *kurvenlage* herausgegeben, in der detailliert die Verflechtungen von Einzelpersonen und Gruppen wie den *Alten Kameraden* oder *Kategorie Braunschweig* mit der Neonazi-Szene nachgewiesen werden. Während ein Sprecher der Polizei gegenüber dem NDR von 20 bis 30 Neonazis in der Braunschweiger Kurve sprach, wollte **Soeren Oliver Voigt**, der Geschäftsführer der Eintracht, nur von „maximal fünf, sechs, sieben Personen" wissen. Dieses Verschließen der Augen vor den wahren Dimensionen ist leider auch sehr repräsentativ für den Umgang vieler Vereine mit Neonazis im eigenen Umfeld.

Auch im Westen

In der Vergangenheit wurde das Problem mit neonazistischen und extrem rechten Fußballfans oft als ein „Ostproblem" abgestempelt. Die bekannt gewordenen Vorfälle der letzten Zeit verdeutlichen aber, dass es auch im Westen der Republik vielerorts Probleme mit Neonazis, Rassist_innen und rechten Hooligans im Fußball gibt. Bei *Werder Bremen* zum Beispiel existieren seit nunmehr Jahrzehnten und allen progressiven Tendenzen in der dortigen Ultraszene zum Trotz etablierte extrem rechte Hooligan-strukturen. Bereits seit langem aktiv ist die Gruppe *Standarte 88*. Angehörige der Vereinigung wurden 2011 vom Amtsgericht Bremen für schuldig befunden, 2007 eine Feier der Bremer Ultragruppe *Racaille Verte* angegriffen zu haben. Bei einem Überfall auf das alternative Kulturprojekt *Wohnwelt* in Wunstorf nahe Hannover im Mai 2012 trugen einige der Angreifer_innen ebenfalls Insignien der Gruppe. Zuletzt sorgte *Nordsturm Brema*, die Nachwuchsgruppe der *Standarte*, für Schlagzeilen, nachdem *Spiegel TV* ein Video gesendet hatte, in dem Mitglieder der Gruppe bei einer offensichtlich verabredeten Hooliganschlägerei mit Hakenkreuz-T-Shirts zu sehen waren.

Aachen

Eindeutiger Schwerpunkt extrem rechter Umtriebe im westdeutschen Fußball ist jedoch NRW. In keinem anderen der alten Bundesländer ist die Zahl von Vereinen, die ein veritables Problem mit extrem rechten Anhänger_innen haben vergleichbar hoch, und auch die Ausmaße der Probleme sind hier mancherorts wahrhaft erschreckend.
Insbesondere gilt dies für *Alemannia Aachen*. Über Jahre hinweg kam es dort immer wieder zu Vorfällen mit extrem rechtem Hintergrund. Vor allem die antirassistische Gruppe *Aachen Ultras* (ACU) war beständiges Ziel von Anfeindungen, Bedrohungen, „Hausbesuchen" und körperlichen Angriffen (vgl. Lotta #50, S. 46). Während sich die *Aachen Ultras* aktiv gegen Rassismus, Homophobie und andere Formen der Diskriminierung positionierten, kannte die *Karlsbande Ultras* (KBU), die zweite und größte Ultragruppe in Aachen keinerlei Berührungsängste zur aktiven Neonaziszene. Neben Teilen der KBU verfügen auch die beiden Hooligangruppierungen *Westwall* und *Alemannia Supporters* über persönliche Kontakte zu Gruppen wie der mittlerweile verbotenen *Kameradschaft Aachener Land* oder der *Kameradschaft Alsdorf-Eupen*. Allerdings will nahezu niemand in Aachen die Dimensionen des hausgenen Naziproblems wahrhaben. Als die *Aachen Ultras* Anfang Januar ein allerletztes Mal im Pokal bei *Viktoria Köln* ein Spiel der Alemannia besuchten, wurden sie wiederum von anderen Fans angegriffen und von der Mannschaft bei der Dankesrunde nach dem Spiel demonstrativ ausgelassen. Auch Aachens Trainer **René van Eck** relativierte das Nazi-Problem indem er den Auseinandersetzungen bescheinigte, dass diese nichts mit Fußball zu tun hätten. Eck laut *reviersport*: „Wir haben gewonnen, ich fühle mich hervorragend. Alles andere hat nichts mit Fußball zu tun. Diese „Keine-Politik-im Stadion"-Haltung scheinen viele in Aachen zu teilen.

Dortmund

Bei *Borussia Dortmund* dagegen scheint langsam ein Bewusstseinswandel einzusetzen. Schon in den 80er Jahren trieb dort die teilweise offen neonazistische *Borussenfront* um **Siegfried Borchardt** alias „SS-Siggi" ihr Unwesen. Doch fielen die Neonazis, die es im Dortmunder Stadion immer gegeben hat, in den Zeiten der damaligen großen Erfolge der *Borussia* in den neunziger Jahren und dem damit in Zusammenhang stehenden massiven Zuschauer_innenzuwachs nicht mehr so sehr auf. In den vergangenen Jahren, in denen es in Dortmund auch abseits des Fußballs zu einem Erstarken der Neonaziszene kam, häuften sich die Vorfälle, bei denen immer wieder auch Mitglieder der rechtsoffenen Ultragruppe *Desperados* beteiligt waren. Dies veranlasste den Verein schließlich zum Handeln. Gegen mehrere Neonazis wurden Stadionverbote verhängt. Beim Champions-League-Auswärtsspiel im ukrainischen Donezk im Februar 2013 kam es jedoch erneut zu einem Vorfall, als **Thilo D.**, ein Sozialarbeiter des Dortmunder Fanprojekts, von mehreren Neonazis angegriffen wurde.

Duisburg

Anders stellt sich die Situation in Duisburg dar. Bei den im Vergleich zu Dortmund deutlich niedrigeren Zuschauer_innenzahlen – vor allem bei Auswärtsspielen – fallen die „Dutzenden gewalttätigen Neonazis" (*taz*) viel stärker auf. Dort hat sich die Situation enorm verschärft, nachdem sich im Sommer 2012 ein Teil der Mitglieder von der Ultragruppe *Kohorte* abgespalten hat, weil sie deren antirassistischen Konsens nicht mittragen wollten. Dies führte zu einer Verschiebung der kurveninternen Kräfteverhältnisse zugunsten rechter oder rechtsoffener Gruppen wie der *Division Duisburg*. So fielen im August 2012 bei einem DFB-Pokalspiel in Halle an der Saale mehrere Duisburger Fans durch antisemitische und rassistische Parolen, eine „Good Night Left Side"-Fahne sowie das Zeigen des Hitlergrußes auf.

Foto: Aachen Ultras

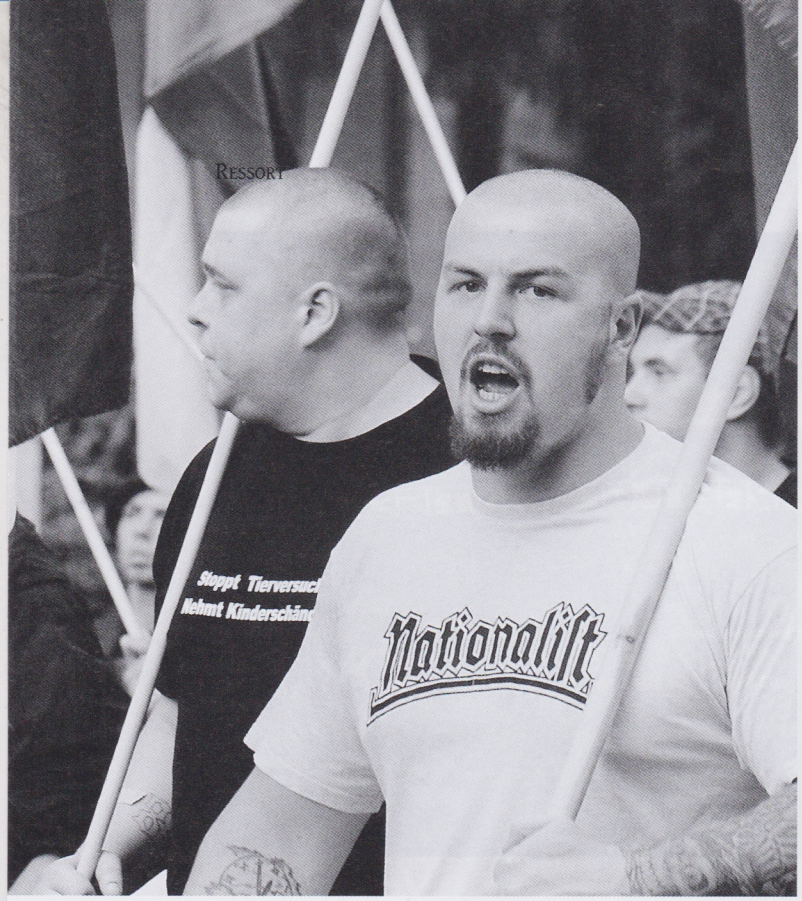
Eine Frage der Gewalt?!

So unvollständig diese Liste ist, so deutet sie doch an, dass es bei nahezu jedem Verein, der über eine Fanszene verfügt, auch rechte oder zumindest rechtsoffene Fans gibt. Eine direkte Verbindung zwischen Gewalt oder Gewaltbereitschaft und rechten Tendenzen in der Kurve ist nicht zu übersehen. Gewaltaffinität ist ein integraler Bestandteil rechter Weltbilder. Die Ultraisierung der Kurven hat in den letzten Jahren zu einer Veränderung der soziodemographischen Zusammensetzung der Fankurven hin zu einer stärkeren Präsenz der Mittelschicht geführt. Ultragruppen verlangen in hohem Maße Fertig- und Fähigkeiten, die dort weit häufiger zu finden sind als in den unteren Schichten, die noch bis in die 90er Jahre das Bild der Kurve prägten. Ultragruppen gleichen in ihrer Struktur mehr oder weniger demokratisch verfassten Vereinen, während sich Hooligans meist anhand des Rechts des Stärkeren oder des Seniorität sprinzips organisieren – was an sich bereits einem rechten Ideologem entspricht.

Somit spielen in Ultragruppen kommunikative Fähigkeiten und gewaltarme Konfliktlösungsstrategien eine weit größere Rolle, was nicht zuletzt auch in Bündnissen wie *Pro Fans* seinen Ausdruck findet. In der jüngeren Vergangenheit gerieten diese moderaten, auf gewaltarme Konfliktlösungsstrategien setzenden Teile der Fanszene in eine argumentative Sackgasse, weil sie bei Vereinen und Verbänden zunehmend auf taube Ohren stießen. Als Resultat kam es in vielen Kurven zu einem von einer Art „Jetzt erst recht" getragenen Wiederaufleben von gewaltaffinen Handlungsweisen. Plötzlich waren die Hooligans mit ihren archaischen Fertigkeiten wieder gefragt und konnten ihre Machtbasis innerhalb der Kurven festigen und oft, da sie aufgrund ihrer neu gewonnenen Attraktivität regen Zulauf von meist jüngeren Männern haben, sogar ausbauen.

Was bleibt

Viele Hooligangruppen waren und sind zumindest rechtsoffen, wenn nicht gar explizit rechts bis neonazistisch. Zumindest aber beteiligen sie sich für gewöhnlich nicht an Kampagnen gegen Diskriminierung und haben auch sonst wenig Interesse an „Gelaber" und Diskussionen. Ein stärkerer Einfluss von Hooligans in Fankurven führt somit fast automatisch zu einer Veränderung des Kurvenklimas hin zu einem Zustand, in dem Rechte, Rassist_innen und Neonazis auf wenig bis keine Gegenwehr stoßen. Die wachsende Repression von Verbänden, Vereinen und Polizei spielt ihnen dabei in die Hände, weil Gewalt nun einmal für gewöhnlich eher Gegengewalt als Selbstreflexion erzeugt. Gerade letzteres wäre jedoch nach wie vor von Nöten. Es liegt also in der Verantwortung der Vereine und Verbände, aber auch der anderen Fans, sich dem Einfluss rechter bis neonazistischer Gruppen und Einzelpersonen aktiv entgegenzustellen, anstatt sie (weil sie ja auch für denselben Verein sind) schalten und walten zu lassen. Wer ihnen nicht rechtzeitig Einhalt gebietet, wird sich früher oder später mit hoher Wahrscheinlichkeit mit Duisburger, Dortmunder oder Aachener Zuständen konfrontiert sehen.



„Was sollten wir bereuen?"- Die „Skinhead-Front Dortmund-Dorstfeld": Linkes Bild: Sven Kahlin, rechts oben: Tim Gehrmann, Sven Kahlin, Jan Kahlin (v.l.n.r.), rechts unten: Patrick Brdonkalla (rechts mit weißem Shirt)

Von Rainer Brahms und Daniel Markgraf

Eine Zeitreise in die 1990er

Die „Skinhead-Front Dortmund-Dorstfeld"

In NRW haben zuletzt vor allem „Autonome Nationalisten" von sich reden gemacht. Aus dem Blick geraten ist dadurch ein Spektrum, das bis heute das öffentliche Bild des Neonazis nachhaltig geprägt hat: rechte Skinheads. Wie das Beispiel der „Skinhead-Front Dortmund-Dorstfeld" (SFD) zeigt, zeichnen diese Gruppen zwar nicht unbedingt für öffentlichkeitswirksame Aktionen verantwortlich, sie sind jedoch häufig extrem gewalttätig.

Am 22. Januar 2013 endete vor dem Dortmunder Landgericht ein Prozess gegen vier Mitglieder der SFD. Gleich wegen mehrerer Körperverletzungsdelikte waren der wegen Totschlags vorbestrafte Dortmunder Neonazi **Sven Kahlin**, sein jüngerer Bruder **Jan Kahlin** und deren Mittäter **Dennis Becwar** und **Tim Gehrmann** angeklagt und verurteilt worden. Sie hatten zwei türkischstämmige Jugendliche auf dem Dortmunder Weihnachtsmarkt niedergeschlagen, einen Mann in Oberhausen als „Drecksausländer" beschimpft und zusammengetreten sowie bei einem Naziaufmarsch in Wuppertal einen Gegendemonstranten zu Boden getreten. Wie bereits im Verfahren wegen der Tötung des Punks **Thomas Schulz** negierte das Gericht den politischen Hintergrund des Angriffs auf dem Weihnachtsmarkt. Da sich Kahlin, von dem die Attacke ausging, kurz davor mit seiner (Noch-)Ehefrau **Sandra Kahlin** gestritten hätte, wäre er dem Richter zufolge eventuell auch auf Personen losgegangen, die nicht seinem Feindbild „Ausländer" entsprochen hätten. Wie bei zahlreichen anderen Verfahren wurde hier die Gruppenzugehörigkeit – alle sind Teil der SFD – der Angeklagten ignoriert.

Entstehung

Gegründet wurde die sich als „Freie Kameradschaft" verstehende SFD 2004. Zwischenzeitlich zählten etwa 15 Personen zum engeren Kern der Gruppe, darunter auch eine Reihe von Frauen wie

Charlotte Klinkenberg und **Nadine Kraus**. Regelmäßig ist die SFD auf RechtsRock-Konzerten und auf neonazistischen Demonstrationen zugegen, auch in den nahen Niederlanden, wohin gute Kontakte bestehen. Während die „Autonomen Nationalisten“ des *Nationalen Widerstands Dortmund*(NWDO) in engem Kontakt zum NPD-Kreisverband Unna/Hamm standen, kandidierten mit **Patrick Brdonkalla**, **Michael Wrobel**, **Tobias Schierbaum**, **David Kiel**, **Daniel Spilker** und **Sven Panke** gleich mehrere Vertreter der SFD im Jahr 2009 bei der Kommunalwahl für die Dortmunder DVU. Brdonkalla saß 2004 bis 2009 sogar für die Partei in der Bezirksvertretung Innenstadt-West.

Der Kontakt zwischen SFD und NWDO ist mittlerweile relativ freundschaftlich, wenngleich der starke Alkoholkonsum der Skinheads teils für Konflikte sorgte. Insbesondere **Simon Schmiemann** bewegt sich zwischen den Szenen: Subkulturell den Oberdorstfelder Skins zugehörig, nimmt er aber auch regelmäßig an den wöchentlichen Treffen der AN teil.

Sven Kahlins Gewaltkarriere

Die *Skinhead-Front* ist vor allem durch gewalttätige Übergriffe bekannt geworden. In Dortmund gehen viele der rechten Gewalttaten auf ihr Konto. Nach dem Mord an **Thomas Schulz** 2005 erklärte die SFD stolz, dass der Täter Sven Kahlin zu ihrer Gruppe gehört. Kurz nachdem Kahlin im September 2010 aus der Haft entlassen wurde, ließ er sich bei einem Aufmarsch in Hamm als Redner feiern und präsentierte stolz ein T-Shirt mit dem Aufdruck „Was sollten wir bereuen?“. Keine drei Wochen nach seiner Entlassung schlug er einen Wirt nieder, der keine Nazis in seiner Kneipe dulden wollte. Kurz darauf – im Dezember 2010 – war er dann mit zwölf weiteren Neonazis an dem bisher brutalsten Überfall auf die Gaststätte *Hirsch-Q* beteiligt: Mehrere Verletzte, darunter auch Personen mit Stichwunden, waren die Folge. Zehn mutmaßliche Täter und Täterinnen wurden aufgrund der Benutzung von Hieb- und Stichwaffen wegen eines besonders schweren Falls von Landfriedensbruch angeklagt. Zu ihnen gehören unter anderen die Kahlin-Brüder, Gehrmann, Brdonkalla, Schierbaum, Schmiemann, Klinkenberg, **Matthias Hille** und **Joscha Cuypers** sowie die Lünerin **Daniela Salvadori**. Das Hauptverfahren wurde jedoch noch nicht eröffnet. Das zuständige Landgericht gibt an, überlastet zu sein.

Gewaltaffines Milieu

Immer wieder begehen die Mitglieder der *Skinhead-Front* brutale Übergriffe auf Linke und MigrantInnen. Diese sind meist spontan und resultieren aus einer gefährlichen Mischung von hoher Gewaltbereitschaft, Alkohol und mangelndem Bewusstsein für strafrechtliche Konsequenzen. Im Juni 2011 beleidigte und bedrängte eine zehnköpfige Gruppe der Naziskins zwei dunkelhäutige Frauen in einer U-Bahn in Dorstfeld, im September 2011 beleidigten in Dorstfeld zwei Glatzen einen Afrikaner zunächst rassistisch und versuchten ihn dann mit Messer und Pfeffersprayanzugreifen. Zum Glück gelang ihm die Flucht. Zuletzt griffen im August 2012 Brdonkalla und seine Freundin Klinkenberg zusammen mit **Santana Jacob** eine schwarze Frau in der *McDonald's*-Filiale am Dortmunder Hauptbahnhof an. Eine Überwachungskamera soll den Übergriff aufgezeichnet haben, demnächst dürfte es also einen weiteren Prozess gegen Mitglieder der *Skinhead-Front* geben.

Verbote zwecklos

Im Spätsommer 2012 verbot das nordrhein-westfälische Innenministerium mit dem NWDO, der *Kameradschaft Hamm* und der *Kameradschaft Aachener Land* drei der wichtigsten neonazistischen Gruppen in NRW. Die eng mit dem NWDO verbundene SFD war von der Verbotsverfügung nicht betroffen – lediglich eine Handvoll Naziskins wurde dem NWDO zugerechnet.

Die Behörden taten sich lange schwer damit, die juristisch kaum zu fassenden Kameradschaften zu verbieten. Vereinigungen wie die SFD könnten noch schwieriger zu greifen sein. Zwar treten ihre Aktivisten und Aktivistinnen in der Öffentlichkeit in der Regel in der Gruppe auf und nutzen kontinuierlich ein eigenes Logo, aber eine feste Struktur mit regelmäßigen Treffen, politischen Veranstaltungen, einer Gruppenkasse etc. ist nicht vorhanden. Auch sind die Naziskins nicht publizistisch tätig. Sie veröffentlichen keine Positionspapiere, mit denen man ihre neonazistische Gesinnung eindeutig nachweisen könnte. Gerade aber solche Texte haben maßgeblich zur Begründung der „Vereinsverbote“ beigetragen.

Fazit

Die *Skinhead-Front* scheint sich mittlerweile eher als Freundeskreis oder Clique zu verstehen, die ihre eigene (Gewalt)-Historie zum Kult erklärt hat. Gefängnisstrafen und staatliche Repression bremsen sie allenfalls für die Haftzeit. Danach führen sie ihre Aktivitäten und Gewalttaten nahtlos fort, wie der Fall Sven Kahlin deutlich zeigt.

Das Beispiel der *Skinhead-Front* verdeutlicht zudem, dass nicht nur schwerpunktmäßig politisch-öffentlichkeitswirksam arbeitende, sondern auch stärker in rechter Jugend- und Subkultur verankerte Gruppen über viele Jahre hinweg kontinuierlich aktiv sein können. Durch ihre hohe Gewaltbereitschaft stellen sie eine nicht zu vernachlässigende Gefahr dar. Nicht nur deshalb sollte ihnen die nötige antifaschistische Aufmerksamkeit zukommen.

Von Tomas Sager

Potemkinsche Fassaden?

„Die Republikaner“ in NRW

Es gibt sie noch: die nordrhein-westfälischen Republikaner. Allerdings stehen sie im Schatten von pro NRW, an die sie auch wichtige Funktionäre verloren haben. Dem Trommeln der pro-Crew für eine rechte Einheit unter Ausschluss bekennender Neonazis geben sie aber bisher nicht nach. Mit übergroßen Worten wird auf die anstehenden Wahlen zugesteuert: „Wir Republikaner sind eine vaterländische Bewegung, die die Fackel der Freiheit und Selbstbehauptung gegen Volksverdummung, Ausbeutung und Multikulturalismus hochhält und weiterträgt.“

Die Düsseldorfer REP um ihren Vorsitzenden **Karl-Heinz Fischer** wittern Morgenluft. „Zehntausende Themenblätter zu der Problematik des Asylmissbrauchs“ habe man verteilt, behaupteten sie im Februar. Aktuell wird eine „Aktionspostkarte“ verbreitet. Sie zeigt ein mit Menschen überladenes Boot mit dem Namen „Arche Deutschland“. „Das Boot ist voll – Asylmissbrauch stoppen“, heißt es zur Erläuterung. Schwadroniert wird von einer „Flutung des deutschen Arbeitsmarktes“ und einer „Völkerwanderung in unser Land“.

Früher war alles besser...

Zweieinhalb Jahrzehnte ist es her, da wurden die Anti-Asyl-Kampagnen zum Erfolgsrezept für die *Republikaner*. Mit 7,1 Prozent zog die Partei 1989 ins Europaparlament ein – das beste Ergebnis einer extrem rechten Partei bei einer bundesweiten Wahl. 7,5 Prozent waren es im selben Jahr bei der Berliner Abgeordnetenhauswahl. 1992 erreichten die REP gar 10,9 Prozent bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg. Zwei Jahrzehnte später hat die Partei drastisch an Bedeutung verloren. Die Zahl der Mitglieder sank von rund 20.000 auf unter 6.000; vom Einzug in Landesparlamente sind die REP weit entfernt. In NRW hat *pro NRW* die REP bei Wahlen hinter sich gelassen und Teile ihres Personals abgeworben.

Contra pro

Garantie für einen strikt gegen *pro NRW* gerichteten Kurs war die Ex-Landesvorsitzende **Ursula Winkelsett**. Im April 2011 leitete das REP-Präsidium ein Ausschlussverfahren gegen sie in die Wege. Seinem absehbaren Ausgang kam Winkelsett mit ihrem Austritt zuvor. Doch auch nach ihrem Abgang machte der Landesverband deutlich, dass er weiter eigenständig – und damit in Konkurrenz zu *pro NRW* – agieren will. Dazu gehörte der Versuch, an der Landtagswahl 2012 teilzunehmen. Kurz vor der Wahl teilte die Partei aber mit, man habe das Ziel, 1.000 Unterstützungsunterschriften zu sammeln, „denkbar knapp verfehlt“. Nicht einverstanden mit der Kandidatur war offenbar der Bundesvorstand, speziell der Bundesvorsitzende **Rolf Schlierer**. Der REP-Chef hatte gemeinsam mit dem *pro NRW*-Vorsitzenden **Markus Beisicht** erklärt, NRW brauche „eine starke freiheitliche Kraft im Landtag“. Für diese „eine starke freiheitliche Kraft“, gemeint war *pro NRW*, trat Schlierer sogar bei einer Wahlkampfveranstaltung als Redner auf.

Auch nach der gescheiterten Kandidatur starteten die NRW-REP Störfeuer gegen *pro NRW*. In mehreren Städten kündigten sie an, am (Wieder-)Aufbau ihrer Parteistrukturen zu arbeiten. Insbesondere die Kreisverbände Düsseldorf und Wuppertal tun sich bei der Betonung der Selbstständigkeit hervor. **Thomas Kik** etwa,

REP-Landesvize und Kreisvorsitzender in Wuppertal, kritisierte im vorigen Herbst massiv das Demonstrationsgebaren von *pro NRW*: Seine Partei werde sich „nicht mit den Provokateuren zusammenschließen die unsere Polizei als Schutzschild missbraucht um mediale Aufmerksamkeit zu erreichen“.

Restrukturierungsversuche

Nach wie vor liegt das Parteileben in weiten Teilen des Landes brach. Bei ihren Restrukturierungsversuchen setzen die REP-Akteure neben Anti-EU- und Anti-Islam-Aktionen auf das Thema Asyl. Und auf Zweckoptimismus: „Vielerorts ist es gelungen neue Strukturen zu bilden und inaktiven Verbänden wieder neues Leben einzuhauchen“, bilanzierten die NRW-REP zum Jahreswechsel. 2013 werde die „Auf- und Ausbauarbeit“ fortgeführt und intensiviert. „Bereits fest anvisiert“ habe der Landesverband die Kommunalwahlen: „Neben den bisherigen Städten und Kreisen sind zusätzliche Wahlantritte und Überraschungskandidaturen geplant.“
Helfen sollen „Aktionstage“. Anfang Januar berichtete die Partei über „landesweite Aktionstage“, bei denen an einem Wochenende in angeblich „mehr als 30 Städten und Gemeinden“ über 175.000 Haushalte mit Propagandamaterial beliefert worden sein sollen. Damit starte der Landesverband in die Wahljahre 2013/2014 und liefere „einen frühen Einstieg in den Kommunalwahlkampf“. Lokale „Aktionstage“ fanden nach Angaben der Partei in den letzten Monaten zudem u.a. in Duisburg, Mönchengladbach, Herne, Solingen, Remscheid, Hagen, Krefeld, Lemgo und Stolberg statt – nicht zufällig größtenteils in Kommunen, in denen *pro NRW* aktiv ist oder werden will.

Aktive, neue und reaktivierte Verbände

In Städten, in denen sie bereits verankert ist, beschränkt sich die Partei nicht auf einzelne „Aktionstage“. Das gilt insbesondere für Düsseldorf, aber auch für Essen, wo sie im Rat vertreten ist. In der Ruhrgebietsmetropole, so kündigte die Partei im Dezember an, werde es „in den kommenden Wochen und Monaten jedes Wochenende in anderen Stadtteilen Verteilaktionen geben“. Auch über Stadtgrenzen hinaus ist der Kreisverband aktiv. Er koordiniert einen „Ruhrstammtisch“, der erstmals am 23. März „im Städtedreieck Bochum/Gelsenkirchen/Essen“ stattfinden sollte.

Karl-Heinz Fischer und André Maniera im Kampf gegen „Volksverdummung“

Über neue bzw. reaktivierte Kreisverbände berichtete die Partei 2012 u.a. aus Bochum, Hagen, Mülheim, Oberhausen, dem Oberbergischen, Düren oder Münster. Zu den wiederbelebten REP-Gliederungen gehört der Kreisverband in Duisburg, der von den Düsseldorfer Parteifreunden unterstützt wird. Der Weg zur „echten Wahlalternative“ ist dort aber weit. Duisburg ist ein Beispiel für begrenzte personelle und materielle Ressourcen. Als dort im Sommer 2012 ein neuer Oberbürgermeister zu wählen war, nutzte die Partei die Chance, sich dabei bekannt zu machen, nicht: Zwar könne eine Kandidatur „nicht schaden“, sie gehöre aber „in den Augen des örtlichen Kreisvorsitzenden nicht zu einer der wichtigen Pflichtveranstaltungen“, hieß es. Manche Erfolgsmeldung der *Republikaner* erinnert dann doch eher an Potemkinsche Fassaden.

Spielräume

Für den Kurs der Eigenständigkeit stehen der Mitte 2012 gewählte Landesvorsitzende **André Maniera** aus Düsseldorf und sein Stellvertreter Thomas Kik, der in Wuppertal unlängst nach dem Kreisvorsitz auch das Ratsmandat von **Wolfgang Pohlmann** übernommen hat. Im Augenblick können Maniera, Kik & Co. ungestört von der Parteispitze schalten und walten. Das war nicht immer so. Abhängig ist der Spielraum, den sie haben, von der REP-Führung auf Bundesebene. Setzt Schlierer auf klare Abgrenzung von *pro NRW*, sind seine NRW-Parteifreunde in ihrem Handeln frei. Setzt er eher auf eine Annäherung an die Beisicht-Truppe müssen die NRW-REP damit rechnen, zurückgepfiffen zu werden. Aktuell setzt die REP-Spitze auf Abstand zu *pro NRW*. Gute Zeiten also für ihren Landesverband. Was sich aber rasch wieder ändern kann, je nachdem wie die Partei bei den anstehenden Wahlen abschneiden wird.

JN-Aufmarsch am 10. November 2012 in Hünfeld. Mit Mikro: Organisator Martin Braun

Von Verena Grün und Sebastian Hell

Rechtes Potpourri im Schatten des Doms

Neonazistische Strukturen in der Bistumsstadt Fulda und drumherum

„Eine Stadt für das angenehme und junge Leben", wirbt die Stadt Fulda auf ihrer Homepage. Eine Umfrage habe ergeben, dass es „Hessens schönste Stadt" sei. Etwa 100 Kilometer von Frankfurt entfernt liegt die Stadt nahe der Grenze zu Thüringen, in einer ländlich geprägten und erzkatholischen Region. Unbemerkt von der Öffentlichkeit hat sich hier eine unterschiedliche Spektren umfassende Naziszene gebildet.

„Damals wie heute – Freiheit erkämpfen" lautete das Motto eines von den hessischen *Jungen Nationaldemokraten* (JN) organisierten Fackelmarsches im November 2012 im osthessischen Hünfeld. Seitdem am 25. Februar 2012 **Martin Braun** aus Bad Hersfeld zum Vorsitzenden der hessischen JN gewählt wurde, nahmen deren Aktivitäten in Osthessen zu. „Höhepunkt" sollte der Fackelmarsch am 10. November werden. Trotz langer Mobilisierungsdauer und des geschichtsträchtigen Datums blieb die Beteiligung weit hinter den Erwartungen zurück, lediglich 80 Nazis fanden den Weg nach Hünfeld. In einer sehr verspätet veröffentlichten Nachbetrachtung verkündeten die JN dennoch: „Bekanntheit und Zuspruch der hessischen JN sind so hoch wie nie zuvor."

Seit 2009 ist der 23-jährige Braun Teil der hessischen Naziszene. Bereits im November 2009 fungierte er bei einem NPD-Aufmarsch in Friedberg als Ordner. Seine politische „Karriere" trug dazu bei, dass er sowohl seinen Ausbildungsplatz bei der Zeitarbeitsfirma *Randstadt* wie auch seinen „Job" als Schiedsrichter verlor. Im Vorfeld des Aufmarsches suchte Braun die DGB-Jugend in Fulda auf. Unter falschem Namen ließ er sich zu Problemen in seiner Ausbildung beraten und plauderte anschließend noch mit dem Jugendbildungsreferenten über den bevorstehenden Aufmarsch. Erst später fiel auf, wer da zu Besuch war. Die Bundesgeschäftsstelle der JN erklärte auf Nachfrage der *Frankfurter Rundschau*, dass Braun den „politischen Gegner" erfolgreich ausspioniert habe. Braun hin-

gegen behauptete, er habe sich wirklich beraten lassen wollen und habe den falschen Namen aus Angst, sonst keine Beratung zu erhalten, benutzt.
Auch die regionale NPD rief zu dem Fackelmarsch auf. Unter den hessischen NPD-Kreisverbänden ist einer der wenigen funktionierenden der NPD-Kreisverband Fulda/Vogelsberg. Dennoch gehen bis auf einzelne Aktionen wie Infostände, teils gemeinsam mit dem KV Hersfeld-Rotenburg, keine wahrnehmbaren eigenen Aktivitäten von ihm aus. Einzelne Funktionäre wie **Martin Kohlhepp** aus der Region Fulda sind zwar stets auch bei überregionalen „Pflicht-Terminen" der NPD vertreten, ansonsten dürfte die Personaldecke jedoch dünn sein.

Bruderschaft Hessen

Zu den osthessischen Unterstützern des Aufmarschs zählen auch die *Bruderschaft Hessen* sowie die *Aktionsgruppe 4 Hessen*. Während die *Aktionsgruppe* zwar über eine veraltete Internetpräsenz verfügt, im „realen Leben" jedoch nicht auftritt, verhält es sich mit der *Bruderschaft Hessen* umgekehrt. Ein Homepage gibt es nicht, inhaltliche Äußerungen der Gruppe sind rar gesät. Am 1. Mai 2011 trat die Gruppe bei einem Aufmarsch in Hof erstmals in Erscheinung. Gruppeneigene „T-Hemden" geben als Herkunft Fulda und Hanau an, wobei die Mitglieder nicht nur aus Osthessen kommen. Auch Personen aus Unterfranken sowie aus Mittelhesssen traten bereits mit den T-Shirts der *Bruderschaft* öffentlich auf. Auf dem Rücken tragen die Gruppen-Shirts den Aufdruck „Wir alle zusammen und keiner allein", eine Zeile aus dem Song „Du bist nicht allein" der Band *Kategorie C*. Musik dürfte ohnehin ein Interessensschwerpunkt der Mitglieder sein. Verbindungen gibt es auch zu den Hammerskins. Darauf weist nicht nur die Anlehnung im Namen „Bruderschaft" hin. Einige Aktivisten reisten auch zum klandestin organisierten europäischen *Hammerfest* nach Toul (vgl. LOTTA #50, S. 28). Auch in Fulda besteht um den Ex-*Republikaner* **Daniel Orlewicz** eine Hammerskin-Struktur. Mit dem sächsischen NPD-Vize **Maik Scheffler**, der neben seinem Engagement in der Partei und im *Freien Netz* dem Netzwerk der *Hammerskins* angehört, stand in Hünfeld ursprünglich auch ein Redner auf der Redeliste, der diesem Spektrum einen Anreizzur Teilnahme bietet. Scheffler reiste jedoch nicht an.

Viele Überschneidungen

Zwischen der *Bruderschaft Hessen* und der JN bestand bisher eine enge Zusammenarbeit, wie sich auch an einem gemeinsamen Zeltlager am Edersee (Nordhessen) zeigte. Nun jedoch scheint mindestens einer der tonangebenden Personen mit der Partei *Die Rechte* (DR) anzubändeln. Der in Nidderau (Main-Kinzig-Kreis) wohnhafte **Marcus Hölzinger**, der laut DR „als Kadermitglied der Bruderschaft Hessen" gilt, unterstützt die neue Partei und nahm sogar am Landesparteitag teil, der eine enge Zusammenarbeit mit „Freinationalen" beschloss.
Bei dem Aufmarsch in Hünfeld trat eine weitere Gruppierung aus der Region in Erscheinung, der *Sturm Fulda*. Bei dieser Gruppe scheint es sich um einen Zusammenschluss von Neonazis aus verschiedenen Spektren zu handeln. Das u.a. von dem NPD-Aktivisten Martin Kohlhepp getragene Transparent zeigt zwei SA-Männer, die Ästhetik ähnelt jener der Homepage der *Aktionsgruppe 4*. Der *youtube*-Kanal des *Sturm Fulda* wartet mit Videos von NPD-Aktionen auf, gleichzeitig wird mit eindeutigen Symbolen hantiert, Unmengen kleiner Hakenkreuze „zieren" die Seite.

Den Dom im Dorf lassen?

Wie in zahlreichen anderen Regionen auch, tauchte im Herbst 2012 bei Facebook eine regionale Gruppe der *Identitären Bewegung* auf. Diese verlinkt hauptsächlich Berichte und Bilder anderer Ortsgruppen oder kommentiert regionale Nachrichten. Jenseits der digitalen Welt trat sie Ende Februar in Erscheinung: Nach eigenen Angaben wurden hunderte Flugblätter verteilt und zahlreiche Aufkleber und Plakate verklebt. Ergänzend posierten zehn Aktivist_innen vor dem Dom und kommentierten bei Facebook: „...an alle Multikultifantasten... wir sind eure Gegner und wir werden wöchentlich mehr."
Den Dom haben die *Identitären* nicht zufällig als Kulisse gewählt. Er gilt als Wahrzeichen der Stadt und repräsentiert deren Stellung als Bischofssitz. Dies wirkt sich auch auf die politische Landschaft aus: Früher war das *Zentrum* die tonangebende Partei, heute ist es die CDU. Alle fünf Oberbürgermeister seit 1946 besaßen ein entsprechendes Parteibuch, mit 51 Prozent verfügt die CDU zurzeit über die absolute Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung. In diesem christlich-konservativen Milieu könnte eine Erklärung liegen, dass sich Neonazis recht ungestört und unbemerkt bewegen können. Auch gegen den jährlich stattfindenden „1000 Kreuze-Marsch" christlich-fundamentalistischer Abtreibungsgegner_innen mit um die 100 Teilnehmenden regt sich kaum Protest.

von Jens Büttner

Konservativer Gegenpol

Die „Burschenschaft Germania Halle“ zu Mainz bleibt sich treu

„An der Universität versuchen wir einen konservativen Gegenpol zu den größtenteils links eingestellten Studentenvertretern zu bilden“, so ein Mitglied der „Burschenschaft Germania Halle zu Mainz“, das sich Thorsten Schulze nennt, in einem Interview in einer der letzten Ausgaben der Zeitschrift Unipress, die vom AStA der Uni Mainz herausgegeben wird. Auch die in Verbindungskreisen verbreitete Verschwörungstheorie von der antikorporierten Medienmacht darf der Burschenschafter hier unkommentiert verbreiten, wenn auch in etwas ungelenkem Deutsch: „Wir können keine rechtsextremen Tendenzen in unserem Dachverband erkennen. Die ständige Wiederholung dieser Anschuldigungen [...] machen jene nicht ‘wahrer’.“

Rechtsruck in der DB

Unipress war vor einiger Zeit noch eine verbindungskritische Publikation. Seit der Übernahme des Mainzer AStA durch die Hochschulverbände von CDU und SPD ist sie jedoch zu einem Organ geworden, in dem – vermeintlich ideologiefrei – alle Seiten zu Wort kommen dürfen. Diese Entwicklung fällt ausgerechnet in eine Zeit, in der die Kritik an Studentenverbindungen und insbesondere an Burschenschaften allgemein eher zunimmt.

Der größte burschenschaftliche Dachverband, die *Deutsche Burschenschaft* (DB), erlebt zur Zeit einen massiven Rechtsruck (siehe LOTTA #48 und #50). Die sogenannten konservativen – das heißt: etwas weniger rechten – Bünde konnten sich bei den letzten Burschentagen in wichtigen Fragen nicht gegen das Lager der mehrheitlich in der *Burschenschaftlichen Gemeinschaft* (BG) organisierten Rechtsaußen-Bünde durchsetzen.

Die Entwicklung hatte der DB soviel negative Presse beschert wie lange nicht mehr. Eine Welle von Austritten konservativer Bünde folgte.

Konservativer Gegenpol

Bei der Betrachtung dieser Ereignisse wurde die Rolle einzelner Burschenschaften, zum Beispiel der *Burschenschaft Germania Halle zu Mainz*, bisher wenig beleuchtet. Die *Germania Halle* trat über Jahre hinweg in der studentischen und städtischen Öffentlichkeit in Mainz kaum in Erscheinung. Zwar waren Germanen in irgendeiner Form an allen rechten bis neonazistischen Hochschulgruppen in der Geschichte der Mainzer Uni beteiligt, aber nach dem Ende des *Republikanischen Hochschulverbandes* der REP zog sich die *Germania* weitgehend auf ihr Haus zurück. Die Veranstaltungen, die in dieser Zeit stattfanden (zum Beispiel: „Namibia – Auf den Spuren der Schutztruppe“), entfalteten keinerlei öffentliche Wirkung. Ein kurzes Intermezzo blieb auch der erneute Versuch der *Germania*, in den studentischen Gremien Fuß zu fassen: 2003 stellte sie eine eigene Liste für die Wahl zum Studierendenparlament auf und schickte mit **Axel Elsenbast** auch einen Vertreter ins Parlament, der sich in der Gremienarbeit aber wenig hervortat.

Doch das Zitat vom „konservativen Gegenpol“ zeigt, dass sich die *Germania Halle* auch weiterhin nicht einfach als Traditionsverband versteht, der seinen Mitgliedern durch das – „Lebensbund“ genannte – Seilschaftenprinzip zusätzlich ein wenig Unterstützung beim Karriere machen bietet, sondern durchaus als Vereinigung mit explizit politischen

Zielen. Seit einigen Jahren lässt sich sogar beobachten, dass die Aktivitas der *Germania* dieses Element wieder stärker betont. Ihre Veranstaltungen werden teilweise offensiv auf dem Campus beworben. So zum Beispiel 2009 eine Veranstaltung mit dem 2010 verstorbenen **Hajo Herrmann**, gegen die Antifaschist_innen eine Kundgebung organisierten. Als ehemaliger Kampfflieger im Zweiten Weltkrieg und späterer Anwalt von Neonazis und Holocaustleugnern war Herrmann bis zuletzt ein überzeugter Nationalsozialist und als Angehöriger der „Erlebnisgeneration“ ein Star im revisionistischen Wanderzirkus.

„Schicker Mast im Hintergrund“

Bei der *Germania* zeigt man sich gern traditionsbewusst. Auf ihrer Facebook-Seite veröffentlichte die Burschenschaft im November 2012 ein Foto, das, auf einer Wiese vor einem Strommast stehend, mehrere Germanen in Couleur zeigt. Betitelt ist das Bild mit „Hier: Südtirol“. Immer wieder veranstaltet die *Germania* gemeinsame Fahrten der Bundesbrüder nach Südtirol. Das Bild ist aber keine harmlose Reiseerinnerung, sondern eine Anspielung, die man außerhalb burschenschaftlicher Kreise nicht auf Anhieb versteht. Mindestens bis vor einigen Jahren hing im Haus der *Germania* ein ähnliches Foto – versehen mit dem Spruch „Sprengt den Mast in Südtirol“. Die Burschenschafter beziehen sich damit auf den extrem rechten Terrorismus von Südtiroler Separatisten (darunter auch Burschenschafter). Diese sprengten in den 1950ern und 1960ern Strommasten als ‘Symbole des italienischen Staates’ in die Luft. Die Anschläge werden von Burschenschaftern häufig verharmlost. In dieser Tradition stehen auch die spöttischen Kommentare zum Facebook-Bild: „Schicker Mast im Hintergrund“. Es blieb damals jedoch nicht bei Sachbeschädigungen. Bis Ende der 1980er fielen dem Südtirol-Terrorismus über 20 Menschen zum Opfer.

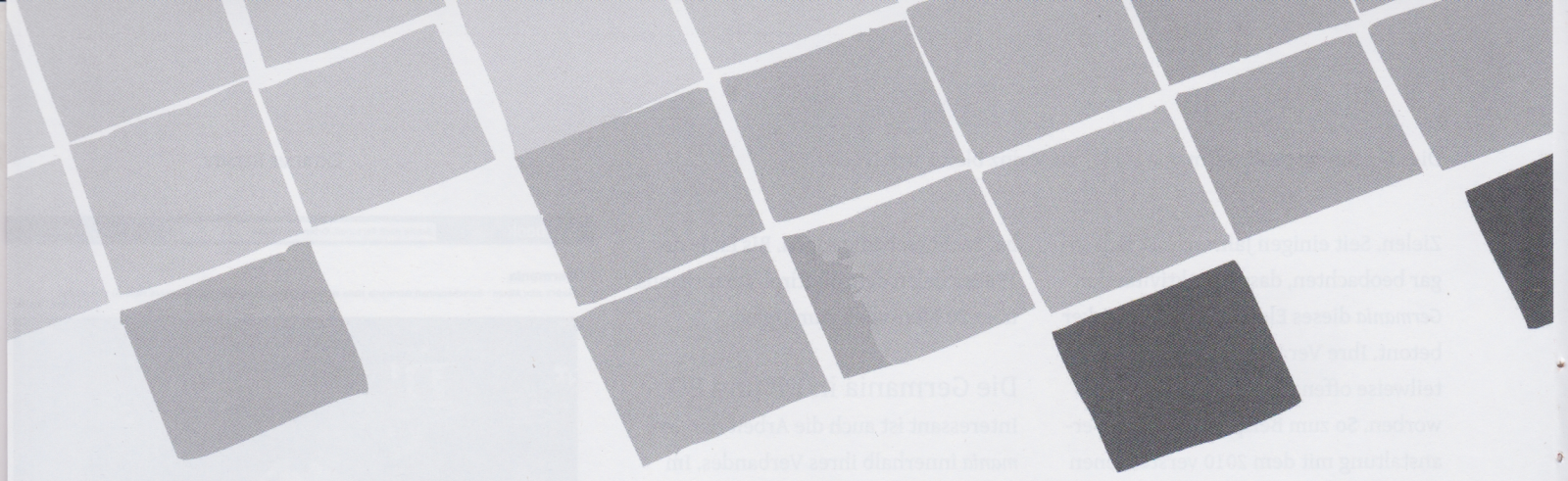
Die Germania in DB und BG

Interessant ist auch die Arbeit der *Germania* innerhalb ihres Verbandes. Im ohnehin rechten politischen Koordinatensystems der DB steht die *Germania Halle zu Mainz* wiederum rechts. Sie ist Teil der BG und gehört zusammen mit den ebenfalls rechten Bünden *Hamburger Burschenschaft Germania* und *Frankonia Erlangen* zum *Schwarz-weiß-roten Kartell*. Ein Kartell ist eine institutionalisierte Freundschaftsbeziehung zwischen einzelnen Bünden.

Man kann also getrost davon ausgehen, dass die *Germania* im zurückliegenden Flügelkampf in der DB einen stramm rechten Kurs verfolgte. Dafür spricht nicht nur die Zugehörigkeit der Burschenschaft zur BG und zum *SWR-Kartell*, sondern auch, dass Germanen beinahe schon traditionell wichtige Ämter in der BG übernehmen. So ist zum Beispiel der aus Leuterod im Westerwald stammende Germane **Sebastian Noll**, nebenbei auch CDU-Mitglied, Schriftwart der BG. Beim außerordentlichen Burschentag Ende November 2012 in Stuttgart stimmte die *Germania* gegen die als Zugeständnis an die konservativen Bünde gedachte Absetzung von **Norbert Weider** als Chef der *Burschenschaftlichen Blätter*. Weidner war wegen seiner Rechtfertigung der Ermordung des Widerstandskämpfers **Dietrich Bonhoeffer** durch die Nazis öffentlich in die Kritik gekommen. Anders als andere Rechtsaußen-Bünde war die *Germania* also nicht einmal bereit, taktische Zurückhaltung zu üben, um die konservativen Bünde in der DB zu halten.

Für den derzeitigen Mainzer AStA wird das wohl kein Grund sein, die *Germania* aus dem Diskurs auszuschließen. Und auch die anderen schlagenden Verbindungen in Mainz würden sich auf Nachfrage sicher wie üblich von DB und BG distanzieren – allerdings nur, um sich dann wieder dem Alltag zuzuwenden. Im „Mainzer Waffenring“, einem Zusammenschluss schagender Verbindungen, debattieren sie jedenfalls mit der *Germania* über Fragen der ordnungsgemäßen Durchführung einer Mensur, des ritualisierten Fechtens, und beschließen Regeln wie: „Ein Blutiger ist ein Schmiss, aus dessen Wundrändern Blut tritt.“ Burschenschafter, Corpsstudenten und Landsmannschafter schlagen sich dann gemeinsam in bis ins Kleinste geregelter Form die Köpfe ein – gerne bis zum „Blutigen“.

Kokettieren mit dem Südtirolterrorismus: „Sprengt den Mast in Südtirol“



Von Felix Hansen

Pleiten, Pech und Pannen?

Behördenkonkurrenz, V-Leute und vergessene Asservate in den NSU-Ermittlungen

Kurz vor Beginn des ersten NSU-Prozesses gegen Beate Zschäpe und vier weitere teils ehemalige Neonazis berichten Medien, die „Zwickauer Terrorzelle" sei größer gewesen als gedacht. Auf einer Geheimliste der ermittelnden Behörden seien knapp 130 Namen aus dem Umfeld des Trios genannt. Die Zahl erscheint auf den ersten Blick überraschend hoch, doch wirklich neu ist die Meldung nicht. Auch dass es in den Ermittlungen immer wieder „Pannen", wie es oft heißt, gab, ist bekannt.

Nach dem Abtauchen 1998 übernahm das Thüringer LKA die Suche nach dem Trio. Immer wieder gab es Hinweise auf Chemnitz. Die Thüringer Zielfahndung vermutete im Oktober 2000 **Uwe Böhnhardt** im Umfeld von **Mandy Struck** und ihrem Freund **Kai S.**. Struck kannte das Trio aus ihrer Jenaer Zeit. Um Böhnhardt und mit ihm den Rest des Trios aufzuspüren, observierte das Chemnitzer Mobile Einsatzkommando (MEK) im Auftrag der Thüringer_innen im Herbst 2000 S.. An einem Tag Ende Oktober 2000 wartete das MEK nicht alleine vor der Wohnung von Struck, auch der sächsische Verfassungsschutz war mit einer eigenen Observation vor Ort. Gegen Mittag kam die Anweisung der Zielfahndung, die Observation zu unterbrechen. Die Thüringer wollten Kai S. mit ihrer Suche konfrontieren und fuhren mit ihm zu seiner Wohnung. Böhnhardt trafen sie dort nicht an, doch konnte das Observationsteam anschließend beobachten, wie S. in einer Telefonzelle lange telefonierte. Dann holte er einen Karton aus seiner Wohnung, brachte ihn in seine Garage, baute dort in aller Ruhe einen Grill auf und verbrannte den Inhalt – alles genauestens observiert und protokolliert. Auf die Idee, den offensichtlich brisanten Inhalt zu retten, kam das MEK nicht – denn der Einsatz-Auftrag der Chemnitzer_innen lautete nur Observation – für alles andere war Thüringen zuständig.

Asservate in Einkaufstüten

Über die Razzia, die das Untertauchen des Trios erst ermöglichte, wurde schon viel geschrieben, doch manche Details wurden erst in diesem Jahr bekannt. Bei der Durchsuchung der Jenaer Garage 1998 wurde eine Adressliste von **Uwe Mundlos** gefunden. Die sogenannte Garagenliste zeigt, wie gut das Trio in den 90er Jahren vernetzt war, auf der Liste finden sich die Namen von rund 35 bekannten Neonazis aus ganz Deutschland. Neben Chemnitz, Nürnberg und Ludwigsburg finden sich weitere Städte, die auch in der Nähe der späteren Tatorte der NSU-Morde liegen. Bei der Auswertung der Liste 1998 habe man „keinerlei Fahndungsansätze" ausmachen können, sagte der zuständige BKA-Fahnder vor dem Untersuchungsausschuss.
Im März stellte sich im Untersuchungsausschuss heraus, dass bei der Durchsuchung noch eine zweite, erweiterte Adressliste gefunden wurde – die seit 1998 unentdeckt in einer Einkaufstüte lag. In der Liste steht auch **Thomas Starke**, der die erste Unterkunft des untergetauchten Trios in Chemnitz organisierte, ihm Sprengstoff besorgte und später V-Mann des Berliner LKA wurde. Starke bewegte sich damals in *Blood&Honour*-Kreisen in Chemnitz und traf in dieser Zeit auch immer wieder auf **Carsten Szczepanski.** Szczepanski, Deckname Piato, war über Jahre V-Mann des Brandenburger Verfassungsschutzes. Er hatte sich mit einer Postkarte „beworben",

nachdem er 1995 als Anführer bei einem versuchtem Mord an einem Migranten zu acht Jahren Haft verurteilt worden war. Zu diesem V-Mann befragt, sagte der damalige brandenburgische VS-Chef und heutige Bundesanwalt **Hans-Jürgen Förster** vor dem Untersuchungsausschuss, er sei entsetzt gewesen, als er von ihm erfahren habe und habe ihn sofort „abschalten" wollen. Er habe den damaligen Innenminister **Alwin Ziel** über die Vergangenheit des Mitarbeiters informiert. Da sich beide nicht sicher gewesen seien, ob man eine Person mit derartiger Geschichte weiter beschäftigen dürfe, habe man sich Rat geholt, bei einer „hohen moralischen Instanz" – „jemandem wie dem Papst". Diese hätte geurteilt, dass Piato auf keinen Fall „abgeschaltet" werden dürfe. Um wen es sich handelte, wollte Förster nicht verraten. Ab Frühjahr 1998 war Szczepanski dann Freigänger und absolvierte ein Praktikum im Neonazi-Laden *Sonnentanz* im Erzgebirge. Betrieben wurde der Laden von der sächsischen *Blood&Honour*-Protagonistin **Antje Probst** und ihrem Ehemann **Michael**. Diese soll angeboten haben, Zschäpe ihren Pass für eine Flucht ins Ausland zu „leihen".

„Erinnerungslücken"

In der Region Chemnitz unterwegs war auch das sächsische *Blood&Honour*-Mitglied **Jan Werner**, der persönlichen Kontakt zum Trio gehabt haben soll. Im Sommer 1998 war er auf der Suche nach Waffen für die drei und schrieb eine SMS nach Brandenburg: „Hallo, was ist mit den Bums". Diese Meldung registrierte der Brandenburger VS, ob von Piato oder über einen zweiten, bisher unenttarnten V-Mann informiert, ist unklar. In Potsdam erkannte man die Brisanz dieser Meldung und bestellte die Kolleg_innen aus Thüringen und Sachsen ein. Vor dem Untersuchungsausschuss behaupteten der damalige Vize des Thüringer Landesamtes und sein Referatsleiter, sie hätten die Vorgabe bekommen, die brisante Information nicht an das ermittelnde Thüringer LKA weiterzugeben. Dennoch wollen beide noch am selben Abend den damaligen LKA-Präsidenten informiert haben – doch der will nichts davon wissen und beharrte ebenfalls vor dem Ausschuss darauf, an besagtem Tag frei gehabt zu haben. Das Verhalten ist typisch für viele Behördenvertreter_innen. Sie offenbaren große Erinnerungslücken, können sich aber plötzlich an Details, wie die genaue Geheimhaltungsstufe bestimmter Akten vor 15 Jahren, erinnern. Oft widersprechen sich Aussagen aus den einzelnen Behörden, andere gleichen sich bis in die kleinsten Details – seltsam bei Vorgängen, die damals doch so unbedeutend gewesen sein sollen.

Die Möglichkeit eines bewaffneten Kampfes von Rechts wurde von Behördenseite nicht ernst genommen, und entsprechend wenig engagiert verliefen die Ermittlungen. Rivalitäten zwischen den Behörden waren groß, sowohl LKA als auch Verfassungsschutz ermittelten auf eigene Faust. Im benachbarten Sachsen war man der Meinung, die flüchtigen drei seien ein Thüringer Problem. Erstaunlich ist auch, wie die früheren V-Leute heute bei den Ermittlungen durchkommen, indem sie sich ahnungslos stellen. Beim BKA wurde Piato nach dem Trio und ihren Kontaktleuten befragt, doch er will sich an keine der Personen erinnern können. Ebenso Thomas Starke. Der hatte zwar noch im Februar 2002 das LKA in Berlin informiert, einer seiner Freunde habe Kontakt zu „drei Personen aus Thüringen", die wegen Waffen- und Sprengstoffdelikten „per Haftbefehl gesucht" würden, doch auf die Idee, dass es sich um seine langjährigen Bekannten aus Jena handelte, will er nicht gekommen sein, denn die habe er längst im Ausland vermutet.

Anmerkungen

Zu den Vorgängen in Brandenburg berichtete **René Heilig** im *Neuen Deutschland*:"Piato" war nicht allein, 7.3.2013, www.nsu-watch.info/2013/03/piato-war-nicht-allein, und: Die „Quelle" und der Präsident, 30.1.2013, www.nsu-watch.info/2013/01/die-quelle-und-der-prasident

Anzeige

Unter freiem Himmel

Demonstrative Aktionen der extremen Rechten

Dortmund (NRW), 11. Januar 2013
Anlässlich der Verurteilung des österreichischen Neonazis **Gottfried Küssel** führte der Dortmunder KV der *Die Rechte* (DR) eine zirka 30-köpfige Kundgebung durch.

Viersen (NRW), 2. und 4. März 2013
Gegen einen „stadtbekannten Kinderschänder", der „zu einer lächerlichen Bewährungsstrafe verurteilt wurde", demonstrierten NPD & friends mit einer Kundgebung im Viersener Stadtteil Dülken. Es nahmen 40 bis 50 Personen teil, nach unbestätigten NPD-Angaben auch AnwohnerInnen. Auch der Dortmunder KV der DR meldete, vor Ort gewesen zu sein. Am Abend des 4. März teilte die NPD mit, dass „zur Stunde eine weitere Spontandemonstration mit Bürgerbeteiligung" stattfände.

Soest (NRW), 9. März 2013
Unter dem diesjährigen Motto „Dreieinhalb Jahre für ein Menschenleben? – Schluß mit der Kuscheljustiz für kriminelle Ausländer!" zogen Neonazis anlässlich des Todes eines Heranwachsenden, der 2011 im Streit von einem Jugendlichen erstochen worden war, zum dritten Mal durch Soest. Angemeldet hatte den Aufmarsch **Sascha Krolzig** aus Hamm für die DR. Nachdem 2011 170 und 2012 150 Neonazis teilgenommen hatten, waren es dieses Mal zirka 130. Als Redner traten neben Krolzig noch **Björn Remmert** (Hamm), **Michael Brück**, **Matthias Deyda** (beide DR Dortmund) sowie **Christian Worch** und ein „Kamerad aus Soest" in Erscheinung.

NRW, 9. bis 23. März 2013
Eine „Kundgebungsserie" an „Brennpunkten des Asylmissbrauchs" führte *pro NRW* vom 9. bis 23. März durch. Anlaufpunkte waren Flüchtlingsunterkünfte in Bochum, Essen, Witten, Mülheim/Ruhr, Duisburg, Gelsenkirchen, Dortmund, Hagen, Düsseldorf, Leverkusen, Bergheim, Neuss, Mönchengladbach, Aachen, Bielefeld, Wickede, Wuppertal, Remscheid, Recklinghausen, Krefeld sowie in drei Kölner Stadtteilen. In einigen wenigen Fällen kamen 30 bis 40 Personen zusammen, in den meisten Städten waren es 10 und 20 Personen.

Zweibrücken (RLP), 14. März 2013
Auch 2013 veranstaltete der *Nationale Widerstand Zweibrücken* am Jahrestag der Bombardierung der Stadt einen Fackelmarsch zum „Ehrenvollen Gedenken der Zerstörung von Zweibrücken!" Laut Eigenangaben sollen 50 Personen teilgenommen haben, die Zahl dürfte aberstark übertrieben sein. Reden hielten **Ricarda Riefling** (Pirmasens, NPD-Bundesvorstandsmitglied), **Safet Babic** (NPD Trier) sowie **Jan Jaeschke** (NPD Rhein-Neckar).

Wuppertal (NRW), 15. März 2013
Zirka 50 Neonazis protestierten gegen ein am selben Tag verhängtes Urteil gegen vier ihrer „Kameraden", die wegen eines brutalen Angriffs 26- bis 30-monatige Haftstrafen kassiert hatten. Die Polizei genehmigte nur eine Kundgebung. Aufgerufen hatte der DR-KV Wuppertal.

Landau (RLP), 15. März 2013
Wie bereits in den Vorjahren reisten Neonazis aus Ludwigshafen und der Vorderpfalz nach Landau, um dort eine Kundgebung unter dem Motto „Kein Vergeben, Kein Vergessen – alliierten Kriegsverbrechen!" durchzuführen. Anlass war der 68. Jahrestag der Bombardierung Landaus durch die Alliierten. 28 Neonazis nahmen teil. Reden hielten **Matthias Herrmann** (*Aktionsbüro Rhein-Neckar*) und **Klaus Armstroff** (NPD-KV Deutsche Weinstraße).

Aachen, Mönchengladbach, Düsseldorf (NRW), 16. März 2013
Zu einer „Kundgebungstour durchs Rheinland" unter dem Motto „Gegen die staatliche Verfolgung von Deutschen – Freiheit für alle politischen Gefangenen" waren um die 100 Neonazis mit zwei Reisebussen unterwegs. Angemeldet hatte die Tour der Aachener **André Plum** für die Partei *Die Rechte*. Zum Mikro griffen neben Plum die Dortmunder **Michael Brück**, **Daniel Grebe** und **Christoph Drewer**, der Wuppertaler **Lukas Bals** sowie der Vize der NPD Düsseldorf/Mettmann, Manfred Breidbach. Der seit März 2012 inhaftierte Düsseldorfer **Sven Skoda** steuerte ein Grußwort bei.

Speyer (RLP), 23. März 2013

Dem Aufruf der JN Rheinland & Pfalz zu einer Kundgebung unter dem Motto „Jugend ist Zukunft" folgten 37 Neonazis. Redebeiträge hielten Anmelder **Sebastian Beckmann** (AN Vorderpfalz), **Stephan Böttcher** (JN R&P), **Sebastian Schober** (JN Stuttgart) und **Martin Krämer** (JN BaWü).

Dortmund (NRW), 30. März 2013

Als Reaktion auf eine antifaschistische Demonstration führte der Dortmunder KV der DR drei kundgebungsartige „Mahnwachen" gegen „die Überfremdung" in Dortmund durch. Es nahmen etwa 50 Personen teil, ans Mikro traten die Dortmunder **Daniel Grebe**, **Kevin Hornig**, **Christoph Drewer** und **Michael Brück**.

U25

An einer NPD-Kundgebung gegen den Besuch **Hannelore Krafts** nahmen am 6. Januar 2013 in **Trier** (RLP) etwa zehn Neonazis teil.

Nach Eigenangaben 20 Personen nahmen am 15. Januar an einer *pro Köln*-Kundgebung gegen den Bau einer Flüchtlingsunterkunft im **Kölner** Stadtteil Godorf teil.

In **Trier** führte die NPD am 24. Januar eine 14-köpfige Kundgebung unter dem Motto „90 Jahre Ausweisung von Albert von Bruchhausen – Gegen Fremdherrschaft und nationale Selbstverleugnung!" durch.

Nur 20 Personen konnte *pro Köln* am 26. Januar anlässlich der Unterbringung von Flüchtlingen in einem ehemaligen Hotel in den **Kölner** Stadtteil Porz-Urbach mobilisieren, um gegen „Asylmissbrauch" zu demonstrieren.

Anlässlich eines Prozesses gegen einen Salafisten in **Mönchengladbach** (NRW) führte *pro NRW* am 6. Februar eine zirka 15-köpfige Kundgebung unter dem Motto „Hasta la vista, Salafista! – Nein zum islamistischen Extremismus!" durch.

Unter dem Motto „Wann platzt die Immobilienblase in Trier? Marie-Luise Dreyer und Klaus Jensen sind mitverantwortlich, dass Spekulanten und Euro-Krise die Mietpreise in Trier explodieren lassen!" veranstaltete die NPD **Trier** am 15. Februar einen „Aktionstag" mit mehreren Kundgebungen, an denen sich etwa zehn Neonazis beteiligten.

Nachdem eine NPD-Kundgebung in Mannheim (BaWü) durch AntifaschistInnen verhindert worden war und der anschließende Versuch von etwa 30 Neonazis, in **Ludwigshafen** (RLP) eine spontane Versammlung durchzuführen, an der Polizei scheiterte, veranstalteten hessische Neonazis Eigenangaben zufolge eine 20-köpfige Spontandemonstration gegen Polizeiwillkür in **Bürstadt** (Kreis Bergstraße, Hessen).

An einer „Mahnwache wegen Kindesentzugs aus politischen Gründen" der *German Defence League* nahmen am 27. Februar in **Velbert** (Kreis Mettmann, NRW) nach Presseangaben um die zehn Personen teil.

Eine Tour unter dem Motto „Fahrt der Erinnerung" veranstalteten am 2. März Neonazis um den *Nationalen Widerstand Zweibrücken* und die NPD Westpfalz mit zwei Kleinbussen inklusive Kundgebungen in **Pirmasens** (RLP), **Zweibrücken** (RLP) und im saarländischen Homburg.

Weniger als zehn Neonazis nahmen am 8. März im Rahmen eines „Aktionstages" der NPD **Trier** unter dem Motto „Hindenburg statt Immobilienbetrug! Für eine kommunale Wohnungsvermittlung und Strafsteuern auf Leerstände, statt sozialdemokratische Verelendungspolitik durch Duldung der Immobilienblase in Trier durch OB Klaus Jensen" an einer Kundgebungstour mit acht Stationen durch die Stadt teil.

Knapp über 20 Neonazis um den lokalen DR-KV beteiligten sich am 14. März in **Wuppertal** (NRW) an einer „Mahnwache", um auf „das Verbrechen an Daniel S. in Kirchweyhe, der heute an den Folgen eines Ausländerüberfalls verstarb" hinzuweisen.

Anlässlich des 68. Jahrestags der Bombardierungder Stadt Pirmasens nahmen am 15. März etwa zehn Neonazis in **Pirmasens** an einer „Mahnwache" der NPD Westpfalz teil.

An zwei „Mahnwachen" der Kameradschaften *Nationaler Widerstand Zweibrücken* und *PfalzSturm* (Kaiserslautern) nahmen am 23. März in **Kaiserslautern** (RLP) 21, in **Zweibrücken** deutlich weniger Neonazis teil.

Als Reaktion auf einen antifaschistischen „Picobello-Tag" führten am 17. März 24 Neonazis aus dem Spektrum der *Die Rechte*unter dem Motto „N – wie national, S – wie sauber" einen „Säuberungsrundgang" durch den **Wuppertaler** Stadtteil Elberfeld durch, um die Innenstadt wieder zu einem „sauberen deutschen Stadtteil" zu machen.

An einer „Mahnwache" der NPD Westpfalz nahmen am 25. März in **Pirmasens** knapp 20 Neonazis teil, die versuchten, den Tod von Daniel S. aus dem niedersächsischen Kirchweyhe zu instrumentalisieren.

Unter dem Motto „Raus aus dem Euro" hielt die NPD Westpfalz am 16. März in **Eisenberg** (Donnersbergkreis, RLP) eine Kundgebung ab, an der weniger als 20 Neonazis teilnahmen.

Kurzmeldungen

Neonazis vor Gericht (RLP)

Verfahren gegen „Aktionsbüro Mittelrhein"

Im Koblenzer Prozess gegen das *Aktionsbüro Mittelrhein* (ABM) hat zwischenzeitlich die Beweisaufnahme begonnen. Als erster Zeuge wurde ein ehemaliges Mitglied des ABM verhört, das selbst an Straftaten beteiligt war, die auch Gegenstand des Prozesses sind. Von den 26 wegen Bildung bzw. Unterstützung einer kriminellen Vereinigung oder gemeinsam begangener Straftaten Angeklagten befinden sich noch sieben in Haft, unter ihnen der Düsseldorfer **Sven Skoda**. Nachdem fünf Beschuldigte ausgesagt hatten, zeigte sich überraschend auch **Christian Häger** aussagebereit. Der als Führungsperson angesehene Häger begründete seinen Schritt damit, das vorher verzerrt Dargestellte richtigstellen zu wollen. Für einige der Vorwürfe fand er teils absurde Erklärungen, von anderen Dingen will er nichts gewusst haben oder keine Angaben machen. Als er zur „Äffchenfraktion" befragt wurde, die dafür zuständig gewesen sein soll, bei Aufmärschen auch mal konfrontativ vorzugehen und der auch Kölner und Pulheimer Nazis angehört haben sollen, erklärt er, für ihn sei dies keine feste Gruppe gewesen. Dazu zähle er die, die vorne herumgeschrien und sich produziert hätten. Sie hätten das Bild von Affen im Käfig hervorgerufen, denen man eine Banane hinwirft. Die übrigen Aussagenden gaben an, sich von der Szene distanziert zu haben und teils in Kontakt mit einem Ausstiegsprogramm zu stehen. Drei weitere Beschuldigte verlasen eine Einlassung oder ließen diese verlesen. Bis auf **Philipp Neumann** von der RechtsRockband *Flak* gaben auch sie an, sich von der Szene gelöst zu haben. Wenig überraschend erklärte auch **Axel Reitz** seinen bereits bekannten Rückzug, da er sich politisch wie persönlich in eine Sackgasse manövriert habe. Andere Angeklagte machen aus ihrer „Treue" hingegen kein Geheimnis. Sie erscheinen in Szenekleidung zur Verhandlung. Ein Angeklagter aus Siegen besuchte am 16. März in Düsseldorf sogar bereits wieder einen Aufmarsch.

Rechte Angriffe in RLP

Übergriffe in Wittlich und Worms

Anfang Februar brach ein alkoholisierter Angreifer einem Angestellten einer Gaststätte in Wittlich durch eine Kopfnuss die Nase, nachdem er zuvor Naziparolen gerufen hatte. Der Polizei ist der Angreifer durch vorherige Körperverletzungsdelikte bekannt.
Bereits Anfang Januar gab es in Worms einen rassistischen Angriff. Ein Mann aus Tansania wurde auf seine Hautfarbe angesprochen und im weiteren Verlauf angegriffen und geschlagen.

Verschiedenes (NRW)

Neues Neonazi-Zentrum in Hamm?

Durch das Verbot der *Kameradschaft Hamm* verlor die Neonazi-Szene auch die von ihrem „Kameradschaftsführer" **Sascha Krolzig** angemieteten Räumlichkeiten in der Werler Straße in Hamm (NRW). Nun haben die Neonazis ein Ersatzobjekt am Kentroper Weg gefunden. Dort befindet sich das Clubhaus der im Jahr 2012 gegründeten Gruppe *Fraternitas Germania*, die sich als „Bruderschaft" versteht und in ihrem Auftreten an einen Motorradclub erinnert. Nach Angaben der *Antifa Hamm* verkehren Mitglieder von *Die Rechte* mittlerweile regelmäßig in der von einer Privatperson angemieteten Räumlichkeit. Die Neonazis sollen sich auch an der Miete beteiligen. Die *Fraternitas Germania* ist ein Männerbund, der sich als unpolitisch bezeichnet, zugleich aber einen „Werteverfall unserer Gesellschaft" anprangert und für einen starken Zusammenhalt der „Brüder" plädiert. Unter den Mitgliedern der Gruppe sind auch Ex-Mitglieder der Hammer Neonazi-Kameradschaft *Sturm Werries*.

Hammerskins

Nur ein blöder Zufall...

Im Januar fand das „European Officers Meeting“ der *Hammerskins* statt. Angemietet wurde die Halle des FSV Erlenbach im südhessischen Fürth (Odenwald) für eine Party eines Wandervereins. Es reisten aber etwa 120 Personen aus dem Spektrum der „Hammerskins“ an. Nach antifaschistischer Intervention trat der Vermieter vom Mietvertrag zurück, die Veranstaltung wurde unter Anwesenheit der Polizei beendet. Organisiert worden sein dürfte das Treffen aus dem nahen Rhein-Neckar-Raum, wo das *Chapter Westmark* fest verankert ist und wo auch **Malte Redeker**, europäischer Chef der „Hammerskins“, lebt.
Am 9. Februar sollte dann ein Konzert der Band *Kategorie C* ebenfalls in Fürth stattfinden. Die Gemeinde verbot das Konzert, etwa 60 KonzertbesucherInnen wurden bei der Anreise gestoppt. „Das ist ein blöder Zufall“, kommentierte ein Polizeisprecher die Tatsache, dass zwei solcher Veranstaltungen innerhalb kurzer Zeit in der Gemeinde stattfinden sollten.

Parteien (NRW)

„Die Rechte“ baut in NRW Strukturen aus

Die Rechte(DR) baut ihre Strukturen in NRW weiter aus. So gründete sich am 30. Januar ein Kreisverband Wuppertal. Zum Vorsitzenden wurde **Matthias Drewer** gewählt. Drewer ist ehemaliges Mitglied der *Kameradschaft Hamm* und sitzt seit März eine Haftstrafe von einem Jahr und vier Monaten ab. Am 15. März verurteilte ihn das Amtsgericht Wuppertal zu einer weiteren Haftstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten wegen gefährlicher Körperverletztung. Als DR-Mitglieder traten bisher auch die Wuppertaler Neonazis **Daniel Borchert, Lukas Bals** und **Dennis Kristmann** öffentlich auf. Sie gehörten zur Gruppe *Nationale Sozialisten Wuppertal*, die im DR-Kreisverband aufgegangen ist.
Seit Anfang Februar existieren auch die DR-Kreisverbände Aachen und Heinsberg. Der Aachener Kreisverband sei „ein Zusammenschluss aus den Städten Aachen, Stolberg, Eschweiler, Düren und Jülich”, „Interessierte aus dem Raum Heinsberg” sollten sich beim Kreisverband Heinsberg melden, teilte die Organisation mit. Angaben über die Zusammensetzung des Vorstands wurden nicht getätigt. Als presserechtlich Verantwortlicher sowie als Demonstrationsanmelder tritt **André Plum** in Erscheinung, der offenbar auch Kreisvorsitzender ist. Plum war zuvor Mitglied der verbotenen *Kameradschaft Aachener Land* (KAL).
Die Rechte ist somit zum Sammelbecken sämtlicher im August 2012 verbotenen Neonazi-Gruppen geworden, die ihre Aktivitäten nun in der DR fortsetzen. Die „Partei“ tritt seit einigen Wochen verstärkt mit Kundgebungen und Demonstrationen an die Öffentlichkeit. Zugleich hat sie angekündigt, zur Bundestagswahl eine Landesliste aufzustellen. Unterstützungsunterschriften werden bereits gesammelt. Auch zur Europawahl und zur Kommunalwahl wird eine Kandidatur angestrebt. Als Spitzenkandidat bei der Europawahl wünscht sich die DR den seit März 2012 in U-Haft sitzenden Düsseldorfer Neonazi **Sven Skoda**. Landesverbände von DR gründeten sich auch in Niedersachsen und Brandenburg.

Parteien (NRW)

NPD Duisburg reaktiviert

Ihren jahrelang inaktiven Duisburger Kreisverband reaktivierte die NRW-NPD Anfang Februar. Im Rahmen einer „Jahreshauptversammlung“ mit „anschließender Wahlkreisversammlung” am 8. Februar habe man eine „neue Führung“ und einen Direktkandidaten für den Bundestagswahlkreis Duisburg I gewählt, teilte die Partei mit. Neue Kreisvorsitzende ist **Melanie Händelkes** aus Wachtendonk (Kreis Kleve). Händelkes, Mitglied des NPD-Kreisvorstands Krefeld/Kleve und Beisitzerin im NPD-Landesvorstand, war es auch, die die Reaktivierung des Kreisverbands Duisburg vorangetrieben hatte. Offenbar ist also nach wie vor Aufbauhilfe von außerhalb nötig. Vertreten wird sie von **Holger Maas** aus Duisburg. AlsDirektkandidat für den Bundestagswahlkreis Duisburg I wurde der schon seit Jahrzehnten in der NPD aktive frühere Kreisvorsitzende **Karl Weise** benannt. Am 10. März wurde dann die Besetzung des zweiten Duisburger Wahlkreises nachgereicht: Hier wird **Sven Stölting** antreten.

Parteien (Hessen)

Eklat im Wetterauer Kreistag

Der Antrag, zwei Anträge der NPD von der Tagesordnung zu nehmen, löste am 6. Februar im Wetterauer Kreistag wüste Beschimpfungen durch den NPD-Abgeordneten **Daniel Lachmann** aus. Er verglich den Landrat mit einem NS-Gauleiter, woraufhin er von der laufenden wie den beiden folgenden Sitzungen ausgeschlossen werden sollte. Während er sich zu gehen weigerte, entfalteten zwei Zuschauer ein Banner, was den Vorfall als geplant erscheinen lässt. Vor Eintreffen der Polizei entfernten sich die drei.

Neonazis vor Gericht (RLP)

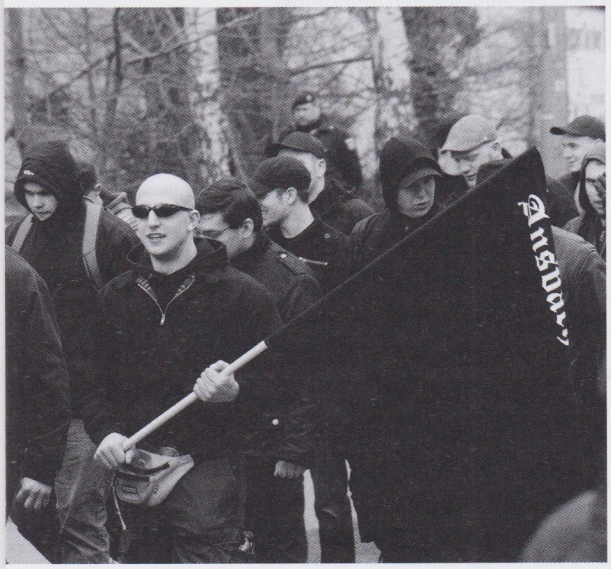
„Heimatschutz Donnersberg“

Glimpflich ging der Prozess gegen vier Mitglieder und einen „Anwärter“ der Kameradschaft *Heimatschutz Donnersberg* in Rockenhausen aus. Ihnen war vorgeworfen worden, in der Nacht vom 8. auf den 9. September 2011 die Scheiben zweier türkischer Dönerläden in Wolfstein (Kreis Kusel) und Otterberg (Kreis Kaiserslautern) eingeworfen zu haben. Ein 22-Jähriger wurde zu drei Wochen Arrest und Sozialstunden verurteilt, die anderen freigesprochen.

Parteien (Hessen)

„Tag der Nationaldemokratie“

Zu einem „Tag der Nationaldemokratie“ lud die NPD Lahn-Dill ins angemietete Dorfgemeinschaftshaus „Haus der Begegnung“ nach Leun (Hessen), um eine nichtöffentliche Wahlkreisversammlung zur Bundestagswahl durchzuführen. Als Redner geladen waren der Bundesvorsitzende **Holger Apfel** sowie **Wolfgang Juchem**, Vorsitzender der revisionistischen *Aktion Freies Deutschland*. Mit **Marcel Haliti** (NPD Essen) und **Matthias Wächter** (NPD Dortmund) war auch Besuch aus NRW angereist.



Ein „Vereinter Skinhead“ in Stolberg

Verschiedenes

Rückschlag für die „Vereinten Skinheads“ (RLP)

Einen Rückschlag mussten die *Vereinten Skinheads* hinnehmen: Für den 19. Januar 2013 war eine „R.A.C.'n'Roll Party“ angekündigt, die die Polizei verhinderte. Nachdem schon die Anmietung einer Halle in Oberahr (Landkreis Westerwald) nicht geklappt hatte, löste die Polizei die Veranstaltung im Dorfgemeinschaftshaus von Wengenroth (Landkreis Westerwald) auf. Eine weitere Veranstaltung der Gruppe konnte bereits am 30. Juni 2012 im Westerwald ungestört stattfinden. Die Vereinten Skinheads gaben bekannt, im „Rheinland und Franken“ zu „agieren“. Dies ist dadurch zu erklären, dass einige von ihnen vom Westerwald nach Bayern verzogen sind und von dort Kontakt in die „Heimat“ pflegen (vgl. LOTTA #47). Die Neonazis treten auch als *Kameradschaft Ansbach* auf. Die Gruppe erklärte, sie hätte sich gegründet, um die „Szene voran zu treiben“. Ob die Selbstinszenierung einiger Mitglieder mit frischtätowierten Hakenkreuzen im Internet dabei behilflich sein soll, bleibt unklar.

Parteien (Hessen)

„Die Rechte“ in Hessen

Am 23. Februar wurde in Büdingen der *Die Rechte*-Kreisverband Wetterau gegründet, Vorsitzender wurde **Michael Jung**. Im Anschluss an den Landesparteitag am 23. März wurden auch ein KV Gießen und ein KV Werra-Meißner ins Leben gerufen. Letzterem steht der Ex-NPDler **Maik Mosebach** vor, Stellvertreterin und Schatzmeisterin ist seine Partnerin **Maria-Luise (Lisa) Süß-Lindert**, ehemalige Aktivistin der *Deutschen Frauenfront* (DFF) der *Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front* (GdNF) und Ex-Ehefrau des Neonazikaders **Christian Malcoci**. Der Landesparteitag beschloss die Gründung einer „Jugend-Jungorganisation“.
Ein Antritt bei den Landtagswahlen ist nicht geplant, man sei „nicht bestrebt, den Wünschen, Mutmaßungen linksautonomer oder Antifaschistisch motivierter politischer oder sonstiger Gegner in die Karten zu spielen, dass die Partei DIE RECHTE in Hessen, nationale Lager spaltet oder einen „Bruderkampf“ im Jahr 2013 gegen die, insbesondere hessische NPD, führen wird!“

Parteien (Hessen)

Neuorientierung der „Old Brothers“?

Die *Old Brothers* aus Echzell (Wetterau/Hessen) sind bisher durch das Veranstalten ekelhafter Partys und durch Straftaten bekannt geworden. Nach der Verurteilung ihres bekanntesten Vertreters **Patrick Wolf** scheinen sie nun neue Wege zu gehen. Für den 23. Februar meldete **Jan Kalbhenn** aus dem Umfeld der *Old Brothers* einen Infostand für *pro Deutschland* vor dem Butzbacher Bahnhof an, um Unterstützungsunterschriften für den Antritt bei der Bundestagswahl zu sammeln.

Christopher von Mengersen,Andre Schindler, Alexander Kern und Jörg Uckermann (v.l.n.r..) singen gegen „Asylmissbrauch"

Parteien (NRW)

„Pro NRW"-Personalia

In Dormagen verfügt *pro NRW* nicht länger über eine Fraktion im Stadtrat. Der vormalige Fraktionsvorsitzende und stellvertretende Landesvorsitzende **Daniel Schöppe** erklärte seinen Austritt aus der Partei. Schöppe hat nun mit dem ebenfalls ausgetretenen **Norbert Back** die Fraktion *Ein Herz für Dormagen* gegründet. Back war für den nach Solingen verzogenen **Stephan Hövels** in den Stadtrat nachgerückt. Hövels fungiert jetzt als *pro NRW*-Beauftragter für Solingen.

Den Fraktionsstatus wiedererlangt hat *pro NRW* dafür in Radevormwald. Der aus der Partei ausgeschlossene **Tobias Ronsdorf** legte sein Mandat nieder und machte Platz für den Nachrücker **Uwe Rhode-Müller**.

Dominik Roeseler (rechts), stellvertretender „pro NRW"-Vorsitzender, im Gespräch mit dem Mönchengladbacher NPD-Kreisvorsitzenden Christian Wintzen (am Rande der „pro NRW"-Kundgebung am 16. März 2013 in Mönchengladbach)

Am 11. Januar gründete sich der *pro NRW*-Kreisverband Ennepe-Ruhr. Vorsitzende ist **Peggy Hufenbach** aus Witten, ihr Stellvertreter **Hartmut Schwefel**. Weitere Mitglieder der *Piraten*-Partei sind zu *pro NRW* übergelaufen. Dem Duisburger **Andreas Winkler** (vgl. LOTTA #50, S. 49) folgten der ehemalige Sprecher des Kölner *Piraten*-Kreisverbandes **Oliver Wesemann** sowie **Barbara Richter** aus Brühl.

Am 8. März kam *pro NRW* in Leverkusen zusammen, u.a. um einen neuen Landesvorstand zu wählen. *Pro*-Chef Beisicht wurde ebenso wie Generalsekretär **Markus Wiener** im Amt bestätigt. Als stellvertretende Vorsitzende bestätigt wurden **Jörg Uckermann, Kevin Hauer** und **Wolfgang Palm. Dominik Roeseler** aus Mönchengladbach ersetzte den ausgetretenen Daniel Schöppe. Schatzmeisterin bleibt **Judith Wolter**. Schriftführer wurde **Tony Xaver-Fiedler**, seine Amtsvorgängerin **Claudia Gerhardt**wurde zur Beisitzerin gewählt. Neuer Landesgeschäftsführer ist **André Hüsgen**. Weitere Beisitzer wurden **Karel Schiele, Christopher von Mengersen, Susanne Kutzner, Udo Schäfer, Michael Gabel, Detlev Schwarz,Ulrich Manes, Hans-Joachim Adler, Thomas Heldman** und **Jörg Schadwill.** Nicht länger Beisitzer ist der ehemalige Dortmunder DVU-Landesvorsitzende **Max Branghofer**. Auch **Bernd M. Schöppe, Stephan Hövels** und **Stefanie Wohlfahrt** wurden nicht wiedergewählt. **André Picker** und **Jürgen Clouth** stehen weiter dem Schiedsgericht vor.

Einen NRW-Landesverband gründete der *pro NRW*-dominierte *Ring Freiheitlicher Jugend* (RFJ) im Februar. Vorsitzender ist **Andre Schindler** (*pro NRW* Gelsenkirchen), als Stellvertreter wurden **Alexander Kern** aus Ratingen (zuständig für das Rheinland) und **Nicolai Bodaghi Vandchali** aus Essen als Zuständiger für das Ruhrgebiet eingesetzt. Schriftführer ist **Nico Ernst**, *pro NRW*-Ratsherr in Bonn. Als Beisitzer fungieren **Stephan Avenwedde** (Bielefeld, zuständig für OWL) und **Christoph Schmidt** (Wuppertal, zuständig für das Bergische Land).

Der RFJ gründete sich im September 2012 als „überparteilicher, politischer Jugendverband". An der Gründung beteiligt gewesen sein sollen „die PRO-Bewegung, die Republikanische Jugend, Mitglieder der 'Freiheit' und der German Defence League". Ziel sei es, „die Einigung im freiheitlichem Spektrum voranzutreiben und die nächste Generation freiheitlicher Politiker in Deutschland auf ihre Aufgaben vorzubereiten".

Rechte Konzerte

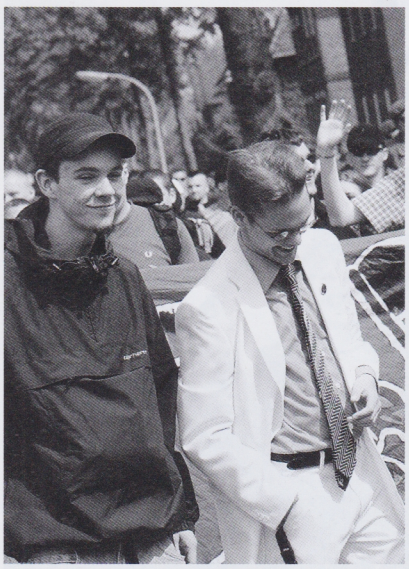
NRW-Statistik 2012 sowie KC- und „Hausverbot"-Auftritte

Man habe 2012 in NRW „acht rechtsextremistische Musikveranstaltungen" erfasst, so das NRW-Innnenministerium auf eine Anfrage eines Landtagsabgeordneten der *Piraten*: „zwei Liederabende, drei Konzerte sowie drei sonstige Veranstaltungen, bei denen rechtsextremistische Musik gespielt wurde". Angaben, wann und wo welche Bands vor wie vielen TeilnehmerInnen aufgetreten sind, wurden nicht gemacht. Die „überwiegende Anzahl der Veranstaltungen" sei „im Ruhrgebiet bzw. im erweiterten Ruhrgebiet durchgeführt" worden. Es seien „u.a. Auftritte der Skinhead-Bands '*Angry Bootboys*', '*Oidoxie*', '*Sleipnir*' und '*Non Plus Ultra*'" und maximal „ca. 200", ansonsten „ca. 50 bis 100 Personen" festgestellt worden. Nach Zählung der LOTTAwurden mindestens zwölf Veranstaltungen bekannt (vgl. Bericht vom 6. März auf *lotta-magazin.de/nrwrex*), darunter drei Auftritte von *Kategorie C*.
Die Band *Hausverbot* aus dem Odenwald trat am 25. Januar 2013 auf Einladung der Hooligan-Gruppe *Westwall Aachen* vor 60 TeilnehmerInnen in Herzogenrath-Kohlscheid auf. Das Konzert fand in *Lämmi's Sportsbar* statt, die von dem ehemaligen *Alemannia Aachen*-Spieler **Stephan Lämmermann** mitbetrieben wird. Angekündigt war allerdings nicht *Hausverbot*, sondern eine „*Böhse Onkelz* Cover Band". Am nächsten Tag trat die Band in Schaidt (RLP) auf, um u.a. Lieder der *Böhsen Onkelz*, *Krawallbrüder* und *4 Promille* zu covern. Unbekannt ist, ob *Hausverbot* auch beim nächsten angekündigten *KC*-Konzert in NRW am 8. Juni im „Ruhrpott West" als Vorband dabei sein wird.
Für den 9. Februar kündigte *KC* in der süd-westlichen Rhein-Neckar-Region zusammen mit *Hausverbot* eine Faschingsparty an. Die Stadt Fürth, angedachter Veranstaltungsort, verbot das Konzert. Stattdessen fand laut Eigenaussagen in Ludwigshafen ein Balladenabend mit zirka 200 TeilnehmerInnen statt. KC kündigte kurz darauf ein Konzert im Raum Kaiserslautern für den 3. August an. Am 18. Mai will die Bandim Raum Eschwege (Hessen) ein Konzert geben.

Neonazis aus NRW vor Gericht

Verurteilungen in Aachen und Wuppertal

Das Amtsgericht Aachen verurteilte am 4. März 2013 ehemalige Aktivisten und Sympathisanten der *Kameradschaft Aachener Land*(KAL) zu Haftstrafen von neun bzw. 21 Monaten sowie zwei Jahren. Sämtliche Strafen wurden zur Bewährung ausgesetzt. Die Angeklagten gaben an, im „Aussteigerprogramm" zu sein. Die Anklage gegen eine KAL-Aktivistin, Ehefrau des 27-jährigen Haupttäters, wurde eingestellt. Ursprünglich hatte die Staatsanwaltschaft den drei Männern im Alter zwischen 16 und 27 Jahren versuchten Totschlag vorgeworfen. Der Tatvorwurf wurde aber im Laufe der Gerichtsverhandlung auf gefährliche Körperverletzung abgemildert. Als erwiesen sah das Gericht an, dass die Angeklagten am 28. September 2011 in der Gemeinde Wassenberg (Kreis Heinsberg) mit einem Paar in Streit gerieten. Der Haupttäter schlug den 47 Jahre alten Mann mit einer Flasche nieder, bevor das Trio gemeinsam auf den am Boden Liegenden eintrat.
Am 15. März verurteilte das Amtsgericht Wuppertal die vier Wuppertaler Neonazis **Matthias Drewer**, **Rene Heuke**, **Michele Dasberg** und **Mike Dasberg**.Das Gericht sah es als erwiesen an, dass sie am 25. September 2011 an einem brutalen Überfall auf eine Gruppe linker FlohmarktbesucherInnen im Wuppertal Stadtteil Vohwinkel beteiligt waren. Eine größere Gruppe mit Holzknüppeln bewaffneter Neonazis schlug in der Nähe einer damaligen Neonazi-Wohngemeinschaft in der Kaiserstraße auf mehrere Menschen ein und verletzte diese teils schwer. Der bereits wegen anderer Delikte inhaftierte Drewer, seit Januar 2013 Wuppertaler Kreisvorsitzender der Partei *Die Rechte*, erhielt eine Haftstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten. Die anderen Angeklagten wurden zu Haftstrafen von zwei Jahren und zwei Monaten verurteilt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Die lokale Neonazi-Szene reagierte spontan mit einer Protestkundgebung auf die Urteile (siehe S. 40).



„Brotherhood Records"-Betreiber Dustin Guske (links) auf einem Aufmarsch 2005

RechtsRock (NRW)

„Brotherhood Records" aus Iserlohn

Unter dem Namen *Brotherhood Records* präsentiert sich seit einiger Zeit ein neonazistischer Versandhandel im Internet, der sich zugleich als Label versteht. Als Inhaber gibt sich **Dustin „Zappel" Guske** zu erkennen, der als Kontaktadresse ein Postfach in Beckum (Kreis Warendorf, NRW) angibt. Sitz des Unternehmens ist aber Iserlohn (Märkischer Kreis, NRW). Guske zählte einst zur *Kameradschaft Hamm*, zog später nach Dortmund. Er suchte die Nähe der Dortmunder Band *Oidoxie*, obwohl er sich eigentlich eher als „Autonomer Nationalist" verstand. Insbesondere das neonazistische *Blood&Honour*-Netzwerk – in dem sich *Oidoxie* bewegt(e) – schien es ihm angetan zu haben. Politisch hatte er allerdings mit seiner Nähe zu *Oidoxie* im Dortmunder Raum einen immer schwereren Stand, dem *Nationalen Widerstand Dortmund* galt die Band und ihr Umfeld als kommerzorientiert und von Spitzeln durchsetzt. Guske ist an der im Sauerland beheimateten Band *Sturmrebellen* beteiligt, an deren 2012 erschienener CD „Mein Leib in Heimat Erde" er mitwirkte.

Parteien (RLP)

NPD schrumpft sich handlungsfähig

Am 21. Januar wurde die „Neugliederung" der rheinland-pfälzischen NPD bekanntgegeben, um „organisatorisch handlungsfähig zu bleiben". In Zukunft gibt es nur noch vier Kreisverbände. Der Kreisverband Westerwald um **Christian Steup** wächst um Koblenz und Ahrweiler, da diese Kreisverbände durch den Prozess gegen das *Aktionsbüro Mittelrhein* lahmgelegt sind.

Die Vorderpfalz und Ludwigshafen werden nicht mehr von **Christian Hehl**, sondern von **Klaus Armstroff** „geführt" und dem Kreisverband Deutsche Weinstraße zugeschlagen. Armstroff versteht sich ausgezeichnet mit den Neonazis vom *Aktionsbüro Rhein-Neckar* und stellt diesen die Partei als Struktur zur Verfügung.

Der Kreisverband Westpfalz um **Sascha Wagner**, **Markus Walter** und die zugezogene **Ricarda Riefling** übernehmen die bisherigen Kreisverbände Donnersberg, Worms und Alzey-Worms. Der Kreistagsabgeordnete und Kreisvorsitzende **Klaus Acker** hat die NPD verlassen, was die Partei auch ein Kreistagsmandat kostete.

Um **Ingo Helge** und den Kreisverband Naheland war es schon länger still. Jetzt gehört Mainz zum 150 km entfernten Kreisverband Trier und wird von **Safet Babic** „betreut". Der Landesverband ist weiterhin zerstritten, offene Schlammschlachten bleiben aber seit einiger Zeit aus, die beiden Flügel haben sich arrangiert. So nahm die Landesvorsitzende **Dörthe Armstroff** am Politischen Aschermittwoch der NPD Saar teil, während der Kreisverband Westpfalz den ehemaligen SPDler und amtierenden Bürgermeister **Hans Püschel** eingeladen hatte.

Auch sind die politischen Ziele verschieden: Die „Westpfälzer" versuchen sich an der kommunalen Verankerung nach sächsischem Vorbild. Ihre personelle Basis ist jedoch sehr überschaubar. Die Armstroffs orientieren sich an völkischen Strukturen und versuchen eine völkische Parallelwelt zu schaffen. Auch die neugegründete JN um **Stephan Böttcher** ist so ausgerichtet. Safet Babic aus Trier verfolgt vor allem ein Ziel: Safet Babic möglichst bekannt zu machen.

Verschiedenes

Rechtslastige Security

Nicht nur unsägliche Arbeitsbedingungen von LeiharbeiterInnen in deutschen Logistikzentren von *Amazon* deckte ein Beitrag des *Hessischen Rundfunks* im Februar auf. Auch den Sicherheitsdienst der Filiale in Bad Hersfeld, von dem die oft nichtdeutschen Saisonarbeitskräfte schikaniert wurden, thematisierte die Reportage. Mitarbeiter der Firma mit dem Namen *H.E.S.S. Security* – was für *Hensel European Security Service* steht – fielen durch *Thor Steinar*-Kleidung auf. Über die Homepage konnte Kleidung der rechten Kasseler Marke *Commando Industries* bezogen werden. Darüber hinaus gehören einzelne Mitarbeiter der Hooligan-Szene an beziehungsweise verfügen über Verbindungen in die Neonaziszene. Der Geschäftsführer will von all diesen Bezügen nichts gewusst haben, untersagte jedoch per Dienstanweisung *Thor Steinar*-Kleidung, die Firma wurde in *Hensel Security* umbenannt. *Amazon* beendete die Zusammenarbeit sowohl mit dem Sicherheitsdienst wie auch mit der Zeitarbeitsfirma.

Von Jörg Kronauer

Beherzt zupacken

Der VDSt Münster und die Junge Union

In der Jungen Union Münster – und nicht nur dort – gehen Rechtskräfte in die Offensive. Einige von ihnen sind im Verein Deutscher Studenten (VDSt) aktiv.

Das Foto machte die Runde in Nordrhein-Westfalen. Erst druckte die Lokalpresse in Münster es ab, dann *Der Westen*, und schließlich fand man es sogar beim WDR: ein Gruppenbild des frisch gewählten Vorstands der *Jungen Union Münster*, der stolz unter zwei Flaggen posierte – unter einer schwarz-rot-goldenen und einer schwarz-weiß-roten. Wollte die *Junge Union* (JU) nach der verlorenen Schlacht um den Münsteraner Hindenburgplatz (vgl. LOTTA #49, S. 4 ff.) sich jetzt direkt dem Deutschen Reich unterstellen? Waren gar leicht verwirrte „Reichsbürger" am Werk, die der Ansicht sind, das Deutsche Reich bestehe unerkannt bis heute fort? Gott bewahre, hieß es umgehend bei der JU: Man habe sich lediglich beim Münsteraner *Verein Deutscher Studenten* (VDSt) getroffen, und da sei dessen Verbandsfahne halt mit aufs Foto geraten – ganz zufällig natürlich. Es half nichts: Der WDR stellte das Foto im Internet neben eines von demonstrierenden Nazis mit Reichsflagge, von der CDU gab's ein Donnerwetter – und die JU zog das Provo-Foto kleinlaut zurück.

Traditionell-konservativ?

Der *Verband der Vereine Deutscher Studenten* (VVDSt), dessen Vereinsfahne Ende 2012 ungekannte Aufmerksamkeit erfuhr, ist keiner der ganz großen, aber durchaus einer der politisch aktiven Korporations-Dachverbände. Gegründet 1881 von Studenten, die sich im damaligen Antisemitismusstreit als Unterstützer **Heinrich von Treitschkes** („Die Juden sind unser Unglück") zusammengetan hatten, besteht er bis heute in annähernd 40 Städten Deutschlands, Österreichs und Ungarns fort. Er nimmt ausschließlich Männer auf, die sich der „deutschen Kultur" verbunden fühlen, schlägt keine Mensuren und trägt keine Couleur. Verbandsfarben hat er dennoch

– das Schwarz-weiß-rot des Kaiserreichs, „als Symbol der nationalen Einigung von 1871", wie es in einer Selbstdarstellung heißt. In Münster ist der VDSt seit 1902 registriert, er geht in diesem Frühjahr in sein 222. Couleursemester.
Innerhalb des Verbandes ordnet er sich selbst auf dem rechten Flügel ein: Man habe sich in den 1990er Jahren „stark den traditionell-konservativen und korporativen Elementen" zugewandt, teilt er auf seiner Website mit.
Der VDSt Münster ist eng mit der örtlichen JU verflochten. Seine aktuell 18 Männer umfassende Aktivitas stellt mit **Christoph Sluka**, **Michael Kosmider** und **Sebastian Seelhof** drei Vorstandsmitglieder der *Jungen Union Münster*; Sluka ist gar stellvertretender Vorsitzender. Die Beziehungen sind seit Jahren gewachsen. Bereits 2009 hatte der VDSt der Parteijugend der Konservativen seine Räumlichkeiten in der Grimmstraße für ihre Weihnachtsfeier zur Verfügung gestellt. Diese veröffentlichte schon damals ein Foto im Internet, auf dem die Verbandsfahne über ihrer Feier wehte, und berichtete stolz, „mit dem CDU-Landtagskandidaten **Josef Rickfelder** und dem CDU-Kreisvorsitzenden **Stefan Weber**" habe sie im VDSt-Haus „gleich zwei Münsteraner 'Politgrößen'" neben schwarz-weiß-rotem Equipment begrüßen dürfen. Der VDSt hat in den letzten Jahren mehrfach CDU-Politiker zu Vorträgen geladen, darunter den NRW-Landtagsabgeordneten **Thomas Sternberg** oder den Europaparlamentarier **Markus Pieper**. Auch der Münsteraner CDU-Bundestagsabgeordnete **Ruprecht Polenz** ist beim VDSt Münster zu Gast gewesen, wenngleich er gewisse Differenzen zumindest mit einem Teil des VDSt hat.
Letzteres zeigte sich deutlich in den Auseinandersetzungen um die Umbenennung des Münsteraner Hindenburgplatzes. Während Polenz die Umbenennung befürwortete, agitierte die JU aggressiv für die Beibehaltung des Namens – die VDSt-Mitglieder der Parteijugend inbegriffen. Vor allem Sluka, der auch als Sprecher der Initiative *Pro Hindenburgplatz* auftrat und Gründungsmitglied des Vereins *Ja zum Hindenburgplatz* war, tat sich dabei hervor. „Man sollte das Leben Hindenburgs nicht auf die Jahre 1933 und 1934 beschränken", dozierte er in einem Interview mit dem Rechtsaußen-Blatt *Junge Freiheit* (JF) im August 2012. Auf die Frage, wieso sich die JU für die Beibehaltung des Namens einsetze, antwortete der VDSt-Mann: „Es ist heute wichtig, ein klares Profil zu zeigen und nicht wie ein Fähnlein im Wind zu wehen." Das „klare Profil", das die JU Münster unter der schwarz-weiß-roten Fahne und im Kampf für den Namen Hindenburg zeigt ist das Profil des harten rechten Parteiflügels, der, angewidert vom **Merkel**'schen Mitte-Kurs, allzu gern wieder in die Offensive ginge. In Münster mischen dabei auch VDSt-Aktivisten mit – und nicht nur dort.

Rechter Flügel

Auf dem rechten CDU-Parteiflügel ist in diesem Sinne zuletzt vor allem die *Aktion Linkstrend stoppen* aktiv geworden. Im November 2010 hatte etwa der VDSt Breslau-Bochum deren Pressesprecher **Michael Nickel** zum Vortrag geladen. Nickel, Alter Herr der *Sängerschaft Borussia Berlin*, stieß beim VDSt in Bochum auf reges Interesse. Wenige Wochen später hielt **Alexander Röhlig** beim Bochumer VDSt einen Fuxenvortrag. Röhlig schrieb damals recht häufig auf dem ultrarechten Internetportal *Blaue Narzisse*, für deren Bochumer „Stammtisch" er zeitweise warb. Unter anderem berichtete er auf der Website über die Aktivitäten von *pro NRW*. Die *Aktion Linkstrend stoppen* findet darüber hinaus Unterstützung beim VDSt. So hat **Johannes Lihl** vom VDSt Bremen und erster stellvertretender Vorsitzender des Bremer Landesverbandes der JU ihr Manifest unterzeichnet.
Der VDSt Bremen ist zur Zeit der bekannteste Rechtsausleger seines Dachverbandes. Vor einiger Zeit lud er **Felix Menzel**, Chefredakteur der *Blauen Narzisse*, zum Vortrag ein. „Eine mutige Entscheidung [...], auch einmal den Blick über den Tellerrand des politischen 'Mainstreams' der 'Political Correctness' zu wagen", schrieben die Bremer Verbandsbrüder. Neben dem schwarz-weiß-roten Wappen des VDSt Bremen referierten zum Beispiel auch **Gerd Schultze-Rhonhof**, der die deutsche Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg leugnet, und **Jan Timke** (*Bürger in Wut*, Vortragsthema: „Ausländerkriminalität im Bundesland Bremen"). Ein Alter Herr des Bremer VDSt, **Bastian Behrens**, fungiert zudem als offizieller Ansprechpartner für die Kommanditgesellschaft der JF und als PR-Mann der *Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung*, die im direkten politischen Umfeld der JF angesiedelt ist. „Die Lage der Konservativen ist in Deutschland nicht rosig", hatte Behrens im Juli 2011 in der JF geklagt; doch sei das „kein Grund, die Flinte ins Korn zu werfen". Stattdessen müsse die Rechte endlich wieder „zum beherzten Zupacken" übergehen. Es gebe Medien, die man dafür nutzen könne – „*Junge Freiheit*, *Blaue Narzisse* und *Sezession* sind Beispiele dafür" –, aber auch Organisationen, in denen man sich engagieren könne: „Studenten- und Schülerverbindungen haben wieder neu aufgemacht."
Man darf unterstellen, dass Autor Behrens seine eigene Verbindung, den VDSt, zu den aus rechter Sicht politisch nützlichen Kräften zählt.

Foto: Bundesarchiv

Von Mark Haarfeldt

Ein folgenschweres Bündnis

Das Ende der Weimarer Republik

„In zwei Monaten haben wir Hitler in die Ecke gedrückt, daß er quietscht." Diese Worte werden Franz von Papen zugewiesen, der sie einem Bekannten kurz nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler anvertraut haben soll. Dass hier ein hohes Maß an Selbstüberschätzung vorlag, sollten die kommenden Monate beweisen. Doch das Verhältnis zwischen Konservativen und Nationalsozialisten war nicht allein von Konkurrenz, sondern vielmehr von ideologischen Überschneidungen und Bündnissen geprägt.

Als nach dem „Schwarzen Donnerstag" im Oktober 1929 die Weltwirtschaftskrise ausbrach, erfasste sie Deutschland sehr schnell. In den folgenden Jahren explodierte die Arbeitslosenzahl und zahlreiche Wirtschaftszweige erlitten massive Einbußen, die die deutsche Ökonomie über mehrere Jahre lähmten. Im Spätsommer 1932 erreichte die Republik die Talsohle der Krise. Mehr als 5,5 Millionen Menschen waren arbeitslos. Die Sozialleistungen erschöpften die staatlichen Kassen

Innenpolitisch hatte der Börsencrash zur Konsequenz, dass ab 1930 bis zum Ende der Republik aufgrund der schwerwiegenden wirtschaftlichen und politischen Komplikationen Präsidialkabinette entstanden, die keine parlamentarische Mehrheit besaßen. Wurde das Kabinett von **Heinrich Brüning** noch vom *Zentrum* und der SPD unterstützt, hatten die Kabinette von Franz von Papen und **Kurt von Schleicher** fast nur die Unterstützung von Reichspräsident **Paul von Hindenburg**. Die Krise des Parlamentarismus der ersten Republik dominierte die politische Szenerie und sorgte für eine antidemokratische Stimmung in der Bevölkerung. Der Trend zeigte sich nicht nur im rasanten Aufstieg der NSDAP, sondern war auch bei den Protagonisten der Präsidialkabinette sichtbar. Zusätzlich tobte auf den Straßen ein Kampf, der nicht nur zwischen Kommunisten und Nationalsozia-

listen ausgetragen wurde, sondern die Republik als Ganzes tangierte und sie fundamental in Frage stellte. Die „zerrissene Gesellschaft" drohte endgültig zu kollabieren. Die Frage war: Welches Modell sollte sie ersetzen?
In der Mitte des Jahres 1932 begann die Transformation der Republik, die zuerst vor allem von konservativen Kräften in Regierungsverantwortung forciert wurde. Franz von Papen war bereits in den 1920er Jahren ein Kritiker der parlamentarischen Demokratie. Motiviert von einem starken Antikommunismus strebte er eine Eindämmung demokratischer Grundrechte an. Als Reichskanzler und Vertrauter von Paul von Hindenburg hatte er seit dem Frühjahr 1932 die Gelegenheit, seine politischen Vorstellungen von einem autoritären System umzusetzen, das ohne erheblichen parlamentarischen Einfluss agieren konnte.

Der Preußenschlag

Waren die Debatten über eine Reformierung der Republik zu einem autoritären Staat vor 1932 überwiegend theoretischer Natur, wurde die Wahl zur preußischen Nationalversammlung im April 1932 ein wichtiger Anlass, nun praktisch aktiv zu werden. Aufgrund des Wahlerfolges der NSDAP entstand keine Regierung aus den Parteien der Weimarer Koalition. Somit wurde eine Minderheitenregierung unter Führung des alten Ministerpräsidenten **Otto Braun** gebildet. Eine preußische Landesregierung ohne parlamentarische Mehrheit empfand Papen jedoch als unproduktiv. Auf seinen Wunsch hin erließ deshalb Reichspräsident Paul von Hindenburg am 14. Juli eine Notverordnung, die es Papen ermöglichte die Landesregierung abzusetzen und sich als Reichskommissar einzusetzen. Als die SA am 17. Juli durch die kommunistisch geprägte Altonaer Altstadt marschierte, kam es zuschweren Unruhen. Dies diente Papen prompt als Anlass für die Anwendung der neuen Notverordnung, da die „öffentliche Ordnung und Sicherheit" gefährdet sei. Der „Preußenschlag", also die Absetzung der preußischen Landesregierung, rief keinen effektiven Widerstand der demokratischen Parteien hervor, stellte einen fundamentalen Eingriff in die staatsrechtliche Konstitution der Republik dar und war damit der Prototyp ihrer Abschaffung.
Trotz der kommissarischen Führung von Preußen konnte Papen seine Reichskanzlerschaft nur noch wenige Wochen fortführen. Ermutigt vom Erfolg in Preußen, kursierten nun Gerüchte in der Hauptstadt, dass der neu gewählte Reichstag nun endgültig ausgeschaltet werden sollte. Wie in Preußen wollte Papen eine kommissarische Regierung bilden, die mit autoritären Vollmachten vom Reichspräsidenten ausgestattet werden sollte. Nur durch einen Schlupfwinkel in der Geschäftsordnung des Reichstages wurde Papen mit den Stimmen fast aller Parteien abgesetzt. Der Reichstag löste sich auf, innerhalb von wenigen Monaten musste die Bevölkerung erneut wählen.

Verhandlungen zwischen NSDAP und Konservativen

Als Nachfolger Papens wurde Kurt von Schleicher ernannt. Schleicher war bereits im Kabinett Papen als Reichswehrminister aktiv gewesen und übte darüber hinaus auch einen erheblichen Einfluss auf die innenpolitische Entwicklung aus. Obwohl die Reichswehr politisch keine homogene Fraktion war, unterstützten zahlreiche hochrangige Generäle Schleicher. Parteipolitische Unterstützung besaß er nur punktuell. Dagegen vertraute ihm der alte General Paul von Hindenburg. Doch gerade die schwierige politische Konstellation, die keine Mehrheiten zuließ, führte zu einer weiteren Verschärfung auf dem politischen Parkett. Kurz vor den Wahlen war völlig unklar, ob die bisherigen Präsidialkabinette und ihre politische Unterstützung nach dem Urnengang weiterhin ihre Machtposition behielten. Die NSDAP war trotz eines Rückschlags nach der Landtagswahl in Lippe weiterhin die maßgebende politische Kraft im Reich. Ein weiterer politischer Rückschlag für die konservative Gruppe um Hindenburg musste automatisch zu einer Annäherung an die NSDAP führen, um die Reichsregierung zu bilden. Die Wahlen 1932 brachten weder für die Reichsregierung Schleicher noch für die NSDAP einen entscheidenden Durchbruch. Die NSDAP verlor fast fünf Prozent. Die konservativen Parteien gewannen unbedeutend dazu. Einzig die KPD konnte Gewinne verzeichnen, die aber keine praktischen Auswirkungen hatten. Die parlamentarische Pattsituation blieb bestehen, so dass die Frage, welche Parteien am nächsten Präsidialkabinett teilnehmen würden, im folgenden Dezember und Januar die politischen Kreise beschäftigte.
Die Verhandlungen zum neuen Kabinett wurden nun in den folgenden Wochen zu einer zähen Angelegenheit für die Konservativen. Wie im Sommer 1932 bestand Hitler darauf, dass ein „Führer" nicht in ein Kabinett als Vizekanzler eintreten könne. Papen, der die Verhandlungen seitens der Konservativen führte, musste sich angesichts der starren Haltung der NSDAP Ende Januar 1933 der Forderung fügen. Der Kompromiss sah vor, dass die NSDAP neben Hitler noch drei Ministerposten im Kabinett erhielt, unter anderem das Reichsinnenministerium. Papen übernahm das Amt des Vizekanzlers, die anderen Reichsminister kamen überwiegend aus der DNVP bzw. waren parteilos.

Das folgenschwere Bündnis

Dass das Bündnis zwischen Nationalsozialisten und Konservativen im Januar 1933 zustande kam, war nicht nur ein Ergebnis der politischen Realitäten, sondern gleichzeitig auch ideologischer Überschneidungen. Beide Fraktionen waren radikale Gegner der Republik. Das Ziel, sie abzuschaffen und ein autoritäres System zu errichten, vereinte beide Gruppen und war Grundbedingung für ernsthafte Koalitionsverhandlungen. Dass es bei den Gesprächen nicht darum ging, wie das zukünftige politische System konkret auszusehen hätte, war angesichts des Optimismus der Konservativen, die NSDAP unter Kontrolle zu haben, nicht verwunderlich. Papen und Hindenburg sahen die NSDAP als Notwendigkeit, um die staatlichen Institutionen nach ihrem Willen umzuformen. Nach Beendigung dieses Prozesses sollte die NSDAP keine politische Funktion mehr übernehmen. Die Vorstellung, dass der „böhmische Gefreite", wie Reichspräsident Paul von Hindenburg Hitler nannte, in einem Kabinett von etablierten Politikern die Zügel in der Hand halten könne, gab es in der Welt des *Zentrums*-Politikers Papen schlicht und ergreifend nicht.

Das Ermächtigungsgesetz

Die Transformierung und Konsolidierung des „neuen Deutschlands" gelang nicht nur, weil die NSDAP rigoros gegen politische Feinde vorging – so nach dem Reichstagsbrand Ende Februar 1933 –, sondern auch, weil die Konservativen diese Politik unterstützten. Besonders die Schritte, die eine Beschneidung der Befugnisse des Reichstages bedeuteten, wurden von der konservativen Fraktion in der Reichsregierung unterstützt. Das Ermächtigungsgesetz, das die Auflösung aller Parteien außer der NSDAP bedeutete, war ein wichtiger Schritt, dem in konservativen Kreisen verhassten „Parteiensystem von Weimar" ein Ende zu setzen und gleichzeitig mit dem Ein-Parteien-System den Garant für eine Diktatur zu schaffen. Dass die konservative Strömung innerhalb des Kabinetts im Sommer 1933 stetig aus der Verantwortung gedrängt wurde, musste sie akzeptieren. Denn auch bei den Wahlen im März 1933, erzielte die NSDAP weit über 40 Prozent der Stimmen und war damit quasi politisch unantastbar. Auch in anderen Schlüsselfunktionen, wie der Polizei oder dem Militär, sicherte sich die Partei wichtige Positionen. Die Konservativen dagegen waren sich nicht einig, wie dieses Tempo zu bewerten war. Zahlreiche Mitglieder traten nach dem Wahlerfolg des Nationalsozialismus aus der DNVP aus und gingen zur NSDAP. **Franz Seldte**, Vorsitzender des *Stahlhelms*, wurde im Sommer 1933 SA-Obergruppenführer. Der konservative Flügel existierte zum Ende des Jahres 1933 nur noch rudimentär und hatte keinerlei politischen Einfluss auf die Geschäftspraxis des Reiches.

Foto: Bundesarchiv

Das „neue Deutschland"

In dieser Konstellation der Machtausübung durch die Nationalsozialisten war es vor allem Hindenburg, der als letzter Politiker der „alten Garde" noch aktiv die Nationalsozialisten hätte bremsen können. Doch gerade die politische Transformation zu einem autoritären Regime, der radikale Antikommunismus, der sich besonders durch die Verhaftungswelle – bei der innerhalb von wenigen Monaten Zehntausende politische Gegner und Gegnerinnen festgenommen, verschleppt und gefoltert wurden – äußerst brutal darstellte, und der außenpolitische Bruch mit dem Völkerbund im Herbst 1933 waren kein Anlass für den Reichspräsidenten, mäßigend auf die Entwicklung Einfluss zu nehmen. Stattdessen waren die Maßnahmen der Nationalsozialisten für Hindenburg und sein Umfeld notwendige Schritte, um Deutschland zu „alter Stärke" zurückzuführen. Alle verfassungswidrigen Anordnungen und Gesetzesveränderungen wurden von Hindenburg getragen und trafen auf seine Zustimmung. Der „Tag von Potsdam", als Hitler symbolträchtig dem in seiner alten Galauniform auftretenden Reichspräsidenten die Hand reichte, galt deshalb nicht nur als Tag der Aussöhnung zwischen dem „neuen" und dem „alten" Deutschland, sondern gleichzeitig auch als Signal, welche politischen Kräfte das „neue Deutschland" aufbauen würden. In einer Kooperation zwischen deutschem Konservatismus und Nationalsozialismus wurde die erste Republik abgeschafft.

Von Günter Born

Nazis – Naumann – Nationale Sammlung

Zur Frühgeschichte der FDP in Nordrhein-Westfalen

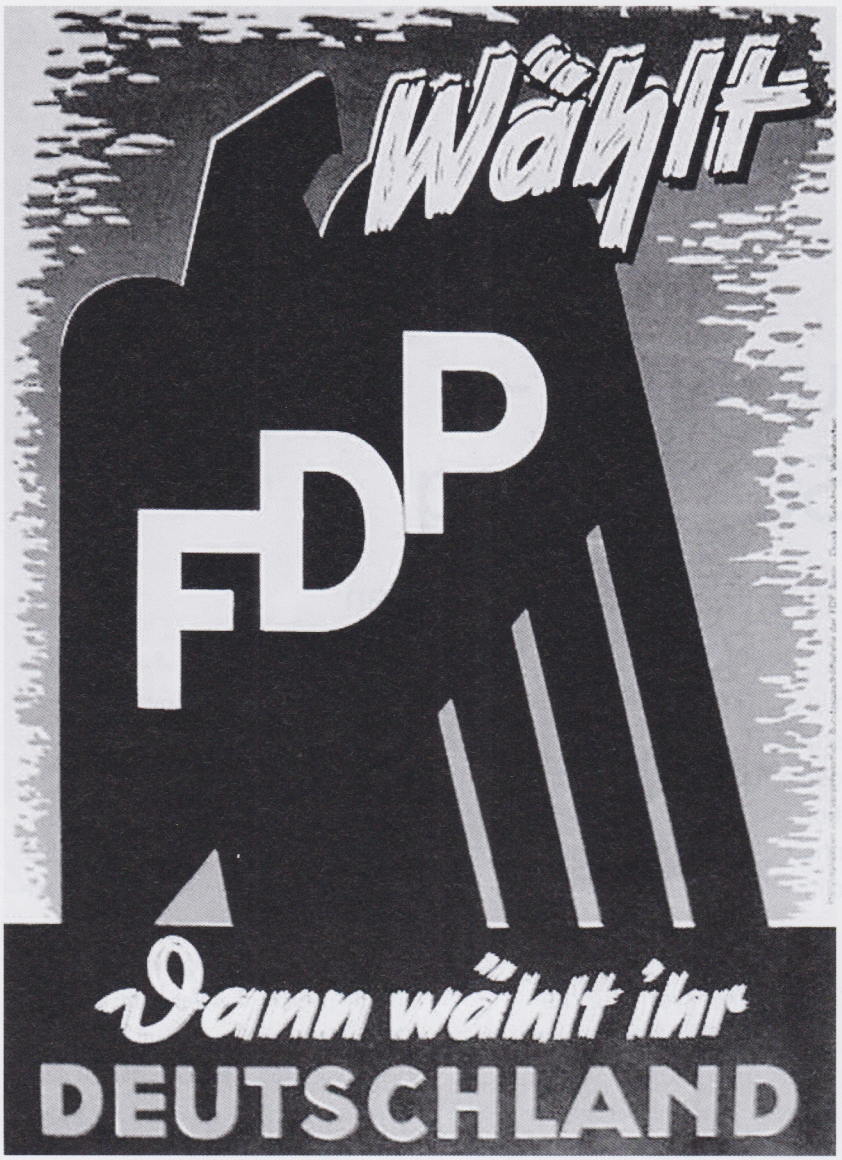
Ende Februar 1956 überschlugen sich in der NRW-Landespolitik die Ereignisse. Durch ein konstruktives Misstrauensvotum wurde Ministerpräsident Karl Arnold (CDU) gestürzt. Abgeordnete der FDP und des Zentrums waren aus der Regierungskoalition mit der Union ausgeschert und hatten den SPD-Kandidaten Fritz Steinhoff (SPD) ins Amt gehoben. Der Koalitionsbruch kam einem kleinen politischen Erdbeben gleich.

Zum einen stellte der Seitenwechsel der Liberalen die kaum zu erschütternde Stabilität des auf Bundesebene regierenden Bürgerblocks unter Bundeskanzler **Konrad Adenauer** (CDU) in Frage. Zum anderen hätte noch einige Monate zuvor kaum jemand eine Koalition zwischen SPD und Liberalen in NRW für möglich gehalten. Die Politik der NRW-FDP war nicht nur von einer Frontstellung gegenüber der Sozialdemokratie geprägt, sondern auch durch Versuche, sich rechts von der *Union* zu profilieren. Verwundert vom sich anbahnenden Koalitionsbruch zeigte sich daher der vormalige FDP-Vorsitzende und amtierende Bundespräsident **Theodor Heuss**. In einem privaten Brief bezeichnete er Anfang Februar 1956 die Freien Demokraten an Rhein und Ruhr abschätzig als „Nazi-FDP".

„Wiederergreifung der Macht"? Die Naumann-Verschwörung

Heuss bezog sich dabei auf einen politischen Skandal, der drei Jahre zurücklag. Im Januar 1953 waren in Düsseldorf, Solingen und Hamburg insgesamt acht ehemals hochrangige NS-Funktionäre von britischen Sicherheitsoffizieren auf Grundlage des Besatzungsstatuts festgenommen worden. Unter ihnen befanden sich der frühere Staatssekretär im Reichspropagandaministerium **Werner Naumann**, der vormalige Reichsstudentenführer und Gauleiter von Salzburg **Gustav Scheel**, der frühere Gauleiter von Hamburg **Karl Kaufmann**, der ehemalige SS-Brigadeführer **Paul Zimmermann** und **Karl Bornemann**, der als HJ-Gebietsführer fungiert hatte. Die britischen Behörden verdächtigten die Gruppe, die „Wiederergreifung der Macht in Westdeutschland" geplant und „antiwestliche Anschauungen und Richtlinien" verbreitet zu haben.

Obgleich keiner der Festgenommenen der FDP angehörte, bewegten sich einige von ihnen im Umfeld des NRW-Landesverbandes. Vorangegangene Observationen und beschlagnahmte Dokumente nährten den Verdacht, dass der Kreis um Naumann geplant habe, den Parteivorstand systematisch zu unterwandern. Diese Vorgänge sind als „Naumann-Affäre" oder „Gauleiter-Verschwörung" in die Geschichte der Bundesrepublik eingegangen. Mit Blick auf die erste Hälfte der 1950er Jahre wird oftmals auch von der „unterwanderten FDP" (**Heinz-Georg Marten**) gesprochen. Die massenhafte Aufnahme belasteter Nationalsozialisten in die FDP verlief jedoch keineswegs heimlich. „Nationale Sammlung" lautete das in aller Offenheit verkündete politische Konzept, mit dem der nordrhein-westfälische FDP-Vorsitzende **Friedrich Middelhauve** einen „dritten Block" rechts der *Union* schaffen wollte. Tatsächlich entwickelte sich seine Partei zu einem zeitweiligen Biotop extrem rechter Demokratiefeinde.



„Nationale Sammlung" – Liberalismus ohne Liberale?

Die Voraussetzungen hierfür waren bereits in der Entstehungsgeschichte des im Mai 1947 gegründet Landesverbandes angelegt. Im Gegensatz zu den Freien Demokraten in Südwestdeutschland, die nach 1945 an die Traditionen eines an Rechtsstaatlichkeit, parlamentarischer Demokratie und individueller Freiheit orientierten Honoratiorenliberalismus anzuknüpfen versuchten, fehlten derartige Bezüge der FDP in NRW fast vollständig. In ihrer scharfen Abgrenzung zum katholischen und sozialdemokratischen Milieu repräsentierten die „Liberalen" dort vor allem jene bürgerlichen Schichten, die schon der Weimarer Demokratie distanziert gegenübergestanden und seit dem Ende der 1920er Jahre dem NS den Weg zur Macht geebnet hatten. Zudem gerierte sich die Partei als Sprachrohr für all jene, die sich zu Opfern angeblicher alliierter „Willkürherrschaft" stilisierten. Im Millionenheer der durch den Zusammenbruch des NS Enttäuschten und Deklassierten erblickte Middelhauve die Massenbasis seiner national ausgerichteten FDP.

Der Verleger, der sich am Ende der Weimarer Republik in der autoritären *Deutschen Staatspartei* engagiert hatte, propagierte schon im Dezember 1945 die Gründung einer antiklerikalen und antisozialistischen Partei, in der „die natürlich national und vaterländisch empfindenden Kräfte unseres Volks [...] eine politische Heimat finden" sollten.

In seiner Rede auf dem Münsteraner Landesparteitag postulierte Middelhauve im Juli 1951 die Öffnung der Partei für alle, die „den guten Willen hatten und haben, dem Vaterland beim Aufbau einer zukunftsstarken Demokratie als einer echten Lebensform in einer echten Volksgemeinschaft zu dienen". Die FDP sei die „Wahrerin des Reichsgedankens, des Gedankens der deutschen Einheit, die einzige Partei, die als große Sammelpartei hierfür in Frage kommt".

Zum inhaltlichen Schwerpunkt des Landesverbandes avancierte die Forderung nach einem rigorosen Schlussstrich unter die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit. Die FDP polemisierte gegen die von ihr als „Unrecht" und „Unfug" denunzierten Entnazifizierungsverfahren und präsentierte sich als lautstarke Fürsprecherin einer breit angelegten Kampagne für eine „Generalamnestie", die der Ahndung von NS-Verbrechen ein Ende setzen sollte.

„Unterwanderung" oder „systematisch betriebene Integration?

Ausgearbeitet wurden diese Positionen nicht nur vom Landesvorsitzenden, sondern von einer Reihe ehemals hochrangiger NS-Funktionäre, die unter dem Dach der FDP oder in deren Umfeld Vergangenheitspolitik in eigener Sache betrieben. Eine zentrale Rolle kam beispielsweise **Wolfgang Diewerge** zu, der als persönlicher Sekretär Middelhauves firmierte. Er entwarf dessen Reden, beteiligte sich an der Formulierung programmatischer Positionen und organi-

sierte parteiinterne Schulungen. Sein Handwerk hatte der Jurist beim *Völkischen Beobachter* gelernt, bevor er im Propagandaministerium zum Leiter der Rundfunkabteilung aufstieg. Als Verfasser zahlreicher antisemitischer Traktate kann Diewerge, so der Historiker **Ulrich Herbert**, als „einer der radikalsten antijüdischen Publizisten" des NS-Regimes bezeichnet werden. Sein Engagement für die FDP war auf Vermittlung von **Friedrich Grimm** zustande gekommen. Der Rechtsanwalt hatte sich in nationalistischen Kreisen schon während der Weimarer Republik als Verteidiger von Freikorpsaktivisten einen Namen gemacht. Als Stichwortgeber besonders für deren vergangenheitspolitischen Positionen erfreute sich der Mitbegründer der extrem rechten Zeitschrift *Nation und Europa* in der FDP-Führung höchster Wertschätzung.

Die einflussreichste Figur der „Nationalen Sammlung" war jedoch **Ernst Achenbach**. Der Landtagsabgeordnete, der bis 1953 auch als außenpolitischer Sprecher der Partei firmierte und über beste Kontakte sowohl zu Ruhrindustriellen als auch zum Kreis um Naumann verfügte, konnte ebenfalls auf eine NS-Karriere zurückblicken. Zwischen 1940 und 1943 hatte er die Politische Abteilung der Deutschen Botschaft in Paris geleitet und war in diesem Kontext organisatorisch in die Deportationen der französischen Jüdinnen und Juden eingebunden gewesen. Nach 1945 eröffnete er in Essen eine Rechtsanwaltskanzlei und profilierte sich als einer der umtriebigsten Lobbyisten der Kampagne für eine Generalamnestie. Unterstützung erhielt er von seinem Mitarbeiter **Werner Best**. Der ehemalige hochrangige Funktionär des Reichssicherheitshauptamtes baute nicht nur eine effektive *Kameradenhilfe* für NS-Täter auf, sondern war zudem als Rechtsberater des FDP-Landesverbandes beschäftigt.

Diese Beispiele waren keineswegs Einzelfälle. Insgesamt habe es sich, urteilt der Historiker **Kristian Buchna**, bei der Personalpolitik der NRW-FDP um „eine systematisch betriebene Integration, nicht aber um eine unwillentliche oder gar unwissentliche Unterwanderung durch unliebsame Kräfte gehandelt". Der Kurs der „Nationalen Sammlung" wurde auch von jenen mitgetragen, die im Februar 1956 der SPD in NRW zur Macht verhelfen sollten. Dies galt sowohl für **Willy Weyer** – ehemals NSDAP-Mitglied und später NRW-Finanz- und Innenminister – als auch für die ehemaligen Wehrmachtsoffiziere **Wolfgang Döring** und **Erich Mende**. Letzterer hatte bereits 1947 die Partei aufgefordert, „den Gedanken des Reiches in den Vordergrund" zu stellen.

Schwarz-weiß-rote FDP

Neben ihren Schlussstrichforderungen trat die Partei vehement für die „Ehre des deutschen Soldaten" ein und erhob das Schwarz-Weiß-Rot der Reichsfahne gleichsam zu Parteifarben. Der autoritäre Gestus der FDP spiegelte sich innerparteilich im System sogenannter Außendienstgeschäftsführer, größtenteils ehemalige HJ- und SS-Mitglieder, die im Auftrag des Landesvorstands die Kreis- und Bezirksvorsitzenden kontrollieren und auf Linie bringen sollten. Das „Presse- und Propagandareferat" wurde mit **Siegfried Zoglmann** von einem einschlägigen Profi geleitet. Für seine Tätigkeit hatte sich der Untersturmführer der SS-Division *Leibstandarte* offenkundig als früherer Chefredakteur der HJ-Zeitungen *Die HJ* und *Der Pimpf* qualifiziert.

Die Jugendarbeit der Partei nahm phasenweise paramilitärische Züge an. Vormalige HJ-Funktionäre fanden bei den *Jungdemokraten* in NRW ein neues Betätigungsfeld, galt es doch, wie der frühere HJ-Gebietsführer für Westfalen **Wolfram Dorn** betonte, besonders „Aktivisten aus der bisher abseits stehenden jungen Kriegsgeneration" zu integrieren. Bei den *Jungen Adlern*, der Kinder- und Jugendorganisation der FDP, herrschte Uniformpflicht. Landesgeschäftsführer Döring erwog sogar eine Kooperation mit der im Dezember 1952 gegründeten *Wiking Jugend*. Deren „Bundesführer" **Walter Matthaei** war bereits mehrfach bei FDP-Veranstaltungen als Diskussionsredner aufgetreten.

Das „Deutsche Programm"

Ihren Höhepunkt erreichte der nationalistische Kurs mit dem Bielefelder Landesparteitag im Juli 1952, auf dem mit dem „Deutschen Programm" gewissermaßen das Manifest der „Nationalen Sammlung" beschlossen wurde. Das „Deutsche Programm" war von einem informellen Zirkel verfasst worden. Zu den Autoren und Redakteuren gehörten Diewerge, Döring, Zoglmann und Best, mutmaßlich auch Naumann und **Hans Fritzsche**, der es in der NS-Zeit bis zum Ministerialdirektor im Reichspropagandaministerium gebracht hatte. Das Programm enthielt das Bekenntnis zum Deutschen Reich ebenso wie die Klage über die „Urteile der Alliierten, mit denen unser Volk und insbesondere sein Soldatentum diskriminiert werden sollten." Ferner spiegelte sich in der Forderung nach einem über den Parteien stehenden, vom Volk gewählten Staatsoberhaupt, eine in der FDP-Führung erkennbare Skepsis gegenüber dem Parlamentarismus. Die Begriffe „Demokratie" und „Liberalismus" fanden keine Erwähnung.

Mit dem „Deutschen Programm" versuchte Middelhauve auch die Bundespartei in die Bahnen der „Nationalen Sammlung" zu lenken. In Baden-Württemberg und in Hamburg formierte sich jedoch Protest gegen den strammen Rechtskurs. Vor dem Bundesparteitag der FDP im November 1952 stand die

Partei knapp vor der Spaltung. Während Middelhauve für das „Deutsche Programm" warb, präsentierte der Hamburger Landesverband ein „Liberales Manifest". Zwar konnte sich der nationale Flügel nicht durchsetzen, blieb jedoch durch die Wahl Middelhauves zum stellvertretenden Parteivorsitzenden weiter einflussreich.
Die Reaktionen besonders im Ausland waren verheerend. Obgleich die Vergangenheitspolitik der Adenauer Regierung, die „Bewältigung der NS-Bewältigung" (**Norbert Frei**) in zentralen Punkten den im „Deutschen Programm" erhobenen Schlussstrichforderungen entsprach, drohte die nationalistische Rhetorik der NRW-FDP zu einer Belastung für die angestrebte Westintegration zu werden.

Die Naumann-Affäre als Zäsur?

Insofern lässt sich der Schlag der britischen Besatzungsmacht gegen den Naumann-Kreis durchaus als eine Zäsur bezeichnen. Die Bedeutung der Aktion lag weniger darin, dass sie einer „Unterwanderung" oder sogar einem „Staatsstreich" durch ehemalige NS-Kader zuvorgekommen wäre. Mit ihrem Einschreiten verdeutlichten die britischen Behörden jedoch unmissverständlich, dass sie keineswegs bereit waren, der Reetablierung von NS-Strukturen und Netzwerken tatenlos zuzusehen.
Auch wenn Politik, Verwaltung und Gesellschaft der BRD eine normative Abgrenzung vom NS nur allmählich, oftmals widerstrebend und häufig erst aufgrund äußeren Drucks vollzogen, leistete die Naumann-Affäre und die damit einhergehende öffentliche Diskussioneinen entscheidenden Beitrag zur „irreversiblen Diskreditierung" (Kristian Buchna) des Projekts der „Nationalen Sammlung".

Einen konsequenten Bruch der FDP an Rhein und Ruhr mit der Vergangenheit bedeutete dies jedoch kaum. Der Koalitionswechsel der FDP im Februar 1956 resultierte weniger aus einer linksliberalen Wende der Partei als aus einem Zerwürfnis mit der CDU in Fragen des Wahlrechts. Middelhauve musste sich zwar von Diewerge trennen, blieb jedoch Landesvorsitzender. Auch den Posten als stellvertretender Bundesvorsitzender durfte er behalten. Die parteiinterne Untersuchungskommission richtete ihr Augenmerk vor allem auf die „Unterwanderung" der FDP durch den Naumann-Kreis, dessen Angehörige bis zumSommer 1953 durch den Bundesgerichtshof ohne Anklage wieder freigelassen worden waren. Die Politik des Landesverbandes wurde vermutlich auch deshalb nicht zum Gegenstand kritischer Betrachtungen, weil dieser rund 73 Prozent des Gesamtetats der Partei beisteuerte.
Achenbach musste allenfalls einen kurzfristigen Karriereknick hinnehmen. 1957 zog er in den Bundestag ein. Seiner vergangenheitspolitischen Linie blieb er weiterhin treu, erst als **Serge** und **Beate Klarsfeld** durch spektakuläre Protestaktionen seine Versuche, das deutsch-französische Zusatzabkommen zur Ermöglichung der Strafverfolgung von in Frankreich in Abwesenheit verurteilten NS-Verbrechern in der Bundesrepublik zu behindern, skandalisierten und auf seine Rolle bei den Deportationen aus Frankreich hinwiesen, geriet er öffentlich unter Druck. In der FDP hingegen erfreute er sich weiterhin hoher Anerkennung. Als Achenbach im Dezember 1991 starb, würdigte ihn **Hermann Otto Solms** im Namen der Partei als eine Person, die sich „um den Liberalismus verdient gemacht habe". Die FDP werde ihm „ein ehrendes Andenken bewahren."

„Eklatante Unkenntnis" – Die FDP und ihre Geschichte

Mittlerweile sind die Politik der „Nationalen Sammlung" sowie die Bedeutung Achenbachs als Lobbyist der „vergangenheitspolitischen Interessen der SS" (Norbert Frei) in neueren historischen Forschungen ausführlich dokumentiert worden. Die FDP in NRW scheint an einer kritischen Auseinandersetzung mit der eigenen Parteigeschichte jedoch kaum interessiert zu sein. Dies zeigen etwa die Reaktionen auf eine Initiative der VVN-BdA im Jahr 2010, an der Geschäftsstelle der Essener FDP eine Mahntafel anzubringen, mit der auf die Rolle Achenbachs in der NS-Zeit aufmerksam gemacht werden sollte. Ein entsprechender Antrag an den Rat der Stadt wurde verworfen. Ausschussmitglieder von FDP und CDU reagierten empört. Die VVN-BdA solle sich aufgrund „ihrer schwerwiegenden Recherchefehler" bei der Familie Achenbach entschuldigen. Auch der Essener FDP-Vorsitzende und Landtagsabgeordnete **Ralf Witzel** behauptete, die Vorwürfe gegen Achenbach seien „historisch nicht haltbar". Seine Argumentation stützte er auf ein Schreiben von Achenbachs Sohn **Hanno Achenbach**, der darauf insistierte, dass sein Vater für seine Einbindung in die Deportationen der französischen Jüdinnen und Juden strafrechtlich nicht belangt worden sei.
Gerhart Baum, ehemaliger Bundesinnenminister und einer der wenigen verbliebenen Vertreter des linksliberalen Flügels der FDP, verlangte 2010 die Einrichtung einer Historikerkommission, die systematisch die Vergangenheit der FDP aufarbeiten solle, selbst wenn die Ergebnisse womöglich „schmerzlich" seien. Seine Forderung wurde bislang nicht aufgegriffen.

Flüchtlingslager in Oberursel (Hessen)

Von Paul Gerstheim

Selbstherbeigeführter Unterbringungsnotstand

Hysterie um den Anstieg der Asylantragszahlen

Über Jahre haben die Kommunen massiv die Unterbringungskapazitäten für Asylsuchende reduziert. Als Folge beklagen sie nun, sie seien mit der Aufnahme der Geflüchteten überfordert. Mit jeder Ankündigung einer neuen Notunterkunft malen die Medien den vermeintlichen „Notstand" in schillernden Farben aus, während die Innenminister sich mit rigiden Maßnahmen als Retter vor „massenhaftem Asylmissbrauch" profilieren.

„Der Katastrophenfall ist verschoben – der befürchtete Ansturm bleibt bislang aus", so betitelte die *Augsburger Allgemeine* am 18. Januar 2013 einen Artikel über die Zuweisung von rund 100 Asylsuchenden. Einige Monate zuvor war man noch von anderem überzeugt: „Flüchtlingssturm führt zu Notstand", schrieben die *Westfälischen Nachrichten* im September 2012 und die *Neue Osnabrücker Zeitung* titelte: „Aufnahmestelle platzt aus allen Nähten". Kaum eine Lokalzeitung unterließ es, den Anstieg der Asylantragszahlen zur „Flüchtlingsflut" oder „Katastrophe" zu dramatisieren. Immerhin wiesen einige Medien auf den Grund hin, warum es in vielen Kommunen an Unterkünften mangelt: Nicht etwa, weil die rund 60.000 Asylanträge im Jahr 2012 Deutschland „überschwemmt" hätten, sondern weil in den vergangenen Jahren fast überall die Zahl der Unterkunftsplätze massiv reduziert worden war. Bei der Planung der Kapazitäten hatte man sich offenbar vielerorts am historischen Tiefststand der Antragszahlen orientiert: 2007 waren es gerade einmal rund 19.000 Erstanträge gewesen. Obwohl die alltäglichen Nachrichten der Folgejahre nicht gerade glauben machten, der Weltfriede stünde unmittelbar bevor, hatte offenbar kaum jemand damit gerechnet, dass die Zahl der Flüchtlinge, die es trotz aller Abschottungsmaßnahmen nach Deutschland schaffen, wieder steigen könnte.

Instrumentalisierung

Doch das politische Interesse, vorausschauend Aufnahmekapazitäten für Flüchtlinge zu schaffen, dürfte ohnehin

gering sein. Bilder von Turnhallen voller Feldbetten kommen Innenministern traditionell gelegen. Angesichts überfüllter Flüchtlingsunterkünfte können sie sich ihren Wählern als Retter vor „massenhaftem Asylmissbrauch" empfehlen. Als Ende 2012 die Antragszahlen serbischer und mazedonischer Asylsuchender deutlich stiegen, unterstellte Bundesinnenminister **Hans-Peter Friedrich** den Schutzsuchenden aus den genannten Staaten pauschal Asylmissbrauch und ordnete Asylschnellverfahren an, in denen das Ergebnis von vornherein feststand. „In keinem Fall konnte eine asylrelevante Verfolgung festgestellt werden", vermeldete das Innenministerium. Dass es sich bei den Betroffenen größtenteils um Angehörige der Roma und anderer Minderheiten handelt, die aufgrund massiver rassistischer Diskriminierung in Serbien und Mazedonien vielerorts noch nicht einmal Zugang zu sauberem Trinkwasser haben – geschweige denn Chancen auf Arbeit und Bildung – interessierte weder in den Verfahren noch die Öffentlichkeit.

Konzept Abschreckung

Vor allem eignet sich der selbstherbeigeführte Unterbringungsnotstand, um das aus den 1980er Jahren stammende Konzept des Lagerzwangs aufrechtzuhalten. „Die Buschtrommeln werden in Afrika signalisieren – kommt nicht nach Baden-Württemberg, dort müßt ihr ins Lager", hatte **Lothar Späth**, seinerzeit Ministerpräsident Baden-Württembergs, 1982 Sinn und Zweck des bis heute bestehenden Konzepts des Lagerzwangs erläutert. Bis heute geht es um Abschreckung und systematische Ausgrenzung – auch nachdem das Bundesverfassungsgericht im Sommer letzten Jahres bezüglich der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz urteilte: „Die Menschenwürde ist nicht migrationspolitisch zu relativieren".

Wohin?

Wenn es an Unterbringungsplätzen mangelt, ist noch das heruntergekommenste Lager mit Hinweis auf angeblich fehlende Alternativen leicht zu verteidigen. So stand ein aus alten Baucontainern bestehendes Lager in Hessens schwerreicher Gemeinde Oberursel schon kurz vor der Schließung. Mittlerweile ist das Lager wieder überbelegt, eine Schließung ist in weite Ferne gerückt.

Angesichts der rassistischen Proteste aus der bürgerlichen Mitte, die sich so gut wie überall dort erheben, wo Asylsuchende untergebracht werden sollen, und Kommunen, die oft nicht wissen, wo sie auf die Schnelle die Flüchtlinge unterbringen sollen, fällt es derzeit selbst Flüchtlingsorganisationen schwer, sich gegen die Eröffnung neue Massenunterkünfte zu engagieren. Zwar haben intelligentere Anwohnerinitiativen, die ihre Ressentiments gegen Asylsuchende noch halbwegs zu verbergen suchen, mittlerweile begriffen, dass man gegen solche Einrichtungen am besten mit dem Argument vorgeht, diese seien auch für die Flüchtlinge unzumutbar. Dass sich Anwohner dafür stark machen, die zugewiesenen Flüchtlinge dezentral in Wohnungen in ihrer eigenen Gegend unterzubringen, ist jedoch selten. Kein Wunder, suggeriert doch die offizielle Politik, ein Großteil der Flüchtlinge sei nur hier, um Sozialleistungen abzugreifen.

Lebenssituation

Die Flüchtlinge, die in den Lagern untergebracht werden, sind durch Arbeits- und Ausbildungsverbote zur Untätigkeit verdammt und durch die sogenannte Residenzpflicht in ihrem Menschenrecht auf Bewegungsfreiheit beschnitten. Sie werden trotz häufiger Traumatisierungen medizinisch nur notdürftig versorgt, verfügen über keinerlei Privatsphäre, leben im Ungewissen über den Ausgang des Asylverfahrens und damit ohne jede konkrete Perspektive auf eine selbstbestimmte Zukunft. So verlieren die Betroffenen nicht allein Monate oder Jahre ihres Lebens, sondern oft auch ihre physische und psychische Gesundheit.

In Folge der Flüchtlingsproteste nach dem Suizid des iranischen Flüchtlings **Mohammed Rahsepar** in Würzburg Anfang 2012 interessierte sich auch die Öffentlichkeit wieder für die Situation in den Lagern – mehrere Fernsehteams zogen in Asylbewerberunterkünfte ein, um zu testen, wie es sich als Flüchtling in Deutschland lebt. Eine ARD-Reporterin, die nach vier Wochen mit Krätze, Schlafmangel und Depressionen zu kämpfen hat, sitzt am Ende der Dokumentation weinend vor der Kamera.

Widerstand unerwünscht

Jenseits des großen medialen Echos zeigen die Proteste bisher aber wenig Erfolg. In Köln machten deutsche Behörden erst vor kurzem klar, wie sie mit Flüchtlingen umzugehen gedenken, die sich den Schikanen nicht fügen: Als Flüchtlinge vom Berliner Protestcamp, die sich mit Kleinbussen aufgemacht hatten, um ihren Protest durch die Republik zu tragen, die städtische Asylunterkunft Köln-Ehrenfeld besuchten, um dort für eine angemeldete Kundgebung zu werben, rief der dortige Wachschutz die Polizei – Besuchsaktionen in diesem Umfang seien „nicht vom Individualbesuchsrecht der Flüchtlinge in den Unterkünften gedeckt", hieß es seitens der Stadt Köln. Mit Schlagstöcken, Pfefferspray und Hundestaffel ging die Polizei gegen die Flüchtlinge und ihre Unterstützerinnen und Unterstützer vor, 19 Personen wurden festgenommen, mehrere verletzt. Als eine Journalistin eine Polizistin nach dem Grund für das brutale Vorgehen fragte, sagte die in schlichten Worten: „Die haben sich widersetzt".

Von Paula Equi

Die Spitze des Patriarchats

Bedeutung der Fantifa für die antifaschistische Bewegung

Anfang März diesen Jahres protestierten etwa 500 Menschen auf einer feministischen Demonstration in Münster für das Recht auf selbstbestimmtes Leben in einer herrschaftsfreien und solidarischen Gesellschaft. Anlass war ein am selben Tag und alljährlich stattfindender „Gebetszug" reaktionär-fundamentalistischer ChristInnen. Diese sogenannten „1000-Kreuze-Märsche" stellen zunehmend ein Feld dar, wo sich feministische und antifaschistische Politik treffen. Die Forderung einer Verbindung von Feminismus und Antifaschismus ist jedoch keineswegs neu, schon in den 1980/90er Jahren entstanden daraus zahlreiche Fantifa-Gruppen.

Bei den „1000-Kreuze-Märschen" agitieren die selbsternannten „Lebensschützer" gegen das Selbstbestimmungsrecht von Frauen, indem Schwangerschaftsunterbrechung mit Mord gleichgesetzt wird. Sie propagieren dabei ein erzkonservatives Bild von Familie, Religion und Sexualität. Seit 2002 ruft der *Bundesverband Lebensrecht* zu solchen Protestformen auf. Ähnliche „Gebetszüge" gibt es seitdem auch in anderen Städten, zum Beispiel in Berlin, Wien, München, Fulda, Salzburg und Freiburg. Seit einigen Jahren ist festzustellen, dass sich neben feministischen, schwulen, queeren, humanistischen und lesbischen Aktivist_innen auch antifaschistische Gruppen verstärkt in die Auseinandersetzungen einbringen. Die dabei entstehenden Netzwerke und Möglichkeiten des Austauschs können eine Perspektive darstellen, Feminismus und Antifaschismus nicht nur einen gemeinsamen Ausdruck in der Praxis zu verleihen, sondern notwendige Debatten innerhalb antifaschistischer Zusammenhänge weiterzuführen.

Zwar ist mittlerweile die Tatsache, dass es auch in der extremen Rechten aktive Frauen gibt, die mehr sind als nur „die Freundin von...", hinlänglich bekannt. Darüber hinaus finden Auseinandersetzungen über Geschlechterverhältnisse, gerade in männlich-dominierten antifaschistischen Zusammenhängen, immer noch zu selten statt. Dabei entwickelte bereits in den späten 1980er und frühen 1990er Jahren die Fantifa-Bewegung feministische Perspektiven und Praxen für antifaschistische Politik und lieferte damit Anstöße für wichtige Debatten.

Konservatismus und (Mit-)Täterinnenschaft

„Faschistische Herrschaft baute in ungeheurem Maß auf patriarchale Gewalt. Doch diese staatlich legitimierte Form patriarchaler Gewalt im Faschismus setzte nicht unvermittelt und unvorbereitet ein. Es bestanden bereits alle gesellschaftlichen Voraussetzungen, um die Frauen umfassend für den faschistischen Staat zu funktionalisieren, als Opfer wie Täterinnen. Familienpolitik, Bevölkerungspolitik, Humangenetik/Eugenik, Sexismus, das waren/sind die Waffenschmieden patriarchaler Herrschaft, und die haben eine lange Tradition." Dieses Zitat aus einer Broschüre der *Fantifa Bonn* von 1989 ermöglicht einen Einstieg in Debatten von Fantifa-Zusammenhängen, die eine antifaschistische Perspektive erweitern wollten. Frauen als (Mit-)Täterinnen im NS wie aktuelle Aktivistinnen der extremen Rechten sollten in den Fokus gerückt werden, aber auch die auf Grundlage

eines konservativen Gesellschaftsbildes an Frauen zugewiesene Rolle.
Innerhalb dieser Debatten gelang es deutlich zu machen, dass das konservativ-hegemoniale Frauenbild die Frauen auf Mutterschaft, Dienstbarkeit gegenüber der Familie und Heterosexualität festschreibt und dies auch wesentliches Merkmal neonazistischer Bestrebungen ist. Um diesen Zusammenhang zu verdeutlichen, bot sich für die *Fantifa Bonn* die Auseinandersetzung mit der dort aktiven rechten Vereinigung *Deutsche Liga für das Kind* an. Zuerst wurden die in der Organisation aktiven Personen, ihre politischen und beruflichen Lebensläufe sowie ihre Veröffentlichungen näher beleuchtet. So sollte gezeigt werden, dass es aufgrund historischer Kontinuitäten in der Bevölkerungs- und Familienpolitik kaum mehr Unterscheidungskriterien zwischen (neo-)nazistischen und konservativen Ansätzen gab. Identische Inhalte, so die damalige Analyse, würden sich auch bei Themen wie „Familien-/Geburtenschwund" der Deutschen, Abtreibung, „Sittenverfall" oder der Rolle der Frauen innerhalb familiärer Zusammenhänge finden. Es wurde herausgearbeitet, dass die *Deutsche Liga für das Kind* auch als Brücke zwischen der „Neuen Rechten" und einem breit gefächerten Netz von karitativ tätigen Mitgliedsvereinen in einem gesellschaftlich allgemein akzeptierten Themenbereich fungierte. Auf Grundlage solcher Erkenntnisse wurde nicht nur direkt gegen die extreme Rechte vorgegangen. Antifaschist_innen sollte damit auch die Notwendigkeit verdeutlicht werden, antipatriarchale Konzepte als Gegenentwürfe zu Vorstellungen der extremen Rechten zu entwickeln.
Über die nationalsozialistische Frauenideologie wurde die Rolle von Frauen innerhalb des NS von Fantifa-Zusammenhängen thematisiert und die daraus gewonnenen Erkenntnisse in die eigene Praxis übernommen. Frauen wurden als (Mit-)Täterinnen benannt. So formulierte die *Fantifa Kassel* 1998 begleitend zur Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht": „Der Mythos der 'Unschuld der Frauen' weist Parallelen auf mit dem Mythos der 'sauberen Wehrmacht': nämlich, sich auf eine angebliche 'Normalität' des Funktionierens zurückzuziehen und sich damit der spezifischen historischen Verantwortung zu entziehen". Die Betonung der Mit-Täterinnenschaft meint, dass Frauen nicht nur Zielscheibe und damit Leidtragende von Unterdrückung und Ausbeutung waren und sind, sondern durchaus auch von Herrschaftsstrukturen profitieren. Allerdings agieren sie aus einer anderen Position als Männer. Nach der Wissenschaftlerin **Christina Thürmer-Rohr** bleiben Frauen Männern gegenüber benachteiligt, auch wenn sie aktiv in Herrschaftsstrukturen involviert sind. Grundlage dieser Erkenntnis bildeten Debatten und Studien feministischer Faschismusforscherinnen in den 80er Jahren über das Zusammenwirken von patriarchaler und faschistischer Herrschaft. Die Geschlechtsblindheit der Faschismusforschung wurde dafür angegriffen, dass sie Faschismus nicht als patriarchale Ideologie und Herrschaftsform wahrnahm.

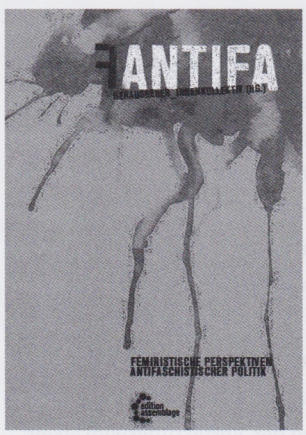
Für eine erweiterte Perspektive

Einsprüche gegen die Annahme, dass Frauen ausschließlich Opfer systematischer Gewalt waren, gab es auch aus Schwarzer feministischer Perspektive. **bell hooks** oder **Angela Davis** zum Beispiel betonten, dass *weiße* Frauen systematische Bündnisse mit *weißen* Männern eingingen, als Kolonialherrinnen wirkten und sich an rassistischer Unterdrückung aktiv beteiligten und davon profitierten. Mit diesen Debatten fand auch der westliche Feminismus ein Korrektiv im Kontext (post)kolonialer Überlegungen. Denn im globalen Kampf für Gerechtigkeit und gegen das Patriarchat

wurde oft außer Acht gelassen, dass Frauen verschiedene Kämpfe gegen mehrfache Unterdrückung führen und mit sehr unterschiedlichen Privilegien ausgestattet sind.
Die Einsicht, dass Menschen unterschiedliche soziale Positionen einnehmen, unterschiedliche Differenzkategorien (wie etwa Geschlecht, Ethnizität, Klasse) Einfluss auf das Individuum haben und es somit spezifischer Kämpfe bedarf, um diese Unterdrückungsverhältnisse zu überwinden, hielt spätestens 1990 in linksradikale Zusammenhänge Einzug. Innerhalb der Fantifa-Bewegung gab es explizite Bezugnahmen auf diese Debatte. Zum 8. März 1995 äußerte dementsprechend die *Fantifa Kassel*: „Unser Kampf muß sich – und hier sprechen wir aus der Sicht und an die Adresse weißer Feministinnen – Unser Kampf muß sich deswegen nicht nur gegen äußere Gegner und Gegnerinnen richten. Vielmehr muß er die Auseinandersetzung und Reflexion über uns selbst beinhalten. Über Privilegien, die wir z.B. haben, wenn wir im Besitz eines deutschen Passes sind, wenn wir eine weiße Hautfarbe haben, wenn wir Zugang zu gesicherten und gutbezahlten Jobs haben, wenn wir nicht als behindert definiert werden, usw".
Zentrales Thema innerhalb der antifaschistischen Szene blieb allerdings die Diskussion um rechte Frauen. Der Nationalsozialismus wurde weiterhin als auch patriarchale Ideologie aufgefasst – das hieß aber nicht länger, dass rechte Frauen und die entsprechenden Organisationen unberücksichtigt agieren konnten. Sowohl rechter Antifeminismus als auch positive Bezüge auf Feminismus durch rechte Frauen wurden diskutiert.

Haste 'ne Macke, Macker?

Patriarchale Herrschaft in eine Gesellschaftsanalyse einzubetten und infolgedessen die eigene Verstrickung von Männern in dieses System theoretisieren zu können, war allerdings nicht der Punkt, an dem Fantifa-Aktivistinnen stehenbleiben wollten. Vielmehr wurde eine direkte Kritik an die eigene Szene formuliert und eine Auseinandersetzung darüber von den Männern in der Szene eingefordert. Dass dies von männlich-dominierten Zusammenhängen nicht immer angenommen wurde, verdeutlicht folgendes Statement an die *Antifa Westberlin* von 1989: „Und nochmal zu den Helden der Antifa-Bewegung, die auch mit Vorliebe von Gesochse reden, oder von der Geilheit, die mann befällt bei faschoklatschen. Mal Klartext: ‚Geil' ist daran nichts, rein gar nichts. Wir empfinden Militanz gegen Personen in bestimmten Situationen als notwendig und angebracht. Damit ist aber auch schon Ende der Diskussion. Sich an der Militanz selbst aufzugeilen, finden wir widerwärtig, typ-isch und abschreckend". Mit Ausdehnung der Fantifa-Gruppen Anfang der 1990er Jahre wurde die Kritik von Frauen an patriarchalem Redeverhalten, Sexismus, Machoverhalten, selbstbezogener Militanz und mangelnder Reflexion der Männer in antifaschistischen Zusammenhängen noch lauter. Dies ging einher mit der Kritik an polarisierten Auseinandersetzungen um Vergewaltigung und Vergewaltigungsvorwürfe innerhalb der Szene sowie mit Diskussionen um Definitionsrecht und Täterschutz. Natürlich können die zurückliegenden Debatten nicht unhinterfragt in den aktuellen Kontext szeneinterner Entwicklungsprozesse übernommen werden. In den dazwischenliegenden Jahren hat sich die Auseinandersetzung innerhalb feministischer Debatten wesentlich weiterentwickelt. Im Zuge dieser Auseinandersetzungen wurde auch die Frage nach dem „Subjekt Frau" gestellt. Unter den Voraussetzungen des Konstruktionscharakters von Geschlecht wurde erneut in Frage gestellt, ob der Feminismus sich weiterhin positiv auf die Kategorie Frau beziehen kann, weil durch eine Anrufung von Menschen als Frauen oder Männer diese erst geschlechtlich festgeschrieben werden. Dass solche Positionsbeschreibungen sich aber nicht ausschließen müssen, haben die Teilnehmenden der feministischen Demonstration in Münster gezeigt, die in einem breit getragenen Bündnis die jeweilige Perspektive auf feministische Kämpfe solidarisch formuliert haben. Wenn dieses Beispiel noch weiter in die Antifa-Szene getragen werden kann, wären gute Bedingungen für eine konstruktive Debatte über Notwendigkeit von feministischen Perspektiven in antifaschistischer Politik geschaffen.



Zur Autorin

Paula Equi ist Mitglied des Herausgeber_innenkollektivs des Buches „Fantifa. Feministische Perspektiven antifaschistischer Politiken", das in Kürze bei *edition assemblage* erscheinen wird.

Vereinsverbote: 2012 wurde der „Nationale Widerstand Dortmund" verboten (li.), 1995 die FAP

Von Sarah Drücker

„Verbot gegenwärtig nicht möglich"

„Die Rechte" im Kontext von Vereins- und Parteiverboten

Nachdem das NRW-Innenministerium am 23. August 2012 drei „Freie Kameradschaften" verboten hatte, organisierten sich die Dortmunder und Hammer Neonazis in Christian Worchs an Pfingsten 2012 gegründeten Vereinigung „Die Rechte", Aachen und Neonazis aus anderen Orte zogen mit Kreisverbänden nach. Welche juristischen Auswirkungen hat diese Kontinuität im Hinblick auf Partei- und/oder Vereinsverbote?

Parteien verbietet das Bundesverfassungsgericht (BVerfG), Vereine im Regelfall das jeweilige Innenministerium eines Landes oder – je nach räumlicher Ausdehnung des Vereins – das Innenministerium des Bundes. Es macht daher einen erheblichen Unterschied für eine Organisation, ob sie lediglich ein Verein oder eine Partei ist. Ein Parteiverbot kann sich über Jahre hinziehen, der Ausgang ist unsicher.

Worch bezeichnet seine Vereinigung als Partei. Allein hieraus folgt jedoch noch nicht, dass sie auch tatsächlich eine Partei ist. Die *Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei* (FAP) trug sogar den Begriff „Partei" in ihrem Namen. Das BVerfG sah sie jedoch in seiner Entscheidung aus dem Jahre 1994 nicht als Partei an und wies die Anträge der Bundesregierung und des Bundesrats auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Grundgesetz daher als unzulässig zurück. Daraufhin erfolgte das Verbot durch das Bundesinnenministerium.

Einfluss auf politische Willensbildung

Das BVerfG bezieht sich bei der Frage, wann eine Partei vorliegt, auf die Begriffsbestimmung in Paragraph 2 Absatz 1 Satz 1 des Parteiengesetzes. Parteien sind hiernach „Vereinigungen von Bürgern, die dauernd oder für längere Zeit für den Bereich des Bundes oder eines Landes auf die politische Willensbildung Einfluss nehmen und an der Vertretung des Volkes im Deutschen Bundestag oder einem Landtag mit-

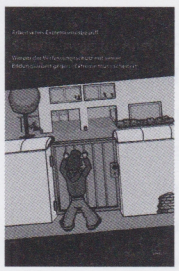
wirken wollen, wenn sie nach dem Gesamtbild der tatsächlichen Verhältnisse, insbesondere nach Umfang und Festigkeit ihrer Organisation, nach der Zahl ihrer Mitglieder und nach ihrem Hervortreten in der Öffentlichkeit eine ausreichende Gewähr für die Ernsthaftigkeit dieser Zielsetzung bieten".
Die hier angesprochenen, nicht trennscharf voneinander abzugrenzenden objektiven Merkmale – deren Aufzählung nicht erschöpfend ist, denen aber ein großes Gewicht zukommt – sind Indizien für die Ernsthaftigkeit der politischen Zielsetzung. Keines ist für sich genommen ausschlaggebend und nicht alle müssen von einer Partei stets im gleichen Umfang erfüllt werden.
Diese Merkmale können jedoch nicht eins zu eins auf Vereinigungen angewandt werden, die sich erst in Gründung befinden, weil dadurch die Neugründung von Parteien erheblich erschwert würde. Mit wachsendem zeitlichen Bestand müssen sie jedoch zunehmend in der Lage sein, die ihnen gesetzlich zugedachten Aufgaben wirksam zu erfüllen. Allein der Wille, „Partei" zu sein, ist nicht ausreichend.
Während es also in der Phase des Beginns mehr auf den sich in der Gründung als Partei artikulierendem Willen zur Mitwirkung an der politischen Willensbildung ankommt, muss sich mit fortschreitender Dauer des Bestehens der politischen Vereinigung die Ernsthaftigkeit ihrer politischen Zielsetzung vor allem auch anhand der genannten Kriterien bestätigen. Insgesamt kommt es nach den Vorgaben des BVerG darauf an, ob die Gesamtwürdigung der tatsächlichen Verhältnisse einer Partei – unter Einschluss der Dauer ihres Bestehens – den Schluss zulässt, dass sie ihre erklärte Absicht, an der politischen Willensbildung mitzuwirken, ernsthaft verfolgt. Daraus ergibt sich, dass Vereinigungen, die nach ihrem Organisationsgrad und ihren Aktivitäten offensichtlich nicht imstande sind, auf die politische Willensbildung des Volkes Einfluss zu nehmen, bei denen die Verfolgung dieser Zielsetzung erkennbar unrealistisch und aussichtslos ist und damit nicht (mehr) als ernsthaft eingestuft werden kann, nicht als Parteien anzusehen sind. Bei der FAP sah das BVerfG die Voraussetzungen für eine Partei nicht gegeben, insbesondere weil sie seit ihrem Bestehen im Jahre 1979 kaum an Wahlen teilnahm, bei den Wahlen zu Landesparlamenten nur zwischen 59 und 929 Stimmen errang und zum Überprüfungszeitpunkt lediglich rund 300 Mitglieder hatte.

„Die Rechte" als Partei?

Bei der Vereinigung *Die Rechte* (DR) wird es vor allem von ihrer Mitgliederentwicklung, ihrem Engagement bei Wahlen und ihren sonstigen Aktivitäten abhängen, ob sie als Partei anzusehen sein wird. Zum jetzigen Zeitpunkt dürfte ein Verbot der Vereinigung DR nach dem Vereinsgesetz problematisch sein, weil sie erst seit Kurzem existiert und ihr nach den Vorgaben des BVerfG die Chance zu geben ist, ihre Ernsthaftigkeit als Partei unter Beweis zu stellen. „Dass Mitglieder des verbotenen Vereins an der neu gegründeten Vereinigung beteiligt sind, reicht nicht aus, ihr den Parteistatus abzusprechen", so die Staatsanwaltschaft Dortmund gegenüber den *Ruhrnachrichten*. Auch aus dem Ministerium für Inneres und Kommunales heißt es, „eine intensive rechtliche Prüfung" habe ergeben, „dass für 'Die Rechte' zum jetzigen Zeitpunkt das Parteienprivileg" gelte. Ein „Verbot als Ersatzorganisation der Kameradschaften" sei „gegenwärtig nicht möglich".
De facto aber handelt es sich bei Teilen der Vereinigung *Die Rechte* um Ersatzorganisationen. Ob der Begriff der Ersatzorganisation jedoch erfüllt ist, kann nur die Gesamtbeurteilung unter Berücksichtigung sämtlicher Einzelheiten ergeben. Merkmale für die Identität eines verbotenen Vereins mit einem bestehenden können sein, dass der organisatorische Zusammenhalt des verbotenen Vereins aufrecht erhalten und die die Vereinstätigkeit tragende Organisation bewahrt wird; zudem ein enger zeitlicher Zusammenhang mit der Auflösung und ob frühere besonders hervorgetretene Mitglieder oder Funktionär_innen bei der Gründung mitwirkten oder maßgeblichen Einfluss ausüben oder ausgeübt haben.
Der Landesverband NRW der DR ist mit seinen mittlerweile acht Unterverbänden erst unmittelbar nach den Verboten der „Kameradschaften" gegründet worden. Ihre ehemaligen Kader sind nun in Führungsfunktionen von *Die Rechte* aktiv. Vorsitzender des DR-Kreisverbands Aachen ist beispielsweise ein ehemaliges Mitglied der verbotenen *Kameradschaft Aachener Land* (KAL). Die DR hat nun auch die Anmeldung des jährlich im April stattfindenden Aufmarsches in Stolberg bei Aachen übernommen, zuvor fungierten Einzelpersonen aus der KAL als Anmelder. Beim Stolberger Aufmarsch handelte es sich um eine zentrale Aktion der KAL, die nun von der DR fortgeführt wird.

Alles muss man selber machen

Gerade weil ein Verbot der DR also nicht unmittelbar bevorstehen dürfte, muss der politische und gesellschaftliche Druck auf *Die Rechte* und ihre Mitglieder aufrecht erhalten werden. Antifaschist_innen sollten sich dabei nicht auf NRW-Innenminister **Ralf Jäger** verlassen, der angekündigt hat, „auch weiterhin alle rechtsstaatlichen Mitte (zu) nutzen, um den braunen Sumpf trocken zu legen".



Von Verena Grün

Schulverweis für Andi!

Acht Jahre ist es her, dass der erste „Andi"-Comic veröffentlicht wurde, im Auftrag und herausgegeben vom Verfassungsschutz NRW. Der stinknormale wie langweilige Schüler Andi und seine Clique sind mit den Nazis Eisenheinrich und seinen Freunden konfrontiert. Klischeebeladen will der Comic über „Rechtsextremismus" aufklären. In den beiden weiteren Ausgaben muss Andi dann die freiheitlich-demokratische Grundordnung gegen „Islamismus" und „Linksextremismus" verteidigen.
Der vorliegenden Band zeigt, wie der VS mit den Comics das Extremismus-Modell an Jugendliche vermitteln will. Gut verständlich, aber auch wissenschaftlich fundiert werden im ersten Teil der Extremismusbegriff, das zu Grunde liegende Demokratieverständnis und der Ursprung in der Totalitarismustheorie diskutiert. Der zweite Teil beleuchtet den VS und seine Aktivitäten im Bildungsbereich. Mit der anschließenden Analyse des ersten und dritten Comics werden die flache inhaltliche Fundierung wie auch die rassistischen Bilder herausgearbeitet. Der zweite Comic findet leider keine Berücksichtigung, da das Thema Islamismus zu große Unterschiede zu den beiden anderen Komplexen aufweist. Abschließend stellt das Kapitel „Der Diskurs um Andi" die satirischen Fortsetzungen der Reihe vor und bemängelt das Fehlen einer Evaluation.

Fazit: Eine lesenswerte und interessante kritische Analyse der „Bildungsabsichten" des VS. Der Spagat zwischen Wissenschaftlichkeit und Allgemeinverständlichkeit gelingt, es macht Spaß, die Analysen der Comics zu lesen, wenngleich die Interpretationen teilweise genauer belegt sein könnten.

Arbeitskreis Extremismusbegriff
Schulverweis für Andi! Warum der Verfassungsschutz mit seiner Bildungsarbeit gegen „Extremismus" scheitert
Unrast-Verlag, Münster 2012
120 Seiten, 12 Euro

Von Torben Heine

Die neuen Rechten in Europa

Der Band dokumentiert die Beiträge einer im November 2011 in Mainz-Kastel stattgefundenen Tagung der *Rosa-Luxemburg-Stiftung*, die sich vor allem mit dem Rechtspopulismus in Europa auseinandersetzte. Das Buch ist in vier Kapitel geteilt. Ausgehend von der Annahme, dass die Konjunkturen des Neoliberalismus und der Aufstieg wie Wandel der extremen Rechten miteinander verknüpft sind, analysiert der erste Teil, wie die soziale Frage durch extrem rechte Politikangebote ethnisiert wird. Die Beiträge des zweiten Kapitels widmen sich dem Aufstieg rechter Parteien in Europa, wobei die Situation in Italien, den Niederlanden und Deutschland näher untersucht wird. Besonders lesenswert ist der Beitrag von **Alban Werner** und **Richard Gebhardt**, die der Frage nachgehen, warum es ausgerechnet in Deutschland – trotz **Sarrazin**-Debatte und weit verbreiteten rassistischen Einstellungen – keine erfolgreiche rechtspopulistische Partei gibt. Dass die Veröffentlichung erfolgreich unterschiedliche Textformen vereinen kann, zeigt **Kerstin Köditz**' hervorragende und bissig geschriebene Auseinandersetzung mit dem Verfassungsschutz. Die Beiträge des Kapitels „Ideologische Dimensionen der neuen Rechten" thematisieren sowohl die Programmatik Sarrazins und antimuslimischen Rassismus als auch die Rezeption der **Breivik**-Anschläge durch Medien wie die *Junge Freiheit*. Der Band wird durch Beiträge zu Gegenstrategien abgeschlossen, deren Autor_innen mehrheitlich der Partei *Die Linke* nahestehen. Trotzdem ist der Sammelband kein „Partei-Buch". Die 354 Seiten starke Veröffentlichung liefert viele Anregungen und Denkanstöße für die antifaschistische Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus.

Bathke, Peter; Hoffstadt, Anke (Hg.)
Die neuen Rechten in Europa. Zwischen Neoliberalismus und Rassismus
Papyrossa-Verlag, Köln 2013
364 Seiten, 18 Euro

Von Pia Gomez

Islam & ich

Der Titel der neuen Broschüre von *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* erscheint mit Blick auf den Inhalt irreführend. Denn dort geht es in erster Linie nicht um den Islam allgemein, sondern um dessen jugendkulturelle Ausdrucksformen und besonders um islamistischen Dschihadismus. Im Vorwort betonen die Herausgeber_innen selbst jedoch die Problematik pauschaler medialer Gleichsetzung von Islam und terroristischen Erscheinungsformen. Trotz des unpassenden Titels bietet die Broschüre interessante Einblicke. Im ersten Teil wird ein komprimierter Einblick in das heterogene Spektrum rechter Muslimfeinde in Deutschland gegeben. Leser_innen der LOTTA erfahren hier zwar nichts Neues, die zusammenfassende Darstellung ist jedoch veranschaulichend für Interessierte ohne vertiefende antifaschistische Kenntnisse. Zwei weitere Beiträge geben einen guten Einblick in die jugendkulturellen Ausdrucksformen muslimischer Lebenswelten: Kleidung, Mode, Musik und die dort transportierten popkulturellen Botschaften werden anhand aktueller Erscheinungsformen dargestellt. Im dritten Teil geht es um (jugend)kulturelle Ausdrucksformen des islamistischen Dschihadismus und Terrorismus. Gerade dieser Teil hat durch die jüngste Zuspitzung der Auseinandersetzungen zwischen islamistischen Salafisten und muslimfeindlichen Rechtspopulisten zusätzlich inhaltliche Bedeutung erhalten. Diese Entwicklungen weisen auf die Notwendigkeit zur Erstellung weitergehender wissenschaftlicher Erkenntnisse und Milieustudien hin.

Schule ohne Rassismus –
Schule mit Courage
Islam & ich
Eigenverlag, Berlin 2012,
74 Seiten, 4 Euro
Bestelladresse: *schule@aktioncourage.org*

Lotta empfiehlt

Kein Platz für Nazis. In Darmstadt oder sonstwo

Im vergangenen Jahr hat die *Anti-Nazi-Koordination Darmstadt* die Broschüre „Kein Platz für Nazis. In Darmstadt oder sonstwo" veröffentlicht. Die Texte decken ein breites Themenspektrum ab, beleuchtet werden die „Neue Rechte", Burschenschaften, „Graue Wölfe" wie auch der Fußball. Nicht fehlen darf auch ein Kapitel zu Codes und Klamotten. Außerdem gibt's Texte zu RechtsRock, NS-HipHop und NS-Hardcore sowie zu Nazistrukturen in Südhessen. Den Abschluss bildet ein Artikel zu Perspektiven antifaschistischer Politik.

Anti-Nazi-Koordination Darmstadt
Kein Platz für Nazis. In Darmstadt oder sonstwo
Eigenverlag, Darmstadt 2012
84 Seiten
http://ankdarmstadt.blogsport.de/images/Druck_Broschuere_ANK.pdf

DIE SINNE SCHÄRFEN! JETZT TESTEN:

4 Ausgaben für 10 €
Bestellungen unter www.akweb.de

ak
analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis

THEMA_
20 JAHRE NEUE ANTIRASSISTISCHE BEWEGUNG

ZAG
ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT
NUMMER 62/2012 · ISSN: 2192-6719 · EUR 5,00
ZAG c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V.
im Mehringhof,
Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin
E-Mail redaktion@zag-berlin.de
Internet www.zag-berlin.de

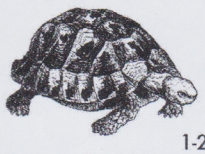
Solidaritätsbrigade nach Nicaragua
Von Mitte August bis Mitte September 2013

---praktische Solidarität (aus)üben---Austausch politischer Erfahrungen---

Ökumenisches Büro, München
Tel.: 089/4485945 - nica@oeku-buero.de
www.oeku-buero.de/solidaritaetsbrigaden.html

Informationsbüro Nicaragua, Wuppertal
info@informationsbuero-nicaragua.org
www.informationsbuero-nicaragua.org

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT



Ausgabe 1-2/13 u.a.:

Peter Hoffmann: »Fabrik Krankenhaus – über ein System verkehrter ökonomischer Anreize«

»Wir wollen auch raus!«, zum Streik der Sicherheitsbeschäftigten am Flughafen

Gewerkschaftslinke: »Deutsches Tarifdumping beenden. *Tarifrunde 2013*«

Jenny Brown: »Höllenpläne – genug von Just in Time ...«, Einzelhandelsbeschäftigte in den USA ergreifen Initiative

O **Probelesen?!** 4 akt. Ausgaben zum Preis von 10 € (gg. Vk.)

Niddastraße 64
60329 FRANKFURT
Tel. (069) 67 99 84
express-afp@online.de
www.express-afp.info

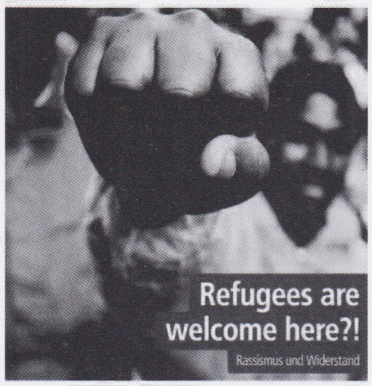
der rechte **rand**
magazin von und für antifaschistInnen

www.der-rechte-rand.de www.facebook.com/derrechterand

graswurzel revolution
Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft

Graswurzelrevolution Nr. 375, Jan.: Gegen das Diktat der Arbeit; Wird Nord-Mali zum neuen Afghanistan? Frankreich & Deutschland rüsten zu einem neuen Krieg; Der diskrete Charme von Hausstaubmilben und Anarchie; Mitmach-Falle: Politische Mediation; Anti-Atom; Antimil; Antira; Antifa, u.v.m. Abo: 30 Euro (10 Ex.). Probeheft kostenlos. Probeabo: 5 Euro (3 Ex.; verlängert sich ohne Kündigung zum Abo, Kündigung jederzeit möglich) bei: **GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11, 53947 Nettersheim, abo@graswurzel.net, Tel.: 02440/959-250; Fax: -35, www.graswurzel.net**

Antifaschistisches Blatt
Info
Nr. 97 / Winter 2012



Kostenloses Probeexemplar:
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de

Einzelexemplar 3,50 Euro
Abo 17,50 Euro (fünf Ausgaben)

Impressum

LOTTA
Am Förderturm 27, 46049 Oberhausen
lotta-redaktion@no-log.org
lotta-vertrieb@nadir.org
www.lotta-magazin.de

Verlag und Druck im VFKB e.V., c/o LOTTA
V.i.S.d.P.: S. Zinflou, c/o LOTTA

ISSN: 1865-9632

Auflage: 1.000
Erscheinungsweise: vierteljährlich

Alle Rechte an den Fotos und den Artikeln liegen bei den FotografInnen und den AutorInnen. Nicht in allen Fällen konnten die UrheberInnen der verwendeten Fotos ermittelt werden. Wir bitten darum, sich ggf. bei uns zu melden.
Der Inhalt namentlich gekennzeichneter Artikel spiegelt nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur Habenahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit Begründung der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit Begründung der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Lotta abonnieren!

Bei Fragen rund um das Thema Abos und Bestellungen steht der LOTTA-Vertrieb unter der E-Mail-Adresse lotta-vertrieb@nadir.org zur Verfügung.

Ich bestelle:

O ab der aktuellen Ausgabe

O ab der nächsten Ausgabe

Jahreseinzelabo über 4 Ausgaben

O Jahresabo, Inland	15 Euro
O Jahresabo, Ausland	23 Euro
O Jahresabo, Förderabo I	25 Euro
O Jahresabo, Förderabo II (beliebige Summe > 25,00 Euro)	___ Euro
O Jahresabo, Förderabo III(beliebige Summe ab 50,00 Euro. Auf Wunsch stellen wir eine Spendenbescheinigung über die Fördersumme aus.)	___ Euro

» Alle Preise inkl. Porto und Versand.
» Zu Nachbestellungen von älteren Ausgaben und zum Thema Weiterverkauf bietet unsere Homepage nähere Informationen: http://www.lotta-magazin.de unter "Lotta bestellen".
» Es gilt nur die zum Zeitpunkt des Eingangs der Bestellung auf unserer Homepage veröffentlichte aktuelle Preis- und Bestellliste!

O Ich überweise den Betrag innerhalb von 7 Tagen auf folgendes Konto:

VFKB e.V.
Kontonummer: 994 540 460
Postbank Dortmund
Bankleitzahl (BLZ): 440 100 46

Bitte bei Überweisungen unbedingt den Namen der abonnierenden Gruppe/Person und die Nummer/n der bezahlten/bestellten Ausgabe(n) angeben!

O Ich habe den Betrag in bar (*keine Briefmarken*) beigelegt.

Achtung Kleingedrucktes: Ein Abo verlängert sich automatisch um vier weitere Ausgaben, wenn nicht bis spätestens vier Wochen nach Erscheinen der letzten abonnierten Ausgabe gekündigt wird.

An die **LOTTA**
Am Förderturm 27
46049 Oberhausen

.....
Vorname, Name oder Organisation

.....
Anschrift PLZ, Ort

.....
E-Mail (*unbedingt angeben*)

....
Ort, Datum Unterschrift

INPUT

Antifaschistischer Themenabend in Düsseldorf

Programm April bis Juni 2013

29. April, 19.30 Uhr
„Kapitulation auf Raten“
Historische und erinnerungskulturelle Perspektiven auf die Zerschlagung der Gewerkschaften im Nationalsozialismus
Referent: Michael Sturm (Historiker)
Ort: Zentrum Hinterhof, Corneliusstr. 108, Düsseldorf

---

27. Mai, 19.30 Uhr
Der Ball ist rund, auch für Nazis
Extrem rechte Bestrebungen in den europäischen Fanszenen und Fußballstadien
Referent: Bernd Schwickerath (Journalist)
Ort: Zentrum Hinterhof, Corneliusstr. 108, Düsseldorf
In Kooperation mit kopfball düsseldorf – fortuna antifascists.

---

24. Juni, 19.30 Uhr
Das „Aktionsbüro Mittelrhein“
Ein Überblick über die Aktivitäten des ABM, den Umgang der Behörden und das laufende Gerichtsverfahren
Referent: Andreas Stein (Antifaschistisches Infobüro Rhein-Main)
Ort: Zentrum Hinterhof, Corneliusstr. 108, Düsseldorf

Veranstalter: *Antifaschistischer Arbeitskreis an der FH Düsseldorf und AG INPUT, in Kooperation mit dem Antirassistischen Bildungsforum Rheinland (ABR)*

http://www.linkes-zentrum.de/gruppen/input

Anzeige

Anzeige

Anzeige